

Handelsblatt

Essay

Die deutsch-französische Freundschaft ist eine Fernbeziehung.

▶ 14

Börsenmäntel

UBS in der Kritik wegen riskanter Spac-Geschäfte.

▶ 28

Offene Immobilienfonds

Bei den Deutschen beliebt – trotz mauer Rendite und hohen Risikos.

▶ 35

Neue Vorständin

Daniela Gerd tom Markotten soll die Bahn digital machen.

▶ 46



Autofertigung bei VW: Künftig größere Chipvorräte geplant.



Märkte

- Dax**
15.571 Pkt.
-0,45 %
- MDax**
33.766 Pkt.
-0,05 %
- TecDax**
3.405 Pkt.
+0,48 %
- E-Stoxx 50**
4.098 Pkt.
+0,04 %
- Dow Jones**
34.635 Pkt.
+0,10 %
- Nasdaq**
13.959 Pkt.
+0,25 %

**Wahlkampf
BDI fordert
Steuersenkungen**

Pünktlich zum Bundestagswahlkampf hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) eine Entlastung der Wirtschaft angemahnt. Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag des BDI kommt zu dem Ergebnis, dass sich eine Senkung der Unternehmenssteuern für den Wirtschaftsstandort auszahlen würde. Innerhalb von zehn Jahren übertrüfe die zusätzliche Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern die Mindereinnahmen des Staates demnach um 33 Milliarden Euro. Das höhere Wachstum würde auch zu zusätzlichen Staatseinnahmen führen, sodass sich die Reform zu rund einem Drittel selbst finanzieren würde. ▶ 6

EU-Hilfen

Betrugsgefahr beim Wiederaufbaufonds

Die Generalstaatsanwältin der EU, Laura Kövesi, warnt davor, dass sich das organisierte Verbrechen am europäischen Wiederaufbaufonds bereichert. „Ich sehe große Risiken bei dieser gewaltigen Geldsumme“, sagte Kövesi im Handelsblatt-Interview. Mit Betrug sei in allen Mitgliedstaaten zu rechnen, nicht nur bei den „üblichen Verdächtigen“, betonte Europas neue Chefermittlerin: „Kein Land ist sauber.“ Die neue EU-Staatsanwaltschaft werde grenzüberschreitende Fälle besser verfolgen können als nationale Ermittler, Brüssel müsse dazu aber mehr Personal genehmigen. ▶ 8

- S&P 500**
4.233 Pkt.
+0,14 %
- Nikkei**
28.861 Pkt.
-0,35 %
- Euro/Dollar**
1,2186 US\$
+0,11 %
- Gold**
1.890,89 US\$
-0,11 %
- Öl**
71,88 US\$
+0,34 %

Dax Gewinner

- 1 Merck**
+2,99 %
154,80 €
- 2 Fresenius**
+1,29 %
45,39 €
- 3 FMC**
+1,15 %
68,42 €

Verlierer

- 1 Covestro**
-3,25 %
54,70 €
- 2 Dt. Bank**
-2,12 %
12,02 €
- 3 Munich Re**
-1,47 %
231,00 €

Stand: 17:00 Uhr

Tiefpunkt der Chipkrise

Volkswagen-Einkaufsvorstand Aksel: „Stehen vor härtesten sechs Wochen.“
Branchenweit bis zu sechs Millionen Autos weniger gefertigt als geplant.

BMW streicht in seinem Werk in Dingolfing nächste Woche eine komplette Schicht, bei Ford in Saarlouis stehen die Bänder im ganzen Juni still. Bei Volkswagen ruht die Arbeit wegen des akuten Chipmangels in den brasilianischen Fabriken, in den deutschen Werken ist die Lage unverändert kritisch: Lieferengpässe bei Halbleitern lähmen weite Teile der Autoindustrie – und die Krise wird nach Ansicht des VW-Einkaufsvorstands auch noch eine ganze Weile dauern.

„Im Moment sind wir am tiefsten Punkt in der Versorgungskrise angekommen. Wir stehen vor den härtesten sechs Wochen“, sagt Murat Aksel im Gespräch mit dem Handelsblatt. Im dritten Quartal sollte der Wolfsburger Autokonzern das Schlimmste in der aktuellen Chipkrise hinter sich haben. „Dann dürfte die Pipeline besser gefüllt

10

Prozent der benötigten Halbleiter fehlen langfristig in der Autoindustrie.
Quelle: VW-Einkaufsvorstand

sein“, glaubt der Einkaufsvorstand. Trotzdem fehlen langfristig etwa zehn Prozent der Chips, weil weltweit nicht genug produziert werde. Aksel: „Bis neue Produktionskapazitäten aufgebaut werden können, dauert es bis zu zwei Jahre.“

Die Beratungsgesellschaft Boston Consulting Group (BCG) kalkuliert, dass alle Autohersteller weltweit wegen des Chipmangels zwischen vier und sechs Millionen Fahrzeuge weniger fertigen können als geplant. Im ersten Quartal hätten die Hersteller bereits auf 1,4 Millionen Autos verzichten müssen, im zweiten Quartal würden es 1,6 Millionen. Danach entspanne sich die Lage.

Als Lehre aus der Krise will VW die Lagerhaltung bei Chips ausbauen. „Versorgungssicherheit gehört zu unseren wichtigsten Aufgaben“, so Aksel. J. Hofer, S. Menzel ▶ Fortsetzung auf Seite 4

VW will Dieselskandal abhaken

Konzern prüft Auflösung von Compliance-Ressort – neue Winterkorn-Anklage.

Im Konzernvorstand von Volkswagen steht ein Umbau an. Wie aus Unternehmenskreisen verlautete, prüft der Autohersteller die Auflösung des Anfang 2016 geschaffenen Vorstandsressorts „Integrität und Recht“. Der Bereich war nach der Aufdeckung der Diesellauffäre eingerichtet worden, um neue Skandale zu verhindern.

Seit Anfang 2017 leitet Hiltrud Werner das Compliance-Ressort. Sie würde ihren Posten zum Jahreswechsel

verlieren, sollte sich der Konzern zur Aufgabe des Bereichs entscheiden. Das Unternehmen lehnte einen Kommentar ab. Zu Personalspekulationen äußerte sich der Konzern nicht, sagte ein Sprecher des Aufsichtsrats.

Werner würde Opfer ihres eigenen Erfolgs. In Wolfsburg wird ihr bescheinigt, den Konzern mit neuen Compliance-Strukturen widerstandsfähiger gegen Gesetzesverstöße gemacht zu haben. Vor allem im Aufsichtsrat hat

sich die Meinung durchgesetzt, dass VW die Affäre nahezu hinter sich gebracht habe und kein Compliance-Ressort mehr brauche.

Zugleich wurde bekannt, dass die Berliner Staatsanwaltschaft Ex-VW-Vorstandschef Martin Winterkorn wegen einer möglichen Falschaussage anklagt. Im Bundestags-Untersuchungsausschuss zur Diesellauffäre soll Winterkorn die Unwahrheit gesagt haben. Stefan Menzel, Martin Murphy ▶ 18, 19

Belgien, Luxemburg, Niederlande u. Österreich 3,70 € / 3,90 €
Frankreich 4,10 € / 4,50 €
Großbritannien 3,70 GBP / 3,90 GBP
Schweiz 5,80 CHF / 6,20 CHF
Polen 22,90 PLN / 23,90 PLN

Monatsabonnements:
Handelsblatt Print: 66,70 Euro
Handelsblatt Print + Premium: 76,60 Euro
www.handelsblatt.com/angebot

Handelsblatt GmbH Kundenservice
Tel. 021 1887 3602
kundenservice@handelsblatt.com

40023
19 02531 103309

PREIS
3,30 €

Handelsblatt

Politik



Bundestagswahl Industrie will deutliche Steuersenkung

Der BDI untermauert die Forderung nach geringerer Körperschaftsteuer und Abschaffung des Solis mit einer neuen Studie: Danach profitiert der Standort von niedrigeren Abgaben. ▶ 6

Parteitag der Grünen Tempolimit 100, ein noch höherer CO₂-Preis: Delegierte kämpfen für einen radikaleren Kurs. ▶ 7

Laura Kövesi Die Generalstaatsanwältin der EU über den europäischen Wiederaufbaufonds. ▶ 8

Verkehrswende Betreiber von Bussen und Bahnen fordern Milliarden für den Nahverkehr. ▶ 9

Klimaneutralität Der steigende CO₂-Preis gefährdet die Existenz vieler Unternehmen. ▶ 10

Fachkräftemangel Die Freude über den heiß ersehnten Neustart in Hotels und Gaststätten ist getrübt. ▶ 11

Globale Steuerreform Von der globalen Digitalsteuer sind weniger deutsche Unternehmen betroffen als gedacht. ▶ 12

Deutschland – Frankreich Die beiden Länder sind beste Freunde, kennen sich aber nicht wirklich. ▶ 14

Meinung & Analyse

Politik

Bildungsrevolution Der Tüftlernation Deutschland fehlt der Nachwuchs. Ein MINT-Notfallplan ist vonnöten. ▶ 16

Steuertrickserien US-Milliardäre auf Abwegen. Es ist ein weltweites Problem. ▶ 17

EuGH Einer hat das letzte Wort: Was in der EU recht ist, können nationale Gerichte nicht entscheiden. ▶ 17

Unternehmen



Unternehmenskultur VW künftig ohne Compliance-Vorstand?

Rechtswissenschaftlerin Hiltrud Werner droht Opfer ihres Erfolgs bei der Aufarbeitung des Dieselskandals bei Volkswagen zu werden. Doch womöglich kommt der Schritt zu früh. ▶ 18

Martin Winterkorn Der Ex-VW-Manager soll im Untersuchungsausschuss zum Dieselskandal falsch ausgesagt haben. ▶ 19

Impfungen in Betrieben Die Enttäuschung ist groß: Es wurde nur wenig Impfstoff geliefert. ▶ 20

Luftfahrt Luxemburger Richter kippen die Genehmigung der Staatshilfen für Condor. ▶ 21

Tesla Der E-Auto-Pionier verkauft immer weniger seiner Luxusmodelle – und die Konkurrenz wird immer stärker. ▶ 22

Northvolt Der Batteriehersteller und VW-Partner erweitert seine Gigafabrik in Schweden. ▶ 23

Biotech Christian Angermayer und Peter Thiel planen einen IPO mit Psychedelika. Taugen Pilze oder LSD als Arznei? ▶ 24

Batteriespeicher Das Siemens-Joint-Venture Fluence arbeitet auf den Philippinen an seinem größten Projekt. ▶ 25

Unternehmen & Finanzen

Börse Die ungewöhnlich korrekturlose „Impfstoffrally“ könnte möglicherweise bald zu Ende gehen. ▶ 26

Volkswagen Aus für Compliance-Ressort im Vorstand könnte sich rächen. ▶ 27

Tarifstreit Bahn Die GDL läuft mit ihrem angekündigten Streik Gefahr, das Maß zu verlieren. ▶ 27

Finanzen



Börsenmäntel Die Bank gewinnt immer

Die UBS hat das Geschäft mit den boomenden Spacs perfektioniert. Doch das birgt erhebliche Interessenkonflikte für das Institut. Vor allem in den USA wächst die Kritik. ▶ 28

Spacs Was Anleger bei Investments in börsennotierte Zweckgesellschaften beachten sollten. ▶ 29

Karlsruher EZB-Urteil EU-Kommission leitet gegen Deutschland ein Verfahren wegen Verletzung von EU-Recht ein. ▶ 30

Cum-Ex-Skandal Gericht erlässt Haftbefehl gegen früheren Kundenberater der Schweizer Bank J. Safra Sarasin. ▶ 31

Aktie unter der Lupe Die RTL-Aktie ist ein Geheimtipp, aber nichts für schwache Nerven. ▶ 32

Reddit-Rally Kleinanleger lassen den Kurs des Online-Babyausstatters Windeln.de mächtig schwanken. ▶ 34

Offene Immobilienfonds Im Zuge der Coronakrise sind die Renditen im Schnitt gesunken. ▶ 35

Vermögensreport Trotz Corona ist das Welt-Finanzvermögen auf 250 Billionen US-Dollar gestiegen. ▶ 36

Gastkommentar



Chinas Staatskapitalismus fordert unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell fundamental heraus.

Sigmar Gabriel
Publizist
▶ 48



Digital

Meistgelesen

1 CO₂-Preis

Während höhere CO₂-Preise diskutiert werden, treibt der aktuelle Preis zahllose Unternehmen bereits in die Enge. Die Bundesregierung hat keine Lösung parat.

2 Corona-Folgen

7000 Bilanzen in der Analyse: Darum bleibt die Pleitewelle in Deutschland aus. Trotz starker Corona-Folgen im zweiten Quartal 2020 sind viele Unternehmen robust aufgestellt.

3 Steuervermeider

Die reichsten Amerikaner haben in der Vergangenheit kaum Einkommensteuer bezahlt. Das zeigen neue Daten von ProPublica. Jeff Bezos bekam sogar einen Kinderbonus.

4 Reddit-Trader

Um 2850 Prozent stieg die Aktie der US-Kinokette AMC seit Jahresbeginn. Bei Profis sorgt das für Frust – und mit Clover gibt es bereits einen neuen Reddit-Star.

5 EZB und Fed

Die Notenbanken verfolgen seit Jahren eine expansive Geldpolitik. Vor allem in den USA fordern prominente Stimmen jetzt aber immer lauter eine Umkehr.



Podcast

Mindshift

Die Schattenseiten der Politik

„Ich war so schwach, dass ich nicht wusste, woher die Kraft zum Weiterleben kommt.“ Der ehemalige CDU-Generalsekretär Peter Tauber spricht über die Schattenseiten der Politik, Scheitern, Schmerzgrenzen und sein vorzeitiges Karriereende.

Paul Langrock/Zemlin/Infra, Gordon Welters/Infra, REUTERS

Märkte heute

1 AT & S

Der österreichische Leiterplattenhersteller berichtet über das Jahresergebnis 2020/21. Auf der Basis vorläufiger Zahlen erreichte der Zulieferer für unter anderem die Mobilfunkbranche und die Medizintechnik bei Umsatz und Ergebnis eine Steigerung im zweistelligen Bereich. Der Konzernumsatz lag mit knapp 1,2 Milliarden Euro und einer Steigerung von 19 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf Rekordniveau. Das Ebitda konnte mit gut 245 Millionen Euro fast an die historischen Höchststände in der ersten Juniwoche. In der Vorwoche waren die Erstanträge auf den tiefsten Wert seit Ausbruch der Corona-Pandemie vor mehr als einem Jahr gesunken. Insgesamt 406.000 Amerikaner beantragten die Hilfe, der niedrigste Wert seit Mitte März 2020. Ökonomen hatten lediglich mit einem Rückgang auf 425.000 gerechnet, nachdem in der Woche zuvor noch 444.000 Erstanträge gezählt worden waren. Experten sehen allerdings erst bei Werten zwischen 200.000 und 250.000 eine Normalisierung am Arbeitsmarkt.

2 USA: Preise

Das Arbeitsministerium in Washington gibt Daten zur Entwicklung der Verbraucherpreise im Mai bekannt. Im April waren die Preise in den USA weit stärker angestiegen als erwartet. Sie kletterten um 4,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Dies ist der höchste Wert seit fast 13 Jahren. Analysten hatten im

Vorfeld 3,6 Prozent erwartet. Im März lag die Inflation noch bei 2,6 Prozent. Preistreiber in den USA waren im April unter anderem Gebrauchtwagen, die sich um zehn Prozent verteuerten. Bislang ist unsicher, ob die Inflation auch langfristig steigt oder es sich nur um einen vorübergehenden Effekt durch die Corona-Pandemie handelt.

3 US-Arbeitsmarkt

Das US-amerikanische Arbeitsministerium veröffentlicht Zahlen zu den Erstanträgen auf Arbeitslosenhilfe in der ersten Juniwoche. In der Vorwoche waren die Erstanträge auf den tiefsten Wert seit Ausbruch der Corona-Pandemie vor mehr als einem Jahr gesunken. Insgesamt 406.000 Amerikaner beantragten die Hilfe, der niedrigste Wert seit Mitte März 2020. Ökonomen hatten lediglich mit einem Rückgang auf 425.000 gerechnet, nachdem in der Woche zuvor noch 444.000 Erstanträge gezählt worden waren. Experten sehen allerdings erst bei Werten zwischen 200.000 und 250.000 eine Normalisierung am Arbeitsmarkt.

Handelsblatt DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Verleger: Dieter von Holtzbrinck

Herausgeberbeirat

Prof. Dr. Bert Rürup, Hans-Jürgen Jakobs, Katharina Borchert, Prof. Dr. Katharina Anna Zweig, Dr. Josef Joffe

Redaktion

Chefredakteur: Sebastian Matthes
Stv. d. Chefredakteurs: Peter Brors
Stv. Chefredakteurin: Kirsten Ludowig

Autor: Hans-Jürgen Jakobs

Textchef: Christian Rickens

Chefökonom: Prof. Dr. Bert Rürup

Ressortleiter: Thomas Sigmund (Politik), Markus Fasse, Jürgen Flauger (Unternehmen), Kathrin Jones (Finanzen), Nicole Bastian, Dr. Jens Münchraht (Ausland & Meinung), Sönke Iwersen (Investigative Recherche)

Chefs vom Dienst: Stefan Kaufmann (Leitung), Sven Prange (Nachrichtenchef), Tobias Döring, Tom Körkemeier, Marc Renner, Peter Pfister (News am Abend)

Art Direction: Michel Becker, Ralf Peter Paßmann

International Correspondents: Mathias Brüggmann, Torsten Riecke

Verantwortlich im Sinne des Presserechts sind die jeweiligen Leiter für ihren Bereich. Im Übrigen die Chefredaktion.

Handelsblatt Research Institute

Tel.: 0211 - 887-0, Telefax: 0211 - 887-97-0

E-Mail: info@handelsblatt-research.com

Prof. Dr. Dr. h.c. Bert Rürup (Präsident), Dr. Christian Seilmann (Managing Director)

Verlag

Handelsblatt GmbH

(Verleger im Sinne des Presserechts).

Geschäftsführung: Andrea Wasmuth

Verantwortlich für Herstellung und Anzeigen: Christian Wiele

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Düsseldorf.

Anschrift von Redaktion, Verlag und Anzeigenleitung: Toulouser Allee 27, D-40211 Düsseldorf, Tel. 0211 - 887-0

Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte, Unterlagen und Fotos.

Axel Springer SE, Offsetsdruckerei KlettWig, Im Teublach 100, 45219 Essen, Pressdruck-Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 14, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer St. 40, 81677 München

Vertrieb Einzelverkauf: Verlag Der Tagesspiegel GmbH, www.tagesspiegel.de

Kundenservice: Postfach 103345, 40024 Düsseldorf, Telefon: 0211 887 3602.

Aus dem Ausland: 0049 211 887 3602

E-Mail: kundenservice@handelsblatt.com

Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung übermitteln an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main.

Abbestellungsbedingungen sind nur schriftlich mit einer Frist von 21 Tagen zum Ende des berechneten Bezugszeitraumes möglich, solange keine andere Regelung vorgesehen ist. Im Falle höherer Gewalt (Streik oder Aussperrungen) besteht kein Belieferungs- oder Entschädigungsanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Düsseldorf. Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte, Unterlagen und Fotos. Für die Übernahme von Artikeln in interne elektronische Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte über die PMG Presse-Monitor GmbH. Telefon: 030/284930 oder www.presse-monitor.de. Die ISSN-Nummer für das Handelsblatt lautet: 0017-7296

Akteurin des Tages

Lagarde erklärt die EZB-Politik

Auf ihrer Pressekonferenz präsentiert EZB-Präsidentin Christine Lagarde ab 14.30 Uhr die Ergebnisse der heutigen Ratssitzung der Notenbank. Im Mittelpunkt steht dabei das künftige Tempo ihrer Anleihekäufe. Die Notenbank hat dieses im zweiten Quartal deutlich erhöht, um einem unerwünschten Anstieg der Anleiherenditen entgegenzutreten. Jetzt muss sie entscheiden, wie es in den nächsten Monaten weitergehen soll. Die meisten Experten rechnen damit, dass sie ihr erhöhtes Kauftempo zunächst beibehalten wird. Außerdem legt die EZB neue Prognosen zur Inflationsentwicklung im Euro-Raum vor. Zuletzt sind die Verbraucherpreise im Währungsraum im Mai laut einer ersten Schätzung um 2,0 Prozent gestiegen. In ihren Prognosen vom März geht die EZB für dieses Jahr im Schnitt von einer Inflationsrate von 1,5



Prozent aus. Diesen Wert wird sie nun wahrscheinlich nach oben korrigieren müssen. Interessant wird aber vor allem, wie sie die Entwicklung in den Folgejahren einschätzt. In ihren März-Prognosen geht sie bisher davon aus, dass die Inflation im Jahr 2022 wieder auf 1,2 Prozent sinkt und 2023 bei 1,4 Prozent liegen wird. jam

Anzeige

Handelsblatt
HALL OF FAME DER FAMILIENUNTERNEHMEN

PIONIERE DER WIRTSCHAFT

DIGITAL EDITION

30. JUNI 2021 | 18:30 UHR

HALL OF FAME

DIE AUSZEICHNUNG FÜR AUSGEZEICHNETE.

WIR WÜRDIGEN AUSSERGEWÖHNLICHE CHARAKTERE DEUTSCHER FAMILIENUNTERNEHMEN.

Mit der „Hall of Fame“-Gala widmen wir uns ganz der Ehrung deutscher Unternehmerpersönlichkeiten. Und so prämiieren wir am 30. Juni 2021 bereits zum 13. Mal die herausragenden Köpfe deutscher Familienunternehmen und ihre innovativen und nachhaltigen unternehmerischen Leistungen. Die Preisverleihung findet in diesem Jahr digital statt.

Seien Sie live dabei und melden Sie sich kostenfrei an unter:
www.handelsblatt.com/hall-of-fame-2021

Hauptsponsor: KPMG
Mit besonderem Dank: Stiftung Familienunternehmen
Unter der Schirmherrschaft des: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Tiefpunkt der Chipkrise

Fortsetzung von Seite 1

Die Warnung an die Autobranche kann deutlicher nicht sein: „Die Lieferengpässe werden kurzfristig nicht verschwinden“, urteilen auch die Experten von McKinsey in einer neuen Studie zu Autochips. Dazu sei die Produktion viel zu komplex. Außerdem würden immer häufiger fortschrittliche Halbleiter in den Autos verwendet, etwa für Fahrerassistenzsysteme und für das autonome Fahren.

Eine zusätzliche Produktionslinie in einem bestehenden Halbleiterwerk einzurichten dauert McKinsey zufolge sechs Monate. Zu einem anderen Lieferanten zu wechseln sei nicht unter einem Jahr zu schaffen – wenn es denn überhaupt möglich ist. Denn häufig enthielten Chips geistiges Eigentum des Produzenten, das nicht einfach zu einem Konkurrenten mitgenommen werden könne. Die Chips müssten deshalb verändert oder Lizenzvereinbarungen ausgehandelt werden. Das brauche Zeit.

Das größte Problem momentan: Die Chipwerke sind weltweit am Anschlag. 2020 lag die Auslastung bei knapp 90 Prozent. Das sei das Limit, von dem an die Lieferzeiten überproportional steigen, urteilt McKinsey: „Obwohl die Branche ihre Kapazitäten seit dem Jahr 2000 um 180 Prozent erhöht hat, bleibt nicht viel Luft bei der gegenwärtigen Auslastung.“

In vielen Bereichen hätten die Autohersteller bisher Verträge abgeschlossen, die deutlich über ein halbes oder sogar ein ganzes Jahr hinausreichen. Nicht aber bei den Chips. Da laufen die Aufträge McKinsey zufolge nur über ein paar Wochen oder einige Monate. Das räche sich nun, weil die Autobranche kaum Halbleiter auf Lager halte.

Volkswagen etwa hat im ersten Quartal 100.000 Fahrzeuge weniger produziert als ursprünglich geplant, im zweiten Quartal dürfte mindestens dieselbe Zahl dazukommen. Besonders schwierig ist die Lage beim US-Autokonzern Ford. Die Amerikaner haben angekündigt, dass sie die geplanten Stückzahlen im zweiten Quartal weltweit halbieren müssen. Davon sind auch die beiden deutschen Ford-Werke in Köln und Saarlouis massiv betroffen.

Gemeinsame Investitionen als Problemlösung?

Für die Autobranche wird es in den nächsten Jahren nicht leichter, an die begehrten Halbleiter zu kommen. Das liegt laut McKinsey daran, dass einige Chips für den neuen Mobilfunkstandard 5G mit genau denselben Technologien gefertigt würden wie die Halbleiter fürs Auto. Der Umsatz der Chipbranche mit den Handyproduzenten und Mobilfunkausrüstern ist viermal so groß wie der mit den Fahrzeugherstellern.

Die Experten von McKinsey empfehlen der Autobranche daher, kurzfristig auf höherwertige Chips auszuweichen, zum Beispiel mit mehr Speicherkapazität. Denn die sind lukrativer für die Chiphersteller. Oder Volkswagen & Co. könnten Halbleiter

nutzen, wie sie in Konsumgütern eingesetzt werden – sofern die Chips den Anforderungen der Autoindustrie genügen. Auch wenn es teurer sei: Es lohne sich, auf zwei Lieferanten zurückzugreifen. Ferner könnte die Autoindustrie in Betracht ziehen, das Einkaufsvolumen zu bündeln, um mehr Verhandlungsmacht zu bekommen.

Die Berater legen der Autobranche zudem nahe, für die Versorgung mit besonders kritischen Komponenten bei den Chipherstellern zu investieren. Einige Chipkunden setzen das schon um. „Die Abnehmer gehen in Vorleistung, um sich Kapazitäten zu sichern“, sagte Thomas Caulfield, Chef des Chipauftragsfertigers Globalfoundries, dem Handelsblatt. Dieses Jahr wird der US-Konzern rund 450 Millionen Dollar in seinen Werken in Dresden investieren. Ein Drittel davon sollen Kunden aufbringen. „Wir verfolgen jetzt ganz neue Ansätze, um mit unseren Kunden zusammenzuarbeiten“, sagte Caulfield. Der Auftragsfertiger könne so mehr investieren, der Auftraggeber bekomme eine Liefergarantie.

Ob sich allerdings der Chipbranchenriesen TSMC auf solche Deals einlässt, ist unklar. Beim weltgrößten Auftragsfertiger und Waferhersteller steht die Autobranche für lediglich vier Prozent vom Umsatz. Die großen Handychipproduzenten Apple und Qualcomm beziehen ein Vielfaches an Chips von den Taiwanern – und können daher mit besseren Konditionen und bevorzugter Lieferung rechnen. Autohalbleiter insgesamt stehen für etwa zehn Prozent des Umsatzes der Chipindustrie. Der iPhone-Produzent Apple allein kauft deutlich mehr Halbleiter ein als die gesamte Autobranche.

Deutschlands bedeutendster Chipkonzern, Infineon, beteiligt seine Abnehmer zwar bislang nicht an den Kosten für Neubauten und Maschinen. Doch auch der Dax-Konzern holt die Auftraggeber inzwischen ins Boot. Mit Industriekunden gebe es zum Beispiel Vereinbarungen zur Teilung der Kosten im Falle einer Unterauslastung, erläuterte jüngst Vorstandschef Reinhard Ploss. Dadurch könnte Infineon Kapazitäten vorhalten und bei steigender Nachfrage sofort liefern.

Die Chipkonzerne selbst sehen kurzfristig keine Entspannung. „Es wollen alle mehr“, ergänzt Reinhard Ploss – von den Autokonzernen über die Computerhersteller bis hin zu den Smartphone-Produzenten. Der Infineon-Chef wörtlich: „Der wesentliche Auslöser waren die Umstellungen wegen der Covid-Pandemie, das war so nicht vorherzusehen.“

Ploss macht seinen Kunden wenig Hoffnung: „Die aktuelle Lage wird nach meiner Einschätzung noch einige Quartale andauern und sich womöglich erst 2022 normalisieren.“ Üblicherweise brauche die Chipindustrie ein Jahr, manchmal sogar länger, bis bestellte neue Fabrikausrüstung installiert sei und zu Umsatz führe. Eine neue Fabrik zu bauen dauere zwei Jahre und länger.

Joachim Hofer, Stefan Menzel



Cockpit des VW ID.4, Chipproduktion bei Bosch in Dresden, Einkaufsvorstand Mural Aksel: „Einen Weg finden, dass beide Seiten – Chiphersteller und Autobauer – profitieren.“



Murat Aksel

„Wir stehen vor den härtesten sechs Wochen“

Volkswagen ist hart von der Versorgungskrise bei Chips getroffen, mehr als 100.000 Autos konnten nicht gebaut werden. Bald soll es besser werden.

Herr Aksel, der Chipmangel ist aktuell Ihr größtes Problem. Wie würden Sie die Lage beschreiben? Aktuell klafft bei den Chips eine große Lücke zwischen Angebot und Nachfrage. Das betrifft nicht nur die Autobauer, sondern auch die Hersteller von Smartphones, Computern oder Spielekonsolen. Über alle Branchen hinweg fehlen weltweit etwa zehn Prozent. Bis neue Produktionskapazitäten aufgebaut werden können, dauert es bis zu zwei Jahre. Die Lage bleibt also erst mal angespannt.

Hat die gesamte Autobranche ein zentrales Thema verschlafen? Das würde ich so nicht sagen. Corona und seine Folgen konnte wirklich niemand voraussehen. Aber es stimmt schon, unser altes, über Jahrzehnte bewährtes Geschäftsmodell ändert sich

gerade grundlegend. Früher haben Chips für uns keine große Rolle gespielt. Jetzt wird das Auto zum Digital Device, Chips entwickeln sich zum zentralen Baustein für jedes Fahrzeug. Darauf müssen wir uns noch besser einstellen.

Werden Sie direkt bei den Herstellern die Chips ordern, die große Zulieferer wie Bosch und Continental in ihren Steuermodulen verwenden und in einem zweiten Schritt an den VW-Konzern liefern? Das ist eine von mehreren Möglichkeiten. Im Moment diktiert die großen Chiphersteller das Geschehen. Wir müssen einen Weg finden, dass beide Seiten – Chiphersteller und Autobauer – profitieren. Es könnte auch Dreiecksverträge geben zwischen Autobauern, Zulieferern und Chipherstellern.



Es wird eine verstärkte Lagerhaltung geben, allerdings nicht für alle Chips.



lichen Bestellmenge abgezogen. Das ist ein faires Vorgehen.

Worin besteht dann Ihre aktuelle Notfallplanung?

Wir müssen die verfügbaren Chips optimal im Konzern verteilen. Ich kann ja jeden Chip nur einmal verbauen. Die Frage ist also: Will ich ihn für ein Schiebedach einplanen, oder wird er anderswo gerade dringender benötigt? Der Vertrieb kann dann eben vorübergehend keine Autos mit Schiebedach verkaufen. Für den Kunden ist das nicht immer optimal, das ist uns natürlich klar. Manchmal bauen wir die Autos auch fertig und warten dann nur noch, bis die fehlenden Chips geliefert werden. Im Moment sind wir am tiefsten Punkt in der Versorgungskrise angekommen. Wir stehen vor den härtesten sechs Wochen.

Wann wird die Lage besser?

Im dritten Quartal sollten wir das Schlimmste hinter uns haben. Dann dürfte die Pipeline besser gefüllt sein. Das durch einen Brand ausgefallene Renesas-Werk in Japan kann wieder ausreichend produzieren. Genauso wie die Werke im US-Bundesstaat Texas, die im Februar ausgefallen waren. Leider alles Fabriken, die überwiegend Chips für die Autoindustrie produzieren.

Wird es wegen der Corona-Pandemie vielleicht noch andere kurzfristige Lieferengpässe geben?

Darauf müssen wir uns einstellen. Nach einem guten Jahr Pandemie sind die Lieferketten völlig ausgedünnt, und zwar in allen Branchen. Das gilt beispielsweise auch für chemische Produkte wie Granulate. Aber das ist alles Corona-bedingt und wird sich wieder entspannen. Das Chipthema hat noch andere, strukturelle Ursachen, die durch Corona nur zusätzlich befeuert wurden. Der Trend zur Digitalisierung sorgt rund um den Globus für einen anhaltend hohen Chipbedarf.

Sie sind erst seit wenigen Monaten Einkaufsvorstand im VW-Konzern. Sie wollten sich doch sicherlich nicht nur um Chips kümmern, sondern auch grundsätzlich etwas verändern?

Wir wollen den Fokus des gesamten Einkaufs verschieben. Früher waren wir die Bestellschreiber. Die Entwickler haben die Vorgaben gemacht, wir durften dann noch die Angebote einholen und die günstigste Offerte auswählen. Der Einkauf ist aber ein wichtiger Motor für die Transformation des gesamten Konzerns. 70 Prozent der Wertschöpfung eines Autos kommen von den Zulie-

fern. Hier in Wolfsburg arbeiten etwa 10.000 Ingenieure. Bei den Zulieferern sind es zehnfach so viele, die nur für Volkswagen tätig sind. Dieses Wissen draußen werden wir für uns noch viel stärker nutzen.

Können Sie das konkreter erklären? Soll die Zusammenarbeit mit den Zulieferern enger werden?

Genau, sehr viel enger und auch langfristiger als heute. Das geht wahrscheinlich bis hin zu strategischen Partnerschaften und Allianzen. Die neuen Technologien müssen wir gemeinsam entwickeln. Die Zusammenarbeit wird auch über längere Zeit und mehrere Produktlebenszyklen laufen und nicht mehr nur für einzelne Modelle. Der Blick in die Vergangenheit zeigt, dass es nicht immer eine Stärke von Volkswagen war, solche dauerhaften strategischen Partnerschaften zu bilden. Früher standen allein die Kosten im Vordergrund.

Wie reagieren die Zulieferer denn auf Ihre Strategie? Machen sie mit?

Die Zulieferer sind sehr daran interessiert, in eine langfristige strategische Zusammenarbeit mit uns einzusteigen. Wir müssen mit uns diesem Kleinklein von Vergabe zu Vergabe. Beim Elektroauto wird der Wertschöpfungsanteil der Zulieferer weiterhin hoch sein. Also dürfte das Interesse der Zulieferer an strategischen Kooperationen ebenfalls groß sein.

Ihr neues Konzept wird sich im aktuellen Golf nicht mehr umsetzen lassen. Das betrifft die Autos der nächsten Generation?

Wir fokussieren uns auf unser neues Fahrzeugprojekt Trinity. 2026 soll dieses Elektroauto völlig neuen Typs in den Verkauf gehen. Die Vorbereitungen haben jetzt schon begonnen, ein halbes Jahr früher als bislang üblich. In Kürze starten wir Konzeptwettbewerbe mit den Zulieferern. Wir wollen die Lieferanten vorab fragen, welche Ideen sie einbringen können.

Wie soll solch ein Vorab-Prozess aussehen?

Wir laden die Zulieferer schon ganz am Anfang ein und hören uns an, welche Ideen und Konzepte sie haben. Wir machen also keine Vorgaben, sondern sind offen für Vorschläge. Dabei kann es auch um ganz einfache Dinge gehen. Ein Beispiel: Bislang kommen Armlehnen und Cupholder von unterschiedlichen Lieferanten. Das könnte man in einem Bauteil zusammenbringen, dann hätten wir nur noch eine Funktion. Am Ende wird die Armlehne wahrscheinlich besser und gleichzeitig günstiger.

Anderes Thema: Der Aufsichtsrat hat im Dezember beschlossen, dass die Materialkosten bis Ende 2022 um sieben Prozent gesenkt werden sollen. Sind Sie doch noch der Kostendrucker alten Typs?

Zu diesen sieben Prozent stehen wir, die sind Programm. Zum Glück haben wir nicht bei null angefangen, da stand ja auch vorher schon eine Zahl. Wir haben festgestellt, dass es bei den Materialkosten noch Potenziale gibt, die wir innerhalb von zwei Jahren heben wollen. Damit starten alle Autos, die vom Jahr 2023 an auf den Markt kommen, mit der bestmöglichen Kostenbasis. Jetzt arbeiten wir mit unseren Zulieferern an entsprechenden Kostenprogrammen.

Wie machen Sie das? Wir wollen das gemeinsam mit unseren Zulieferern erreichen. Dazu bieten wir auch unser Know-how an. Unsere VW-Experten können den Zulieferern vor Ort dabei helfen, die eigene Produktion zu optimieren. Wir glauben, dass das einem Zulieferer auch im Geschäft mit anderen Kunden zugutekommt.

Leider explodieren gerade die Rohstoffpreise.

Das stimmt, die sind derzeit außer Rand und Band und sorgen für einen Gegenereffekt zu unseren Kostenanstrengungen. Bei Aluminium, Kupfer und auch bei vielen Edelmetallen hat sich die Lage zu gespiert.

Dagegen können Sie also nicht viel unternehmen?

Wir arbeiten bestmöglich dagegen. Unter anderem reduzieren wir die eingesetzten Rohstoffmengen. Mein Lieblingsbeispiel ist Rhodium, das wir für die Katalysatoren von Ottomotoren brauchen. Vor zwei Jahren lag der Preis unter 5000 US-Dollar für die Feinunze. Heute sind wir bei fast 30.000 Dollar. Wir arbeiten dagegen, indem wir je Auto weniger Rhodium verwenden. Doch die aktuellen Preissteigerungen sind exponentiell, das bereitet uns schon ein wenig Sorgen.

Gerät damit das Sieben-Prozent-Ziel in Gefahr?

Einen Teil der Preissteigerungen konnten wir kompensieren. Doch wenn die Preise weiter so stark nach oben gehen, wird es am Ende nicht vollständig zu kompensieren sein.

Dann haben Sie noch das Thema Nachhaltigkeit. Sie werden durch das neue Lieferkettengesetz doch dazu gezwungen, oder?

Wir haben bei Volkswagen diesen Weg schon lange vorher und aus eigener Motivation eingeschlagen, das Lieferkettengesetz brauchen wir dazu nicht. Mit unserem Compliance-Management-System haben wir die Einhaltung von Sozialstandards, den Fortschritt bei der Dekarbonisierung und auch mögliche Compliance-Verstöße genau im Blick. Daraus ist 2019 ein Nachhaltigkeits-Ranking für die Vergabe von Aufträgen hervorgegangen. Wer die Kriterien der Nachhaltigkeit nicht erfüllt, kann keinen Auftrag von Volkswagen bekommen.

Wo setzen Sie bei der Dekarbonisierung an und reduzieren die Kohlendioxid-Emissionen?

Bis 2030 können wir den Kohlendioxid-Ausstoß in unserer Lieferkette voraussichtlich halbieren. Es gibt drei große Stellhebel: Stahl, Aluminium und die gesamte Batterieproduktion. Beim Aluminium bin ich sehr zuversichtlich, das sollten wir über das Recycling schaffen. Ähnliches streben wir bei den Batterien an, in Salzgitter läuft seit Kurzem unsere erste Recycling-Pilotanlage. Außerdem setzen wir in der Zellfertigung Grünstrom ein. Beim Stahl brauchen wir grünen Stahl aus Wasserstoff. Das erfordert aber einen Schulterchluss von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Selbst Volkswagen ist zu klein, um das im Alleingang zu schaffen.

Herr Aksel, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Stefan Menzel.

Vita

Der Manager
Murat Aksel, Jahrgang 1972 und in der Türkei geboren, war noch ein Kind, als seine Eltern nach Deutschland zogen. Der Wirtschaftsingenieur startete 1998 im Einkauf von Opel, später ging es im damaligen Opel-Mutterkonzern General Motors weiter. 2009 wechselte er in den Einkauf von BMW, seit dem 1. Januar 2021 ist er Einkaufsvorstand des Volkswagen-Konzerns.

Das Unternehmen
Mit knapp zehn Millionen verkauften Fahrzeugen ist Volkswagen nach Toyota der zweitgrößte Autohersteller der Welt. In zehn Jahren soll der Elektroanteil bei 50 Prozent aller Verkäufe liegen, in Europa sogar bei 60 Prozent.

Martin Greive, Jan Hildebrand
Berlin

Im aufziehenden Bundestagswahlkampf hat der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) eine Entlastung der Wirtschaft angemahnt. Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag des BDI kommt zu dem Ergebnis, dass sich eine Senkung der Unternehmensteuern für den Wirtschaftsstandort auszahlen könnte.

„Die Zahlen beweisen es: Steuerentlastungen für die Unternehmen sind im Höchststeuerland Deutschland nicht nur fiskalisch verkraftbar, sondern haben nachweislich positive Effekte auf das Wirtschaftswachstum“, sagte BDI-Präsident Siegfried Russwurm. Die Senkung der Unternehmensteuern führe zu „einem Wachstumsschub und würde sich zu einem Teil durch zusätzlich generierte Steuereinnahmen von selbst finanzieren“.

Mit der IW-Studie, die dem Handelsblatt vorab vorliegt, versucht der Wirtschaftsverband einen Kontrapunkt in der derzeitigen Steuerdebatte zu setzen. Die dreht sich eher um neue Belastungen als um Entlastungen. So werden die Grünen auf ihrem Parteitag am Wochenende ihr Wahlprogramm beschließen, das eine Wiedereinführung der Vermögensteuer vorsieht. Das fordert auch die SPD. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) nimmt die nahende Einigung auf eine globale Mindeststeuer zum Anlass, Rufe nach Entlastungen für die Wirtschaft zurückzuweisen.

„Jede zusätzliche Belastung oder eine Vermögenssteuer läuft Gefahr, den erhofften wirtschaftlichen Aufschwung abzuwürgen“, warnt hingegen BDI-Präsident Russwurm. Deutschland habe sich ehrgeizige Ziele beim Klimaschutz gesetzt und stecke mitten in der digitalen Transformation. Die nächste Bundesregierung sei deshalb mehr denn je auf die Innovationskraft wettbewerbsfähiger Unternehmen angewiesen. Russwurm: „Da verbieten sich Steuererhöhungen, Vermögenssteuern oder weitere Abgaben.“ Stattdessen müsse die Politik den Reformstau in der Steuerpolitik endlich überwinden.

Steuerbelastung für Unternehmen beträgt rund 30 Prozent

Die letzte große Reform der Unternehmensteuern datiert auf das Jahr 2008, Finanzminister war damals Peer Steinbrück (SPD). Seitdem ist Deutschland im internationalen Standortvergleich zurückgefallen. Mit einer durchschnittlichen Steuerbelastung der Unternehmen von rund 30 Prozent liegt Deutschland mittlerweile im internationalen Vergleich in der Spitzengruppe. Der Durchschnitt in der Industrieländergruppe der OECD liegt bei 23,5 Prozent.

„Deutschland ist im internationalen Vergleich ein Hochsteuerland“, lautet die Bestandaufnahme in der Studie des IW. Das arbeitgebernahe Institut hat die Wirkungen der vom BDI vorgeschlagenen Steuerreform untersucht: Der Wirtschaftsverband fordert eine Senkung der Körperschaftsteuer von aktuell 15 auf zehn Prozent sowie die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags.

„Steuerentlastungen sind kein Geschenk für Unternehmen, sondern eine entscheidende Voraussetzung für zu-



Fertigung einer Windkraftanlage: Viele Unternehmen müssen weiterhin Solidaritätszuschlag auf ihre Gewinne zahlen.

Paul Langrock/Zemlin/laif

Bundestagswahl

Industrie dringt auf deutliche Steuersenkung

BDI untermauert Forderung nach geringerer Körperschaftsteuer und Abschaffung des Solis mit neuer Studie: Danach profitiert der Standort von niedrigeren Abgaben.



Jede zusätzliche Belastung oder eine Vermögenssteuer läuft Gefahr, den erhofften wirtschaftlichen Aufschwung abzuwürgen.

Siegfried Russwurm
BDI-Präsident

sätzliche wirtschaftliche Aktivität und Investitionen am Standort Deutschland“, sagte Russwurm zu den Ergebnissen. So erhöhten sich die Chancen, dass Deutschland aus den Coronaschulden herauswache.

Das IW hat in den Modellrechnungen für beide Maßnahmen die Effekte prognostiziert: Danach würde die vollständige Abschaffung des Solis vor allem den privaten Konsum erhöhen, aber auch die Anlageinvestitionen der Unternehmen.

Die Große Koalition hat den Soli Anfang des Jahres für 90 Prozent der Steuerzahler abgeschafft. Als Aufschlag auf die Körperschaftsteuer gilt er aber unverändert. Zudem müssen Bezahler sehr hoher Einkommen den Zuschlag weiter zahlen, darunter sind Personengesellschafter. Nach Schätzung des IW müssen 500.000 Kapitalgesellschaften und sechs Millionen Personen weiter den Soli entrichten. Gesamtvolumen:

zehn Milliarden Euro. Der Unternehmenssektor habe daran einen Anteil von 58 Prozent. Entsprechend würde er von der vollständigen Abschaffung profitieren.

Einen größeren Effekt hätte die vom BDI geforderte Senkung der Körperschaftsteuer. Dadurch würden sich vor allem die Investitionen der Unternehmen erhöhen, so die IW-Studie.

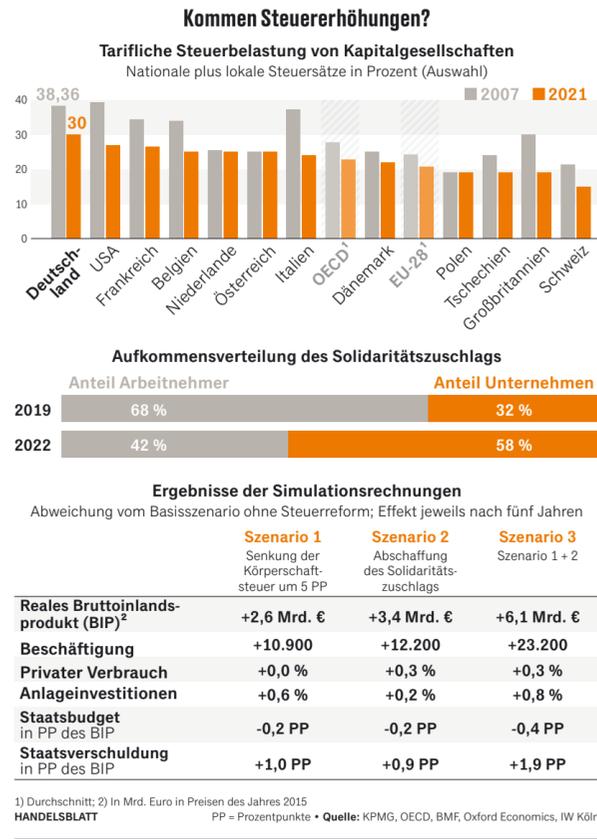
In einem dritten Szenario haben die Ökonomen die Wirkungen beider Maßnahmen zusammengerechnet. Ergebnis: Die Zahl der Beschäftigten würde in den ersten fünf Jahren um 23.200 steigen. Das Bruttoinlandsprodukt würde über die ersten fünf Jahre insgesamt um knapp 28 Milliarden Euro gesteigert, innerhalb von zehn Jahren um gut 57 Milliarden Euro.

Durch das zusätzliche Wirtschaftswachstum würde sich die Steuerentlastung laut IW zu einem guten Teil selbst finanzieren. Das IW beziffert die

Kosten für den Fiskus im ersten Jahr auf rund 16,2 Milliarden Euro. Die positiven Effekte auf Konsum und Investitionen wären hier mit 5,8 Milliarden Euro noch deutlich geringer. Die daraus resultierenden Einnahmen für den Staat würden bei 2,2 Milliarden Euro liegen, so die Studie.

Doch das Verhältnis dreht sich über die Zeit: Nach fünf Jahren würden die positiven Effekte bei Investitionen und Konsum mehr ausmachen als die Mindereinnahmen des Staates. Über zehn Jahre gerechnet übertreffen die Nachfrageimpulse die Steuerausfälle um insgesamt 33 Milliarden Euro. Resultat: Laut IW finanziert sich die Steuerentlastung durch die über das höhere Wachstum zusätzlich generierten Staatseinnahmen zu rund einem Drittel selbst.

Wäre die Entlastung für Unternehmen für den Fiskus also ein gutes Geschäft? Das ist umstritten. Es gibt auch Analysen, die zu gegenteiligen Ergeb-



nissen kommen. Das gewerkschaftsnahe Wirtschaftsforschungsinstitut IMK hat jüngst internationale Studien zu dem Thema ausgewertet. Fazit der IMK-Ökonomen: „Steuermachlässe für Unternehmen mögen den internationalen Steuerwettbewerb stimuliert haben, das Wachstum aber eher nicht.“ Im Durchschnitt hätten die Studien ergeben, dass eine Senkung des Steuersatzes um zehn Prozentpunkte das jährliche Wirtschaftswachstum um 0,2 Prozentpunkte erhöhe.

Bundesfinanzminister Scholz teilt diese skeptische Sicht und sieht keinen Bedarf für eine größere Entlastung von Unternehmen. Er verweist auch auf die Verhandlungen der Gruppe der 20 führenden Wirtschaftsnationen (G20) und im Rahmen der OECD über eine globale Mindeststeuer. Zudem haben Großbritannien und die USA angekündigt, ihre Unternehmensteuern zu erhöhen.

Das Thema Steuersenkung hat bisher nur die FDP aufgegriffen

Das IW sieht in der globalen Mindeststeuer hingegen kein Argument für den Verbleib beim Status quo. Immerhin liegt der diskutierte Satz von 15 Prozent deutlich unter der bisherigen Belastung von Unternehmen in Deutschland.

Das Thema Steuersenkung hat im Sinne des BDI bisher aber nur die FDP aufgegriffen. Sie ist ebenfalls für eine komplette Streichung des Soli und die Senkung der Körperschaftsteuer. Die Liberalen versprechen sich davon ebenfalls eine Stärkung des Standorts: Durch die Entlastung der Wirtschaft um 60 Milliarden Euro sollten Investitionen über 120 Milliarden Euro mobilisiert werden.

Die Union will ihr Wahlprogramm voraussichtlich am 21. Juni präsentieren. Darin könnte sich ebenfalls eine komplette Abschaffung des Solidaritätszuschlags sowie eine Senkung der Unternehmensteuern finden. Zumindest hatte die Unionsfraktion in den vergangenen Jahren entsprechende Positionspapiere vorgelegt.

Friedrich Merz, der im Wahlkampfteam von Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet für Finanzen zuständig ist, kann sich auch eine Abschaffung der Gewerbesteuer vorstellen. Die Kommunen sollen im Gegenzug am Aufkommen der Unternehmensteuern beteiligt werden. Der BDI macht in seinem Modell ähnliche Vorschläge. Ob die Union das Thema Gewerbesteuer wirklich anfasst, ist unklar. Der frühere Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) war einst mit dem Versuch, die Gewerbesteuer grundlegend zu reformieren, am erbitterten Widerstand der kommunalen Politik gescheitert.

Die SPD macht in ihrem Wahlprogramm keine detaillierten Angaben zu den Unternehmensteuern. Die Grünen fordern im Programmwurf eine globale Mindeststeuer von 25 Prozent, führen das aber auch nicht weiter aus. Die Vermögenssteuer findet sich hingegen bei beiden Parteien. Sie soll nach den Vorstellungen der Grünen bei Vermögen oberhalb von zwei Millionen Euro pro Person gelten und jährlich ein Prozent betragen. Dabei soll es aber Begünstigungen für Betriebsvermögen geben.



Das grüne Spitzenduo: Robert Habeck und Annalena Baerbock.

Parteitag Die Grünen-Basis probt den Aufstand

Tempolimit 100, ein noch höherer CO₂-Preis und Steuersatz: Viele Delegierte kämpfen für einen radikaleren Kurs.

Joe Kaeser hat es vom Buhmann zum Maskottchen der Grünen geschafft. Schon beim Wirtschaftskongress der Fraktion vor einem Jahr zeigte sich der damalige Siemens-Chef als Grünen-Sympathisant. Auf dem Parteitag am Wochenende tritt der 63-Jährige nun abermals als Redner auf, um für die Zukunft der Wirtschaft zu werben. Er soll die verbliebenen Zweifel daran zerstreuen, dass die Zeiten der Grünen als Schrecken der Unternehmer vorbei sind.

Denn diese halten sich hartnäckig, auch mit Blick auf den Parteitag. „Wir beschließen das wohl am intensivsten diskutierte Wahlprogramm der Geschichte“, sagte der Grünen-Bundesgeschäftsführer Michael Kellner am Mittwoch.

Der Parteivorstand musste in den vergangenen Wochen 3280 Änderungsanträge für das Wahlprogramm einbringen, eindampfen und zusammenführen. Übrig geblieben sind einige Dutzend Anträge, die am Wochenende zur Debatte stehen – und vor allem einen radikaleren Kurs fordern.

In der Partei herrsche die Sorge, links von CSU-Chef Markus Söder überholt zu werden, beschreibt es ein Mitglied der Parteiführung – auch das

Nebeneinkünfte und ihren Lebenslauf. Hinzu kommt, dass die Umfragewerte der Partei wieder sinken.

„Der Parteitag ist entscheidend für die kommenden Wochen“, sagte Forsa-Chef Manfred Güllner dem Handelsblatt. „Wenn jetzt das Hauen und Stechen um Einzelpunkte aufbricht, dann würde das mühsam aufgebaute Bild von geeinten, pragmatisch-rationalen Grünen Sprünge bekommen.“

Gefährliche Randpositionen

Laut dem Politikwissenschaftler und früheren Grünen-Politiker Hubert Kleinert sitze die Partei auf einem „Pulverfass“. „Die einen wollen in die Mitte, die anderen verfolgen einen starken identitätspolitischen Kurs.“

Mit Letzterem aber ließe sich keine Wahl gewinnen. Im Gegenteil: Mit Randpositionen würde aus den Grünen wieder eine Minderheitenpartei werden. „Die Grünen müssen den Kurs der Mitte verteidigen, um Wähler zu binden“, sagt Güllner. „Auch die Rolle der Verbotsparterie, in die die Grünen immer wieder hineingeraten, ist absolut schädlich.“

Die erste Machtprobe beginnt am Freitagabend mit energie- und umweltpolitischen Themen. Bislang planen die Grünen, den CO₂-Preis bis 2023 auf 60 Euro pro Tonne zu erhöhen. Festgelegt von der Koalition ist ein CO₂-Preis von 35 Euro. Einigen in der Partei sind 60 Euro aber nicht genug, sie fordern eine Verdopplung bis 2023. Nur so könne die Erderwärmung auf 1,5 Grad begrenzt werden. Außerdem soll das Ende des Verbrennungsmotors auf 2025 vorgezogen werden und auf Autobahnen nach dem Vorbild der Niederlande ein Tempolimit von 100 eingeführt werden. Bislang fordern die Grünen hier ein Limit von 130.

Weiter geht es mit einem Antrag der Grünen Jugend über eine Jobgarantie, die an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erinnert. „Wenn der private Sektor nicht genügend Jobs zur Verfügung stellen kann, dann muss der öffentliche Sektor dies in den Kommunen ausbessern“, heißt es darin.

Auch ein höherer Mindestlohn – 13 statt der bislang geforderten zwölf Euro – steht zur Debatte. Am Abend hat dann Kaeser seinen großen Auftritt.

Seine Vorstellungen dürften mit denen der grünen Parteibasis allerdings wenig zu tun haben: Die fordert unter anderem eine Gehaltsobergrenze. Auch die Steuersätze sollen stärker steigen als bislang von den Grünen geplant. Statt auf 48 soll der Spitzensteuersatz auf 52 Prozent steigen.

Was es davon am Ende tatsächlich ins Wahlprogramm schafft, ist schwer vorherzusagen. Die Leute, die die Änderungsanträge stellen, sind oft nicht die, die Mehrheiten organisieren können, heißt es aus der Parteiführung. Die Delegierten auf dem Parteitag würden die Kreisverbände stellen. Silke Kersting, Jürgen Klöckner



Laura Kövesi

„Ich sehe große Risiken“

Die Generalstaatsanwältin der EU über den europäischen Wiederaufbaufonds und die Gefahr, dass europäische Hilfen in die Hände der Mafia gelangen.

Es geht um eine gewaltige Summe, nie zuvor konnte die EU so viel Geld verteilen: 750 Milliarden Euro sollen in den nächsten zwei Jahren aus dem EU-Wiederaufbaufonds an die EU-Mitgliedstaaten fließen, um die Wirtschaft nach der Pandemie wieder anzukurbeln. Laura Kövesi soll verhindern, dass die EU-Hilfen in dunklen Kanälen versickern. Die Rumänin hat sich als Korruptionsbekämpferin einen Namen gemacht und leitet die neue europäische Staatsanwaltschaft, das European Public Prosecutor's Office, kurz EPPO.

Frau Kövesi, wie groß ist die Gefahr, dass sich das organisierte Verbrechen an den EU-Hilfen bereichert?

Ich sehe große Risiken bei dieser gewaltigen Geldsumme. Schon mit Blick auf den einfachen EU-Haushalt müssen wir uns im EPPO auf etwa 3000 Fälle pro Jahr einstellen. Nun kommt eine große Menge Geld dazu – mit weniger Transparenz. Aber wir werden auch mehr Fälle aufdecken, denn beim Ermittlungseifer gab es bisher unter den Mitgliedstaaten große Diskrepanzen. Seit dem 1. Juni müssen die nationalen Staatsanwälte laufende Fälle, die in unsere Zuständigkeit fallen, an uns weiterleiten. Das sind vorrangig grenzüberschreitende Kriminalität, organisiertes Verbrechen, Geldwäsche und Korruption, wenn sie mit EU-Mitteln zu tun hat. Wir werden in diesen Fällen besser ermitteln können.

Es gibt Berichte aus Italien, unter anderem von Europol, dass die Mafia sich gezielt in Firmen einkauft, die von Wiederaufbauhilfen profitieren dürften. Was Europol berichtet hat, ist die Realität. Einer der Vorteile, den wir mit

dem EPPO haben, ist, dass wir jetzt leichter gegen grenzüberschreitende Kriminalität vorgehen können – gerade auch dann, wenn es um organisierte Gruppen geht.

Der Kampf gegen Korruption hat auch eine politische Dimension. Jagen Sie Verbrecher – oder verteidigen Sie die Demokratie?

Unsere Aufgabe ist es, als Staatsanwaltschaft gegen Finanzbetrug zu ermitteln. Aber das EPPO trägt durchaus zum Schutz des Rechtsstaats und der Demokratie bei. Ein Rechtsstaat benötigt unabhängige Ermittler. Zum Glück ist das EPPO eine unabhängige Behörde mit unabhängigen Strafverfolgern. Niemand kann sich in unsere Ermittlungen einmischen.

Erhalten Sie aus Brüssel die nötige Unterstützung?

Um effizient arbeiten zu können, brauchen wir drei Dinge: erstens eine eigene spezialisierte Behörde, zweitens Unabhängigkeit und drittens genug Ressourcen. Derzeit sind die ersten beiden Erfolgsbedingungen erfüllt. Probleme gibt es mit dem Budget.



Razzia: Im Fokus der Generalstaatsanwältin steht organisierte Kriminalität.

Vita

Staatsanwältin
Laura Kövesi ging als oberste Korruptionsbekämpferin in Rumänien auch gegen prominente Politiker vor, bis sie vom Justizminister entlassen wurde.

Ruf nach Luxemburg
Sie leitet nun die Europäische Generalstaatsanwaltschaft, die am 1. Juli ihre Arbeit aufgenommen hat. Getragen wird die Behörde von 22 der 27 EU-Staaten.

sehen Sie die größten Betrugsrisiken?

Wir haben keinen Zugang zu diesen Plänen, aber basierend auf meiner Erfahrung denke ich, dass wir im Gesundheitssystem sehr vorsichtig sein müssen. In diesem Bereich fließen viele EU-Mittel. Und bei der öffentlichen Beschaffung. Dort setzt man gerade weniger auf Transparenz und mehr auf Flexibilität: Die Regierungen haben jetzt die Möglichkeit, einen Auftrag direkt an ein Unternehmen zu vergeben. Das bedeutet, dass wir ein ernsthaftes Risiko haben, dass mehr Verbrechen begangen werden.

Können Sie ein Beispiel geben, wie der Betrug funktioniert?

Nehmen Sie einen Bürgermeister, der alle Verträge seiner Stadt an dieselbe Firma vergibt. In so einem Fall ist es offensichtlich, dass es keinen Wettbewerb und keine Transparenz gab. Und dann stellt sich heraus, dass der Unternehmer ein enger Freund des Bürgermeisters ist. Dieses Muster sehen wir immer wieder.

Ähnlich funktioniert es derzeit auch in Tschechien, wo Premier Andrej Babis EU-Geld in seine eigene Firma geleitet haben soll. Werden Sie sich das anschauen?

Ich kann nicht über konkrete Fälle reden. Aber ich bin sicher, dass wir Fälle in allen Mitgliedstaaten haben werden. Von einigen Staaten habe ich gehört, dass es dort keine für uns relevanten Fälle gibt. Aber das bedeutet nicht, dass dieses Land sauber ist. Vielleicht wurden die Fälle nur noch nicht entdeckt oder sie wurden nicht genügend untersucht. Kein Land ist sauber. Es geht nicht nur um ein paar übliche Verdächtige, wenn wir von Betrug mit EU-Geld sprechen.

Es gibt Berichte, dass Ihr erster Fall aus Deutschland kommt. Können Sie dazu mehr sagen?

Unser erster neuer Fall wurde von Deutschland gemeldet. Weitere Details kann ich nicht nennen. Was ich sagen kann: Wir haben schon einige Fälle mit Umsatzsteuerbetrug aufgenommen. In einem Fall beträgt der Schaden etwa 70 Millionen Euro, fünf oder sechs Mitgliedstaaten sind betroffen. Wir haben ein Budget von 44 Millionen Euro, um solche riesige Summen zu verteidigen. Es geht bei uns nicht um Landwirte, die 10.000 Euro zu viel bekommen haben. Es geht um die schweren Verbrechen, um große Schäden, um komplexe, grenzüberschreitende Fälle, um organisierte Kriminalität.

Wenn Sie auch nur einen Bruchteil des Gelds sicherstellen können, ist Ihre Behörde gutes Investment für die EU.

Ich bin davon überzeugt, dass dieses europäische Projekt enorm wichtig ist. Aber für dieses Projekt muss man auch etwas Geld investieren. 44 Millionen Euro sind nicht viel, wenn man bedenkt, dass wir mehr als siebenhundert Milliarden Euro verteidigen müssen.

Was denken Sie, wie viel Geld die EU durch Ihre Arbeit zurückbekommen kann?

Das ist sehr schwer abzuschätzen. Wir brauchen mindestens ein Jahr, um das ein wenig zu evaluieren. Aber es wird Priorität haben, Geld zurückzubekommen.

Frau Kövesi, vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellen Christoph Herwartz und Moritz Koch.

Verkehrswende

Betreiber von Bussen und Bahnen fordern Milliarden Euro

Länder verlangen vom Bund mehr Geld für den Nahverkehr und liefern sich Verteilungskämpfe.

Am 10. Mai hielt Oliver Wolf in der Hand, worauf er dringend gewartet hatte: den Entwurf eines Gutachtens, mit dem der Hauptgeschäftsführer des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) für seine Mitglieder das rausholen will, worauf sie warten: viel Geld.

Mit diesem „Betriebskostengutachten“ wollen die Verkehrsunternehmen belegen, was die Klimaziele bis 2030 kosten, was es konkret kostet, damit sich immer mehr Menschen in Bus und Bahn klimafreundlich fortbewegen. Die Politik hat die Verkehrswende proklamiert, was fehlte, war die Rechnung.

Nach Informationen des Handelsblatts geht es um insgesamt elf Milliarden Euro, die die Verkehrsunternehmen einfordern. So viel sei nötig, um im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) die vom Bund ausgerufenen Klimaziele zu erreichen.

Mehr als neun Milliarden Euro bekommt der Nahverkehr schon heute vom Bund, jedes Jahr steigt die Summe um 1,8 Prozent. Aber wenn Busse und Bahnen ihre Fahrgastzahlen bis 2030 verdoppeln sollen, so das Argument, dann reicht das Geld nicht.

Ein Gutachten untermauert da die eigenen Forderungen sehr – wenn es die richtigen Aussagen trifft. Nur gut, wenn die Gutachter wie im Fall des VDV Gelegenheit geben, Kommentare und Änderungswünsche einzubringen. Sowohl Wolf als auch seine anderen drei Geschäftsführer des Verbands nutzten die Gelegenheit.

Das Gutachten soll ausgerechnet den Muniton im Lobbykampf geben, die eigentlich den Nahverkehr finanzieren müssen: den Bundesländern. Hendrik Wüst etwa, Verkehrsminister in Nordrhein-Westfalen und potenzieller Nachfolger von CDU-Chef Armin Laschet als Ministerpräsident, will „Deutschland zum Bahnland“ machen und sieht dafür sogar einen Bedarf von zwei Milliarden Euro extra pro Jahr.

Söder: Der Bund soll zahlen

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) wird noch deutlicher: „Für mich ist als Programm der Zukunft von Mobilität, sowohl für die Energiewende als auch für die Versorgung der ländlichen Räume, ein natio-

nales ÖPNV-Konzept, das zu großen Teilen vom Bund finanziert wird, notwendig.“ Elektrobusse, Wasserstoffzüge, reaktivierte Nahverkehrsstrecken – der Bund soll zahlen.

Doch das will der Bund nicht mehr ohne Weiteres. Auslöser ist das Corona-Hilfspaket, das Bund und Länder im vergangenen Jahr geschnürt hatten. Je 2,5 Milliarden Euro sollten Bund und Länder zahlen. Der Bund zahlte, die Länder hielten sich zurück und forderten stattdessen für dieses Jahr eine weitere Milliarde vom Bund. Das war zu viel für die Haushalter im Bundestag. Nachdem auch der Bundesrechnungshof das Gebaren der Länder in einem Gutachten kritisiert und darauf verwiesen hatte, dass die Bundesländer für den Nahverkehr zuständig sind, stellten die Finanzexperten Bedingungen für die Extramilliarde.

11

Milliarden Euro
fordern die Verkehrsunternehmen, um eine Verdoppelung der Fahrgastzahlen bis 2030 zu erreichen.

Quelle: VDV

Am Dienstag beschlossen die Kollaboranten von Union und SPD im Bund, dass die Länder künftig ihren Nahverkehr selbst finanzieren müssen, bevor der Bund einspringt. Der Beschluss liegt dem Handelsblatt vor. Demnach überweist der Bund erst dann weitere Hilfen zur Hälfte, „sobald das betreffende Land gegenüber dem Bund (...) nachgewiesen hat, dass es die im Jahr 2020 erhaltenen Bundesmittel sowie eigene Mittel in gleichem Umfang zum Ausgleich von finanziellen Nachteilen des ÖPNV-Sektors bereits verwendet hat“, wie es in der Formulierungshilfe für die geplante Novelle des Regionalisierungsgesetzes heißt.

Der Bund werde auf dieser Basis 500 Millionen Euro bereitstellen, die restlichen 500 Millionen indes als Schlusszahlung erst dann leisten, wenn

durch das jeweilige Land „die zweckgerechte Verwendung der Mittel nachgewiesen wird“. Insgesamt will der Bund so eine weitere Milliarde Euro zahlen, um den Nahverkehr zu stützen. Die Länder wollen ebenfalls eine Milliarde Euro zahlen.

Nahverkehr ist „Länderaufgabe“

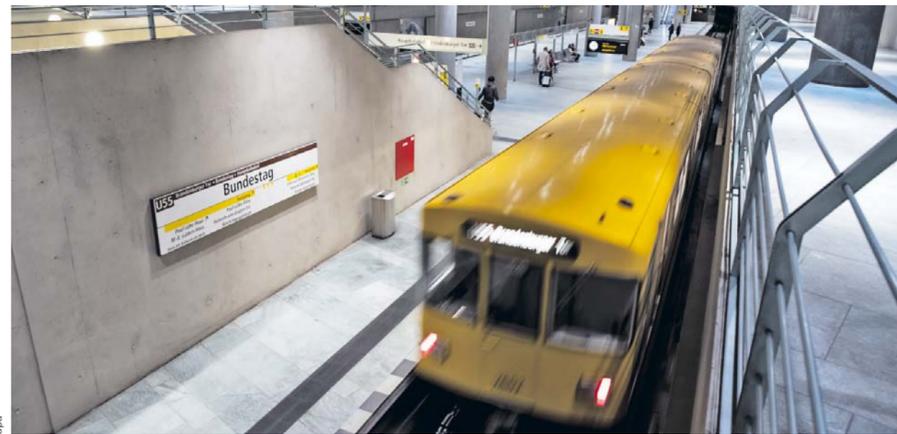
Schmerzhafter für die Länder ist ein anderer Hinweis im Gesetz, den auch der Bundesrechnungshof empfohlen hat: Demnach leistet der Bund lediglich „einen Finanzierungsbeitrag zu dieser Länderaufgabe“. Und unmissverständlich folgt: „Die Länder leisten im Rahmen ihrer Haushaltsautonomie jedes Jahr angemessene eigene Beiträge zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs.“

Die gesetzliche Absicherung hat der Bund durchgesetzt, da die Länder im vergangenen Jahr das erste Hilfspaket für den Nahverkehr zulasten des Bundes genutzt hatten. Bereits in der Vergangenheit waren Regionalisierungsmittel des Bundes von den Ländern nicht wie verabredet eingesetzt worden, was auch die Verkehrsunternehmen beklagen. Kein Wunder, dass der Branchenverband alarmiert ist und mit ihm das größte Mitglied, die Deutsche Bahn AG.

Das Gutachten durften die Ministerialen der Bundesländer bereits einsehen – schließlich ziehen Länder und VDV gegen den Bund an einem Strang. So hatte der VDV für die Länder Corona-Ausfälle von fünf Milliarden Euro für 2020 prognostiziert, auf deren Basis der Bund 2,5 Milliarden Euro überweisen hatte.

Inzwischen ist bekannt, dass sich die Schäden nur auf 3,1 Milliarden belaufen. Dennoch rechnet der VDV weiter für 2020 und 2021 mit Schäden in Höhe von sieben Milliarden Euro, was die Länder veranlasst hat, die Extramilliarde vom Bund einzufordern.

Die Länder haben inzwischen eine Sonderverkehrsministerkonferenz einberufen. Am 29. Juni wollen sie dort eine „Beschlussvorlage zum Mittelaufwuchs“ erarbeiten, wie es in Kreisen der Unterhändler hieß. Damit wollen sie den Bund konfrontieren. Intern indes tobt der Verteilungskampf, welches Bundesland wie viel Geld bekommt.



Berliner U-Bahn: Der Nahverkehr braucht mehr Geld.

Corona-Lage

Der digitale Impfpass startet heute

Die einen Länder lockern weiter, andere wie Russland verschärfen ihre Maßnahmen.



Ab heute auch digital: Der neue Impfpass erleichtert Reisen und Restaurantbesuche.

Praktische Hilfe: Der digitale Impfpass soll ab Donnerstag in Deutschland zum Einsatz kommen. Das sagt ein Sprecher des Gesundheitsministeriums. Mit dem digitalen Impfpass sollen Nutzer leichter nachweisen können, dass sie bereits ausreichend gegen Corona geimpft sind. Dies gilt etwa für die Reisebranche als wichtig.

Belgien lockert: Kneipen, Kinos, Fitnessstudios: Belgien hat dank abnehmender Infektionszahlen am Mittwoch die Corona-Regeln deutlich gelockert. So sind in dem von der Pandemie zeitweise hart getroffenen Land ab sofort neben Terrassen auch die Innenräume von Restaurants geöffnet, aber nur an Vierertischen und mit Hygieneauflagen. Zu Hause darf man ebenfalls vier Personen empfangen. Neben Sporteinrichtungen dürfen auch Kinos den Betrieb wieder aufnehmen, kulturelle Veranstaltungen mit bis zu 200 Menschen sind mit Sicherheitsregeln drinnen wieder möglich.

Moskau verschärft Kontrollen: Angesichts steigender Infektionszahlen verschärfen die Behörden in Russlands Hauptstadt Moskau die Kontrolle von Corona-Beschränkungen. Außerdem würden in den kommenden Tagen zusätzliche Krankenhäuser für Coronapatienten geöffnet, sagte Moskaus Bürgermeister Sergej Sobjanin am Mittwoch. Zuletzt waren in Europas größter Metropole mehr als 4100 Neuinfektionen binnen 24 Stunden registriert worden – so viele wie seit Mitte Januar nicht mehr. Die Zahl der Toten erhöhte sich auf knapp 125.000.

Impfung für Jugendliche: Die Hausärzte plädieren für eine Impfung von Jugendlichen ab zwölf Jahren vor allem in Arztpraxen: Sollte die Ständige Impfkommission die Impfung nur für Kinder und Jugendliche mit Vorerkrankungen empfehlen, könne in den Praxen am besten beurteilt werden, wer dazu zähle, sagt Verbandschef Ulrich Weigeldt der Nachrichtenagentur Reuters. In den Praxen sei die Krankheitsgeschichte von Patienten bekannt. Die Stiko will am Donnerstag ihre Empfehlung für die Impfung der Altersgruppe von zwölf bis 17 abgeben.

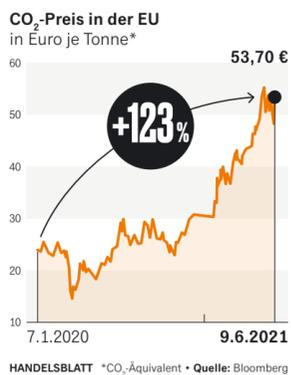
Klaus Stratmann Berlin

Als der Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung (WSM) seine Mitgliedsunternehmen vor einigen Monaten danach befragte, wie sie auf den CO₂-Preis reagieren würden, fielen die Antworten erschreckend aus. Sie reichten von „sofortigem Investitionsstopp“ über „Personalabbau“ bis zu „Verlagerung von Investitionen ins Ausland“. Besonders deutlich war die Antwort einer Härterei aus NRW mit 75 Mitarbeitern: Man plane die Abwicklung des Unternehmens.

Betroffen sind aber nicht nur Metallverarbeiter. Der CO₂-Preis schwächt Unternehmen in verschiedenen Branchen. Er belastet Gießereien, Feuerzinker, die keramische Industrie, Kunststoffverarbeiter und beispielsweise die Hersteller technischer Textilien, die als Filter in Industrieanlagen oder für Corona-Schutzmasken benötigt werden.

Die Große Koalition hatte den betroffenen Branchen zugesagt, die Zusatzkosten, die aus dem CO₂-Preis erwachsen, unter bestimmten Bedingungen zu kompensieren. Ziel sei es, die Abwanderung von Unternehmen wegen der CO₂-Kosten, im Fachjargon „Carbon Leakage“ genannt, zu verhindern.

Preissprung



Doch der Entwurf der entsprechenden Carbon-Leakage-Verordnung aus dem Bundesumweltministerium ist aus Sicht vieler Unternehmen eine Riesenenttäuschung. Denn der darin vorgesehene Ausgleich ersetzt entweder nur einen geringen Teil der CO₂-Kosten – oder die Unternehmen bekommen gar nichts erstattet.

Die Verordnung ist noch nicht in Kraft getreten. Der Bundestag hat bis Ende Juni Zeit, Änderungen einzufordern. Außert er sich nicht, tritt die Verordnung ohne Veränderungen in Kraft.

Verzerrung des Wettbewerbs

In den Koalitionsfraktionen deutet sich die Bereitschaft an, den betroffenen Unternehmen noch entgegenzukommen. „Für die SPD ist klar: Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft muss sichergestellt sein. Dazu ist ein effektiver Carbon-Leakage-Schutz nötig“, sagte Bernd Westphal, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, dem Handelsblatt.

Die Gefährdung von Arbeitsplätzen durch wettbewerbsverzerrende Belastungen sei kein theoretisches Problem, sagte Westphal. „Wenn Unternehmen aufgrund der mit Klimamaßnahmen verbundenen Kosten ihre Pro-



Braunkohlekraftwerke verursachen die größten CO₂-Emissionen.

Klimaneutralität
Steigender CO₂-Preis sorgt bei Unternehmen für Existenzangst

Firmen fühlen sich in die Ecke gedrängt. Weitere Belastungen drohen, die Bundesregierung hat keine Lösung parat.

duktion in andere Länder mit weniger strengen Emissionsauflagen verlagern, ist dem Klima jedenfalls nicht dienlich. Mit der Carbon-Leakage-Verordnung wollen wir das verhindern“, sagte er.

Das Wirtschaftsministerium reagiert zurückhaltend: Man werde „die praktische Umsetzung der Verordnung eng begleiten und genau beobachten, ob es Änderungen bedarf“, teilte das Ministerium auf Anfrage mit. Die Unternehmen beruhigt das nicht. Sie warten schon seit Monaten auf eine Lösung für ihre Probleme.

Der CO₂-Preis von 25 Euro je Tonne gilt seit Januar 2021 in den Sektoren Wärme und Verkehr. Er belastet beispielsweise die vor dem Aus stehende Härterei in NRW allein in diesem Jahr mit zusätzlichen Kosten von 250.000 Euro. Das entspricht 2,3 Prozent des



Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft muss sichergestellt sein.

Bernd Westphal
 SPD-Bundestagsfraktion

Umsatzes. Da der Anstieg des CO₂-Preises auf 35 Euro für 2023 bereits gesetzlich geregelt ist, beläuft sich die Kostenlast für das Unternehmen 2023 auf 350.000 Euro.

Kaum Alternativen in Sicht

Fällig wird der CO₂-Preis für den Einsatz von Erdgas, das für die Prozesse der Härterei unverzichtbar ist. Alternativen hat das Unternehmen nicht. Strom kommt für Hochtemperaturprozesse, wie sie in Härtereien stattfinden, nicht in Betracht. Klimaneutralen Wasserstoff gibt es noch nicht, und das dürfte für einige Jahre so bleiben.

Geht es nach den Grünen, steigt der CO₂-Preis 2023 bereits auf 60 Euro. Für die Härterei in NRW bedeutete das zusätzliche Kosten von 600.000 Euro pro Jahr, was 5,7 Pro-

zent des Umsatzes entspräche. Angesichts einer Durchschnittsrendite von drei bis fünf Prozent ist das nicht zu verkraften. Der CO₂-Preis gilt als entscheidendes Instrument, um auf dem Weg zur Klimaneutralität voranzukommen. Er verteuert den Einsatz fossiler Energien und macht den Einsatz von Strom, der mehr und mehr aus erneuerbaren Quellen kommt, attraktiver.

Die Einnahmen des CO₂-Preises werden zum Teil dafür eingesetzt, die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), die den Strompreis erheblich belastet, zu stabilisieren und perspektivisch sogar abzuschaffen. Die Firmen fühlen sich alleingelassen. „Die geplante Umsetzung der Carbon-Leakage-Verordnung steht in krassstem Widerspruch zur Zusage der Großen Koalition, die Wirtschaft im Zusammenhang mit der CO₂-Bepreisung vor Wettbewerbsnachteilen zu schützen“, sagte Hans-Toni Junius, geschäftsführender Gesellschafter des Stahlverarbeiters Waelzholz, dem Handelsblatt. Das international agierende Unternehmen mit 2300 Mitarbeitern hat seinen Stammsitz in Hagen.

Laut Junius summiert sich die Belastung durch den CO₂-Preis bei Waelzholz in den Jahren 2021 bis 2026 auf 15 Millionen Euro. Nach dem Entwurf der Carbon-Leakage-Verordnung ergibt sich für das Unternehmen eine Erstattung von 49 Prozent. „Wir bleiben also auf mehr als der Hälfte der Kosten sitzen“, sagte Junius. „Uns war eine Erstattung auf dem Niveau der kostenlosen Zuteilung von Zertifikaten im Europäischen Emissionshandelssystem in Aussicht gestellt worden. Dieses Niveau liegt bei 85 Prozent. Davon sind wir weit entfernt.“

Fragwürdige Kriterien

Die Carbon-Leakage-Verordnung greift dann, wenn ein Unternehmen einem der Sektoren zuzuordnen ist, die schon nach der Systematik des europäischen Emissionshandelssystems als Carbon-Leakage-gefährdet gelten.

Die Liste dieser Unternehmen kann auf Antrag ergänzt werden. Zu den Kriterien, die dazu erfüllt sein müssen, zählt eine bestimmte Handelsintensität. Die Handelsintensität erfasst den Anteil des Handels eines Unternehmens mit Drittstaaten außerhalb der EU.

Die Handelsintensität wird aber in verschiedenen Branchen statistisch nicht erfasst und lässt sich daher auch nicht belegen. Die Unternehmen haben daher keine Chance auf Kompensation.

Ohnehin ist das Kriterium der Handelsintensität fragwürdig. „Selbst wenn einer unserer großen Kunden in Deutschland sitzt, stehen wir als dessen Lieferant in direktem Wettbewerb mit Unternehmen aus Ländern innerhalb und außerhalb der EU. In den meisten dieser Länder gibt es keine vergleichbare CO₂-Bepreisung“, sagte Waelzholz-Chef Junius.

Junius weiß, dass sein Unternehmen im Vergleich zu anderen Unternehmen der Branche noch vergleichsweise gut abschneidet. „Es gibt eine Reihe von Härtereien, Gießereien und Schmieden, die noch stärker betroffen sind als wir. In einigen Fällen ist der Fortbestand der Unternehmen gefährdet“, sagt Junius. „Wenn diese Unternehmen aufgeben und die Produkte künftig aus China oder anderen Ländern kommen, untergräbt das die Basis unseres Wohlstands. Und dem Klimaschutz ist nicht gedient, weil die Produktion in anderen Teilen der Erde oftmals CO₂-intensiver ist als bei uns.“

Fachkräftemangel

Schwieriger Neustart im Gastgewerbe

Die Freude über den heiß ersehnten Neustart in Hotels und Gaststätten ist getrübt. Es fehlt an Personal und passenden Wirtschaftshilfen.

Endlich geht es wieder aufwärts: Touristen kehren in die Urlaubsorte zurück, Hotels und Restaurants öffnen wieder, erste Veranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl finden statt. Doch beim Treffen der Betriebsräte aus 22 Dorint-Hotels am Dienstag in Dresden trübten auch ein paar Sorgen den optimistischen Blick nach vorn.

„Wir haben je nach Hotel zwischen zehn und 20 Prozent der Belegschaft verloren, weil Mitarbeiter bessere Angebote hatten oder während der Krise einen anderen Job angenommen haben, der ihnen besser gefällt“, sagt Dorint-Gesamtbetriebsratschef Polaris Rapp. Der Neustart muss also mit weniger Personal gestemmt werden, die Arbeitsbelastung könnte nach der langen Zwangspause rapide zunehmen.

Es ist nicht das einzige Problem beim Neustart im Gastgewerbe. Auf rund 60 Milliarden Euro belaufen sich nach Angaben des Branchenverbands Dehoga die pandemiebedingten Umsatzverluste. Von Januar bis März 2021 lagen die Erlöse aus der Beherbergung um 77 Prozent und in der Gastronomie um 53 Prozent unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums, als die Pandemie kaum Wirkung gezeigt hatte.

Jeder zweite Betrieb bangt

Nach einer jüngst veröffentlichten Dehoga-Branchemfrage fürchtet noch knapp jeder zweite Betrieb um seine Existenz. „Aufgabe der Politik ist es jetzt, für dauerhafte Öffnungen zu sorgen und ausreichend Impfstoff bereitzustellen“, forderte Verbandspräsident Guido Zöllnick. Und für Betriebe, die noch nicht öffnen dürften oder weiter unter herben Umsatzverlusten litten, müsse die Überbrückungshilfe III bis Jahresende verlängert werden. Denn selbst wenn in den Touristenorten wieder Gäste empfangen werden: Bis auch Kongresse, Messen oder Tagungen wieder in größerem Umfang stattfinden und die entsprechenden Hotels ausgelastet sind, wird es noch dauern.

Nach einer Sonderauswertung der jüngsten DIHK-Umfrage unter gut 27.000 Unternehmen ist knapp die Hälfte der Beherbergungsbetriebe immer noch mit Liquiditätsgespässen konfrontiert, knapp zwei Drittel beklagen einen Rückgang des Eigenkapitals. In der Gastronomie stellt sich die finanzielle Situation nur wenig besser dar. Deshalb macht sich auch die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten

(NGG) für eine Fortsetzung der Hilfen stark – und eine Aufstockung. „Große Hotels mit 700 bis 900 Millionen Euro Umsatz zahlen allein mehrere Millionen Euro Pacht im Monat“, sagt NGG-Chef Guido Zeitler. Die Überbrückungshilfe III ist aber bislang bei

zwölf Millionen Euro gedeckelt. Mit der neuen Überbrückungshilfe III Plus wird die Obergrenze künftig angehoben.

Sollte der Betrieb wieder richtig anlaufen, droht Fachkräftemangel zum echten Problem zu werden. Im März arbeiteten laut Arbeits-

agentur 118.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte weniger im Gastgewerbe als im Vorjahresmonat. Viele Arbeitnehmer mussten nicht nur mit dem geringeren Kurzarbeitergeld klarkommen, sondern auch dem Verlust des Trinkgelds – und haben sich umorientiert.

CLEVERER VERKEHRSMITTELMIX

In neuen Bahnen denken

Um die Anreise zum Flughafen weiter zu verbessern, bauen Lufthansa und die Deutsche Bahn ihre Zusammenarbeit deutlich aus. Welche Vorteile das für Reisende bringt und was das für innerdeutsche Flüge bedeutet.



Je mehr Flugzeuge wieder abheben, desto wichtiger ist es, Fliegen umweltfreundlicher zu machen. Daran arbeitet Lufthansa entlang der gesamten Reisekette und setzt dafür auch auf einen cleveren Verkehrsmittelmix. Als Alternative zum innerdeutschen Zubringerflug bietet sie den „Zug zum Flug“ bereits seit rund 20 Jahren an. Die jüngste Ausweitung der Kooperation mit der Deutschen Bahn AG stärkt dieses Angebot nun deutlich.

VORTEILE FÜR KLIMA UND REISENDE

Ziel der Initiative sei es, sagt Harry Hohmeister, Chief Commercial Officer der Deutschen Lufthansa AG, ein integriertes und vernetztes Mobilitätsangebot zu schaffen, das Reisenden und Umwelt nutze. Dreh- und Angelpunkt dieser Strategie ist zunächst der Flughafen Frankfurt, über den die Airline einen Großteil ihrer Flüge abwickelt. Täglich gibt es bereits mehr als 130 Zubringerzüge aus 17 Städten. Verbindungen aus Hamburg, München, Berlin, Bremen und Münster kommen noch in diesem Jahr hinzu – passgenau zu den Lufthansa An- und Abflugzeiten.

Und wenn die Bahn oder der Flieger mal nicht rechtzeitig ankommen? Dann greift die sogenannte Anschlussicherung. Sie sorgt dafür, dass Reisende ein Ticket für den nächsten Zug beziehungsweise Flug erhalten, um an ihr Ziel zu gelangen.

Der Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft schätzt, dass Angebote wie diese etwa jeden

fünften Reisenden vom Inlandsflug auf die Bahn umsteigen lassen könnten – in Deutschland wären das 4,3 Millionen Menschen jährlich. Inlandsflüge generell zu verbieten würde dazu führen, dass umsteigende Fluggäste Luftverkehrsdrehkreuze außerhalb Deutschlands nutzen. Geflogen würde also trotzdem, nur mit Umwegen.

BAHNINFRASTRUKTUR MUSS GESTÄRKT WERDEN

Außerdem gibt es noch nicht ausreichend schnelle Zugverbindungen. Der Flughafen München ist zum Beispiel nicht an das ICE-Netz angeschlossen. Für mehr Intermodalität in der Zukunft muss daher die Bahninfrastruktur gestärkt werden.



Welche konkreten Vorteile haben Reisende, wenn sie mit dem Zug zum Flughafen anreisen? Hier finden Sie die Antwort: handelsblatt.com/adv/zukunftdesfliegens

LUFTHANSA GROUP

Martin Greive, Jan Hildebrand,
Carsten Volkery Berlin, London

Olaf Scholz (SPD) kam aus dem Jubeln nicht mehr heraus. Von einem „Durchbruch“, einer „Steuerrevolution“ gar sprach der Bundesfinanzminister, nachdem sich die G7-Finanzminister am Wochenende auf eine lang geplante globale Steuerreform geeinigt hatten. Die soll dafür sorgen, dass Unternehmen auf der ganzen Welt einen Mindeststeuersatz zahlen und Digitalkonzerne stärker besteuert werden.

Doch nur drei Tage nach der Einigung wird schon der Versuch unternommen, die Reform zu durchlöchern. Das berichtete so zumindest die „Financial Times“, Großbritannien verlangt demnach Ausnahmen für britische Banken.

Neben Sonderrechten für die Finanzindustrie sind auch viele andere Fragen vor dem entscheidenden Treffen der G20-Finanzminister im Juli noch ungeklärt. Das Handelsblatt analysiert, wie viele deutsche Unternehmen von der Reform betroffen sind, was auf sie zukommt und was die „Steuerrevolution“ für den deutschen Steuerzahler bedeutet.

► **Warum ist die Reform nötig?**

Aus Sicht der Politik zahlen Unternehmen immer weniger Steuern. So habe der internationale Steuerwettbewerb die Steuersätze purzeln lassen. Lagen diese 1980 im Schnitt bei 45 Prozent, waren es 2020 nur noch 23,3 Prozent. Gleichzeitig verschoben Konzerne ihre Gewinne legal von Hochsteuer- in Niedrigsteuerländer oder in Steuer-oasen. Einige Unternehmen drückten ihre Steuerlast im Ausland so sogar de facto auf null – trotz Milliardengewinnen. Stark Gebrauch machten von dieser Möglichkeit insbesondere Digitalkonzerne. Laut Studien entgehen allein der EU durch diese Praktiken 60 Milliarden Euro Steuern pro Jahr. Die Zahlen sind allerdings umstritten.

► **Was will die Politik gegen die Steuertricks tun?**

Die geplante Steuerreform besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil der Reform sieht die Einführung einer globalen Mindeststeuer für Unternehmen in Höhe von 15 Prozent vor, der zweite Teil die Einführung einer Art Digitalsteuer, die digitale Geschäfte weltweit einheitlich besteuern soll.

Dieser zweite Teil zielt aber noch weiter: Im Zuge dessen soll auch das Steueraufkommen weltweit neu verteilt werden. Bislang zahlen Unternehmen vor allem in dem Land Steuern, wo sie beheimatet sind. Künftig soll die Besteuerung stärker davon abhängen, wo Unternehmen welchen Umsatz erzielen. Apple oder Google müssten dann mehr Abgaben in Europa leisten, deutsche Konzerne wie Volkswagen wiederum dürften mehr Steuern in Ländern wie China abführen.

► **Wie funktionieren Mindeststeuer- und Digitalsteuer genau?**

Vereinfacht funktioniert die Mindeststeuer so: Zahlt ein Konzern mit seiner Tochtergesellschaft im Ausland Steuern unter dem Mindestsatz, kann der Heimatstaat die Differenz bis zum Mindestsatz einkassieren. Somit würde eine Verlagerung von Gewinnen in Länder, die niedrigere Steuern unter dem Mindestsatz bieten, für ein Unternehmen kaum noch verlockend sein.

Etwas komplizierter ist es bei der Digitalsteuer: Erfüllt ein Konzern die Umsatz- und Profitabilitätsbedingun-



City of London: Die britische Regierung verlangt Ausnahmen für ihre Banken.

Getty Images

Globale Steuerreform

Was die Steuerrevolution für deutsche Firmen bedeutet

Von der neuen globalen Digitalsteuer sind weniger deutsche Unternehmen betroffen als gedacht. Anders sieht es aber bei der ebenfalls geplanten Mindeststeuer aus.

gen, wird er besteuert. Anders als bisher aber eben nicht nur vor allem in dem Land, wo das Unternehmen seinen Sitz hat, sondern auch in den Ländern, wo die Unternehmen tätig sind, also im Marktstaat.

Dafür wird ein Teil des Gewinns herangezogen. Im Gespräch ist eine „Zwanzig-von-zehn-Regel“: Den Marktländern werden Besteuerungsrechte auf mindestens 20 Prozent eines Unternehmensgewinns, die die Profitabilitätsschwelle von zehn Prozent überschreiten, gewährt. Die Aufteilung der Steuereinnahmen würde sich nach dem Geschäftsanteil in den jeweiligen Ländern richten.

► **Wie viele Staaten machen mit?**

Auch wenn Scholz nach der Einigung auf dem G7-Finanzminister-Treffen jubelte – maßgeblich für die Reform sind andere Runden. Eine Vorentscheidung fällt auf dem G20-Finanzminister-Treffen im Juli. Wird dort eine Einigung erzielt, sollen unter dem Dach der Industrieländerorganisation OECD, die für globale Steuerfragen zuständig ist, 139 Staaten den neuen Steuervertrag unterschreiben.

► **Wie viele deutsche Unternehmen sind betroffen?**

Von dem ersten Teil der Reform, der eine Digitalbesteuerung vorsieht, wären nur wenige deutsche Konzerne betroffen. Dies geht aus einer Analyse des Bundesverbandes der Deutschen In-



Es ist zu erwarten, dass die Zahl der Unternehmen im unteren einstelligen Bereich liegt. Das ist gut so, denn der Aufwand der Auflagen ist enorm.

Monika Wünnemann
BDI-Steuerexpertin

dustrie (BDI) hervor. „Es ist zu erwarten, dass die Zahl der Unternehmen im unteren einstelligen Bereich liegt“, sagte BDI-Steuerexpertin Monika Wünnemann dem Handelsblatt. „Das ist auch gut so, denn der Aufwand der Auflagen ist enorm.“

Der Grund: Unter die neue Steuer sollen nach derzeitigen Plänen nur Unternehmen fallen, die mindestens 20 Milliarden Euro Umsatz im Jahr machen und eine Profitabilität von mindestens zehn Prozent vorweisen. Dieses Kriterium erfüllen in Deutschland nur wenige Konzerne, etwa SAP.

Anders sieht es beim zweiten Teil der Reform, der globalen Mindeststeuer, aus. Diese soll auf alle Unternehmen mit einem Umsatz von über 750 Millionen Euro angewendet werden. Laut Statistischem Bundesamt erfüllen dieses Kriterium in Deutschland 827 Unternehmen. Da viele von ihnen aber kaum von der Praxis Gebrauch machen, in Niedrigsteuerländern ihre Steuerlast zu senken, dürfte auch hier eher eine überschaubare Anzahl betroffen sein, hieß es in Wirtschaftskreisen.

► **Gewinn oder verliert Deutschland durch die Reform?**

Hier gingen die Meinungen lange auseinander. Der Bundesverband der Deutschen Industrie warnte vor Milliardenausfällen, wenn deutsche Exportunternehmen mehr Steuern im Ausland und weniger im Inland zahlen. Laut einer Ifo-Studie im Auftrag des

Bundesfinanzministeriums halten sich die Verluste dagegen in Grenzen. Je nach Ausgestaltung könne es leichte Mindereinnahmen oder leichte Zusatzeinnahmen für den Fiskus geben.

Inzwischen zeichnet sich ab, dass wohl eher Letzteres zutrifft. Denn wenn aufgrund der hohen Schwellen überhaupt nur sehr wenige deutsche Unternehmen mehr Steuern im Ausland zahlen, wird kaum ein Verlust für den deutschen Fiskus entstehen.

Im Gegenteil: Unterm Strich dürfte, wenn Digitalkonzerne hierzulande mehr Steuern zahlen, ein kleines Milliardenplus stehen. Im Umkehrschluss bedeutet das allerdings auch: Große Länder mit großen Märkten wie China bekommen weniger Mehreinnahmen als erhofft – und dürften dafür Gegenleistungen einfordern.

► **Welche Punkte sind noch offen?**

An der Einigung der G7 auf einen globalen Mindeststeuersatz von 15 Prozent dürfte nicht mehr gerüttelt werden. Noch nicht endgültig fest steht aber, wie hoch die Profitabilitätsschwelle ist, ab der Unternehmen unter die neue Digitalsteuer fallen. Hier stehen sowohl zehn, aber auch 20 Prozent Umsatzerlöse im Raum.

Gekämpft wird auch noch darum, auf was die neue Digitalsteuer genau anfällt, also die Bemessungsgrundlage. Insbesondere China fordert hier Ausnahmen. In der Volksrepublik gibt es



REUTERS

viele steuerliche Anreize zur Förderung von Digitalunternehmen. Die hätte China gern ausgeklammert. Die Frage ist auch noch, ob und was die OECD Ländern wie Irland anbietet, die bislang ihre Unternehmen deutlich unter 15 Prozent besteuern.

► **Welche Ausnahmen verlangen jetzt die Briten?**

Die britische Regierung will sicherstellen, dass britische Banken weiterhin einen Großteil ihrer Steuern auf der Insel zahlen. Britische Großbanken wie HSBC und Standard Chartered sind zwar große Steuerzahler in London, erwirtschaften aber einen Großteil ihres Umsatzes in Asien und Afrika.

Zwar zahlen Banken bereits jetzt an allen ihren Standorten Steuern, weil sie aus Aufsichtsgründen Tochterfirmen mit eigenem Kapital gründen müssen, um eine Lizenz zu erhalten.

Finanzminister Rishi Sunak will nun verhindern, dass sich die Balance auf Kosten des Königreichs verschiebt. Den Vorbehalt will er beim G20-Treffen vorbringen. „Unsere Position ist, dass wir Finanzunternehmen von der Regel ausnehmen wollen“, sagte ein Regierungsvize der „Financial Times“. Die Verhandlungen dazu innerhalb der G20 und der OECD laufen.

► **Wird die Reform im US-Kongress scheitern?**

23,3

Prozent
Steuern zahlen Unternehmen weltweit im Schnitt.



action press

G7 in Cornwall: Anwohner und Demonstranten zeigen, was ihnen wichtig ist.

Transatlantische Beziehungen

Deeskalation im Handelskonflikt

Die EU und die USA wollen den Subventionsstreit um Boeing und Airbus endgültig lösen, doch andere Streitigkeiten bleiben.

Das Ansehen der EU hat in den Monaten der Pandemie stark gelitten. Eine aktuelle Umfrage der European Council on Foreign Relations hat einen starken Vertrauensverlust ergeben, gerade in großen europäischen Ländern Frankreich, Italien und Deutschland. Die EU braucht ein Erfolgserlebnis, und zwar dringend.

Der Brüsselbesuch von US-Präsident Joe Biden in der kommenden Woche kommt daher sehr gelegen. Die EU-Kommission hofft, die Handelsstreitigkeiten auszuräumen, die Biden von seinem Vorgänger Donald Trump geerbt hat. „Es ist erkennbar, dass in Washington ein sehr kooperativer Ansatz gegenüber der EU verfolgt wird“, lobt David McAllister, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des EU-Parlaments.

Aus einem Entwurf für die Gipfelerklärung, der in Brüssel kursiert, geht hervor, dass die EU-Seite darauf hofft, gleich zwei Streitthemen abzuräumen: den Konflikt um Subventionen für die Flugzeugbauer Boeing und Airbus sogar noch diesen Sommer, bis Dezember dann die Auseinandersetzung wegen der amerikanischen Zölle auf Stahl und Aluminium. „Als vertrauensbildende Maßnahme müssen wir die Handelsstreitigkeiten zwischen der EU und den USA deeskalieren und lösen“, fordert er für Wirtschaftspolitik zuständige EU-Kommissionsvize Valdis Dombrovskis.

Zumindest im Falle der Flugzeugsubventionen scheint tatsächlich eine Einigung greifbar zu sein. US-Präsident Biden und EU-Kommissionchefin Ursula von der Leyen hatten sich schon im März darauf verständigt, die gegenseitig verhängten Strafzölle vier Monate lang auszusetzen. „Es wird sicher mit den Amerikanern noch ein Ringen um die Erklärung geben, aber eine Einigung bei Airbus und Boeing ist möglich“, sagt Bernd Lange (SPD), Vorsitzender des Handelsausschusses des EU-Parlaments. „Ziemlich düster“ dagegen sähe es bei den Alu- und Stahlzöllen aus.

Tatsächlich könnte der EU hier die nächste Enttäuschung drohen. Denn

das sich Biden darauf einlässt, die Schutzzölle kurzfristig aufzuheben, ist wenig wahrscheinlich. Denn sie zählen zu den wenigen Beschlüssen der Trump-Regierung, die auch in Teilen von Bidens demokratischer Partei Zuspruch finden, vor allem bei den Gewerkschaften. Das Gipfeltreffen in Brüssel dürfte hier daher kaum eine Annäherung bringen. „Das fundamentale Problem, dass die USA illegale Zölle erheben, wird sich nicht so schnell lösen lassen“, befürchtet Lange.



Das fundamentale Problem, dass die USA illegale Zölle erheben, wird sich nicht so schnell lösen lassen.

Bernd Lange
Vorsitzender des Handelsausschusses des EU-Parlaments

Auch die ungelöste Frage, wie Datentransfers in die USA so gestaltet werden können, dass sie europäischen Rechtsvorgaben entsprechen, wird die Gespräche überschatten. Für viele Unternehmen ist die Rechtsunsicherheit ein großes Problem; entstanden ist sie dadurch, dass der Europäische Gerichtshof das bestehende transatlantische Datenschutzabkommen, das Privacy Shield, gekippt hat.

Die Amerikaner dringen darauf, dass sich die Europäer zu einem Nachfolgeabkommen bekennen. Doch die EU ist dazu nicht bereit, solange sich der Datenschutz in den USA nicht verbessert oder EU-Bürger zumindest das Recht erhalten, sich gegen den Datenzugriff der US-Sicherheitsbehörden juristisch wehren zu können. Immerhin: Um sich künftig in Technologiefragen besser abzustimmen, wollen die EU und die USA einen transatlantischen Rat für Handel und Technologie einrichten. Moritz Koch



EU-Kommissionsvize Valdis Dombrovskis: Vertrauensbildende Maßnahme.

REUTERS

Essay

Superpatrioten und Wirtschaftszwerge

Deutschland und Frankreich sind beste Freunde, pflegen aber eine Fernbeziehung und kennen sich nicht wirklich. Das unter Deutschen verbreitete Klischee von Frankreich als einer identitätsstarken Nation ist ebenso wirklichkeitsfremd wie die Ansicht, Frankreich sei ein wirtschaftlicher Abstiegs kandidat.

Von Thomas Hanke

Wor wenigen Tagen haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Emmanuel Macron ihre Zusammenarbeit gefeiert. Doch das deutsch-französische Paar steht vor einer Belastungsprobe. Der neuen Bundesregierung werden viele Politiker angehören, die unseren wichtigsten Partner eher aus dem Schulbuch kennen als aus der politischen Erfahrung. Und in Frankreich könnte im Mai 2022 Macron bei der Präsidentschaftswahl scheitern: an Marine Le Pen vom rechtsextremen Front National, umbenannt in Rassemblement National. Niemand weiß, ob die EU ein paar Jahre Le Pen überleben würde – und wie ramponiert die deutsch-französische Freundschaft anschließend wäre.

Ungeachtet aller durchaus wechselseitigen Sympathie zwischen Deutschen und Franzosen ist diese Freundschaft eine Fernbeziehung geblieben. 91 Prozent der Franzosen haben zwar laut Meinungsforschungsinstitut Ifop eine gute oder sehr gute Meinung über Deutschland, doch 73 Prozent kennen Deutschland überhaupt nicht, und deutlich über 70 Prozent wollen auf gar keinen Fall hier leben, studieren oder arbeiten. Die Franzosen mögen die Deutschen, aber am liebsten aus der Entfernung.

Anders als die Franzosen mögen die Deutschen ihre Nachbarn auch aus der Nähe. Seit Jahrzehnten ist Frankreich eines der zehn beliebtesten Reiseziele der Deutschen. Dennoch leben ziemlich grobe Klischees weiter: Franzosen gelten bei uns als arrogant, unzuverlässig in Geldangelegenheiten und wirtschaftlich schwindstüchtig. Daneben existieren die positiven Klischees. Exzellente Restaurants, romantische Dörfer, in denen Jung und Alt unter Platanen Pétanque spielen oder an der Theke stehen und attraktiven Frauen hinterherschauen: Das macht in den Augen vieler Deutscher das begehrenswerte Frankreich aus.

Auch auf der linken Rheinseite sprießen Klischees über die Deutschen. Sie werden als pünktlich, diszipliniert, effizient und zuverlässig angesehen, also ausgestattet mit den klassischen Sekundärtugenden. Leider seien die Deutschen aber auch steif, langweilig und humorlos.

Der frühere Pariser ARD-Korrespondent Ulrich Wickert beschreibt die Franzosen und ihre Identität in seiner „Dresdner Rede“ von 2020 so: „Ich begann, ein Volk zu bewundern, das – ganz anders als die Deutschen – in sich ruht, weil es sich zu seiner Identität bekennt und mit ihr eins zu sein scheint.“

Wer heute in Frankreich lebt, erfährt etwas anderes: Selbstzweifel in Blau-Weiß-Rot, eine frenetische Suche nach Gewissheiten. Konservative fürchten sich davor, Fremde im eigenen Land zu werden – wegen der Zuwanderung und der Muslime, die sich schlecht mit den „jüdisch-christlichen Wurzeln“ Frankreichs vertragen. Der Dreiklang Religion, Vaterland und ländliche Kultur gelte nichts mehr. Von links kommt dagegen die Furcht vor der Globalisierung und den als kul-

turlos geltenden USA. Das Resultat: Frankreich, eines der reichsten Länder der Welt, ausgestattet mit einem der besten Sozialsysteme überhaupt, hört nicht auf, sich über seinen vermeintlichen Niedergang zu beklagen und erlebt einen Aufstieg der Populisten.

Die Fiktion von der harmonischen Beziehung der Franzosen zur eigenen Vergangenheit löst sich bei näherem Hinsehen ebenfalls in nichts auf. Das betrifft nicht nur eher komische Randphänomene wie die Lust daran, sich über die „richtige“ Deutung historischer Ereignisse zu prügeln. Vor einer Woche griff eine Antifa-Gruppe in Paris eine Demonstration von Katholiken an, die 1871 von den Kommunisten erschossene „Martyrer“ feierte. Die Fäuste flogen wegen eines 150 Jahre alten Streits.

Das Land feiert seine Größe und Geschichte mit einem beeindruckenden zeremoniellen Pathos. Doch das bildet oft nur eine Schicht, so dünn wie das Blattgold an den Wänden im Elysée-Palast. In zentralen Fragen wie dem Verhältnis zum Kolonialismus, zur Religion, zur Zuwanderung, zu den Geschichtnissen während und nach dem Zweiten Weltkrieg gibt es keinen Konsens. Franzosen bekennen sich inbrünstig zu ihrer Geschichte, aber die eine Hälfte der Franzosen versteht etwas anderes darunter als die andere. Die nationale Identität nicht zu verlieren ist für viele unserer Nachbarn äußerst wichtig. Nur wissen sie nicht mehr, worin die besteht.

Umgekehrt sind viele Deutsche allzu schnell mit einem abschätzigen Urteil über Frankreichs Wirtschaft dabei: Viel staatlicher Dirigismus, 35-Stunden-Woche, hohe Schulden und wenig Verständnis für Privatwirtschaft, das sind einige der Schlüsselbegriffe, die mit der französischen Volkswirtschaft assoziiert werden. Viele Deutsche ignorieren dabei, dass Frankreichs Privathaushalte reicher sind als die deutschen: Der Median (das ist der Wert, der genau in der Mitte aller Messungen liegt) der Nettovermögen beträgt in Frankreich 117.000 Euro, in Deutschland liegt er bei 75.000 Euro. Die Lebenserwartung in Frankreich ist zwei Jahre höher als in der Bundesrepublik, die Renten sind spürbar großzügiger, die Altersarmut ist seltener, überhaupt liegt die Armutsquote unter der in Deutschland. Wenn das Ziel von Wirtschaft darin besteht, möglichst vielen Menschen ein langes Leben mit zumindest bescheidenem Wohlstand zu ermöglichen, dann kann Frankreich nicht alles falsch machen.

Möglicherweise liegt das auch daran, dass unser Nachbarland viele sehr gute Ökonomen hat. Vier Nobelpreise für Wirtschaft hat Frankreich eingesammelt: Esther Duflot 2019 für ihre Arbeiten über die Verringerung der Armut, Jean Tirole 2014 für seine Analyse der Marktmacht und der Regulierung, Maurice Allais 1988 für seine Forschungen über Märkte und effiziente Ver-



Macron und Merkel bei der Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages in Aachen 2019: Freundschaft als Fernbeziehung.

teilung von Ressourcen und Gérard Debreu für Untersuchungen über das allgemeine wirtschaftliche Gleichgewicht. Deutschland hat einen Wirtschafts-Nobelpreis, den bekam Reinhard Selten 1994 für seine Arbeiten über die Spieltheorie.

Freilich, die Probleme speziell in der französischen Industrie sind gewaltig. „Frankreich ist unter den großen Industriestaaten das Land, das in den vergangenen Jahrzehnten die stärkste De-industrialisierung erlitten hat“, stellte „France Stratégie“, der Thinktank des Premierministers, 2020 in einer mehrere Hundert Seiten starken Analyse fest. Die Schwäche der Industrie ist allerdings nicht das ganze Bild. Das Land kümmert sich vorbildlich um die digitale Wende. Nach einer Studie des European Center for Digital Competitiveness (ESCP) ist Frankreich einer der wichtigsten Aufsteiger innerhalb der G7 bei der digitalen Transformation und hat sich deutlich nach vorne geschoben, während Deutschland zurückgefallen ist. Künstliche Intelligenz (KI) ist eine französische Spezialität: Drei der fünf Top-Forscher von Facebook auf diesem Gebiet sind Franzosen. Einzigartig nicht nur für Europa ist Frankreichs führende Stellung in der Luxusindustrie mit gleich drei großen Konzernen: LVMH, Hermès und Kering.

Deutlich weniger prestigeträchtig, aber nicht weniger beeindruckend sind Frankreichs große Bau- und Ingenieurunternehmen wie Vinci, Eiffage und Bouygues. Sie sind weltweit erfolgreich. Das gilt auch für zwei andere Weltmarktführer: Veolia und Suez. Beide kommen ursprünglich aus der Wasserversorgung, wo sie in Großstädten teilweise seit über hundert Jahren aktiv sind. Später haben sie das Recycling, das in Deutschland von einer Vielzahl kleinerer Unternehmen ausgeübt wird, professionalisiert und standardisiert. Mit der Übernahme von Suez durch Veolia, die Ende 2021 abgeschlossen sein soll, vergrößert sich der Abstand zu den Wettbewerbern noch.

Auch industriell ist in relativ kurzer Zeit ein Wiederaufstieg möglich, das zeigt die Autobranche. Hier war der Tiefpunkt 2012/13 erreicht, als Peugeot-Citroën (PSA) vor der Pleite stand und nicht einmal mehr die Gründerfamilie investieren wollte. Renault hielt sich besser, fand frische Kraft in seinem Allianzpartner Nissan, fiel aber nach 2019 in ein tiefes Loch, als die Rechnung für den aberwitzigen Drang nach Größe des gestürzten, allmächtigen Chefs Carlos Ghosn bezahlt werden musste.

Auf den langsamen Abstieg folgte bei Peugeot eine überraschend schnelle Genesung. Der neue Chef Carlos Tavares, in Portugal geboren, bei Renault zum Kronprinzen aufgestiegen und dann von Peugeot abgeworben, schaffte in einer Kombination aus hartem Sparen, unbeirrbarer Verbesserung der Qualität und höheren Preisen den Turnaround. 2018 kaufte PSA Opel, 2020 erzielte das Unternehmen eine höhere Rendite als die deutsche Premiumhersteller BMW und Daimler, und 2021 fusionierten die Franzosen mit der größeren Fiat-Chrysler (FCA) – und befinden sich unter dem Namen Stellantis plötzlich auf Augenhöhe mit Volkswagen. Renault rutschte später in die Krise und kam später wieder heraus. Doch niemand baut so preiswert attraktive Autos wie Renault mit seiner Marke Dacia, und niemand in Europa hat so früh auf Elektromobilität gesetzt.



Der Autor

Thomas Hanke ist seit neun Jahren Korrespondent in Paris und verlässt Frankreich Ende Juni. Von ihm ist soeben das Buch „Können wir Frankreich vertrauen? Deutsche Klischees und französische Realität“ erschienen.

und der jeweilige nationale Hintergrund, die beiden politischen Systeme sehr unterschiedlich sind. Bei der Vorbereitung der ersten deutsch-französischen Konferenz für die digitale Wirtschaft konnte man das aus der Nähe verfolgen. Hochmotivierte junge Kabinetsmitarbeiter von Macron, damals noch Wirtschaftsminister, trafen auf gestandene deutsche Ministerialbeamte aus dem Wirtschaftsministerium. Ironischerweise waren es die behäbigen Deutschen, die öfter mal unpünktlich waren oder zu einer Telefonkonferenz überhaupt nicht erschienen. Einer der Franzosen stöhnte am Ende: „Einmal und nie wieder!“

Dagegen erlebte man bei derselben Gelegenheit, dass deutsche und französische Gründer von Start-ups sich auf Anhieb verstanden, selbst wenn sie sich zum ersten Mal trafen. Sie haben weitgehend gleiche Interessen, Anliegen, Sorgen, Arbeitsweisen. Die optimistische Sicht ist, dass sich langfristig auch die politischen Systeme annähern. Partiiell erlebt man so etwas schon: Französische Parlamentarier schauen neidisch auf die Kompetenzen ihrer deutschen Kollegen. In der deutsch-französischen parlamentarischen Versammlung versucht man gemeinsam, die beiden Regierungen zur Rede zu stellen.

Mehr Anlass zur Sorge gibt die französische nationale Selbsterfleischung. Die Franzosen haben sich zwar mit den Deutschen ausgesöhnt, aber noch nicht mit sich selbst. Das Land steht vor einer Entscheidung: Es kann sich weiter modernisieren, die aus der Zuwanderung entstandene migrantische Mittelschicht als Stärke akzeptieren und weiter in Europa aufgehen, wie Macron es vorschlägt. Möglich ist aber auch der Rückfall in einen autoaggressiven Nationalismus, der die scheinbar heile Welt der weißen Eliten der 50er-Jahre neu auflieben lassen will und Grenzen hochzieht. Ein politischer Unfall, ähnlich wie Donald Trump in den USA, ist bei der Präsidentschaftswahl 2022 nicht ausgeschlossen: Frankreich ist ein Freund, der auf Abwege geraten kann.

Deutschland und Frankreich

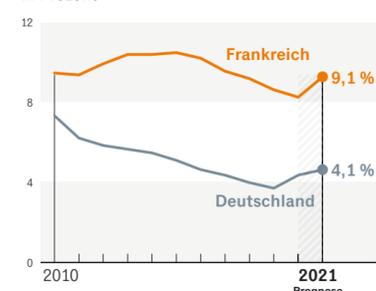
Reales Bruttoinlandsprodukt

Veränderung zum Vorjahr in Prozent



Arbeitslosigkeit

in Prozent



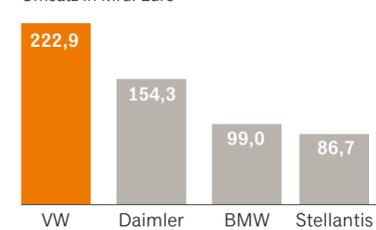
Deutschlands Handel mit Frankreich

in Mrd. Euro



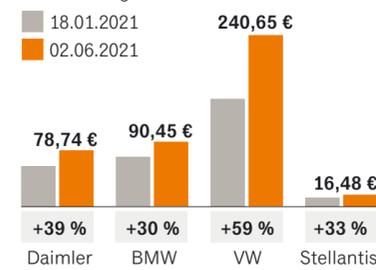
Automarken 2020 im Vergleich

Umsatz in Mrd. Euro

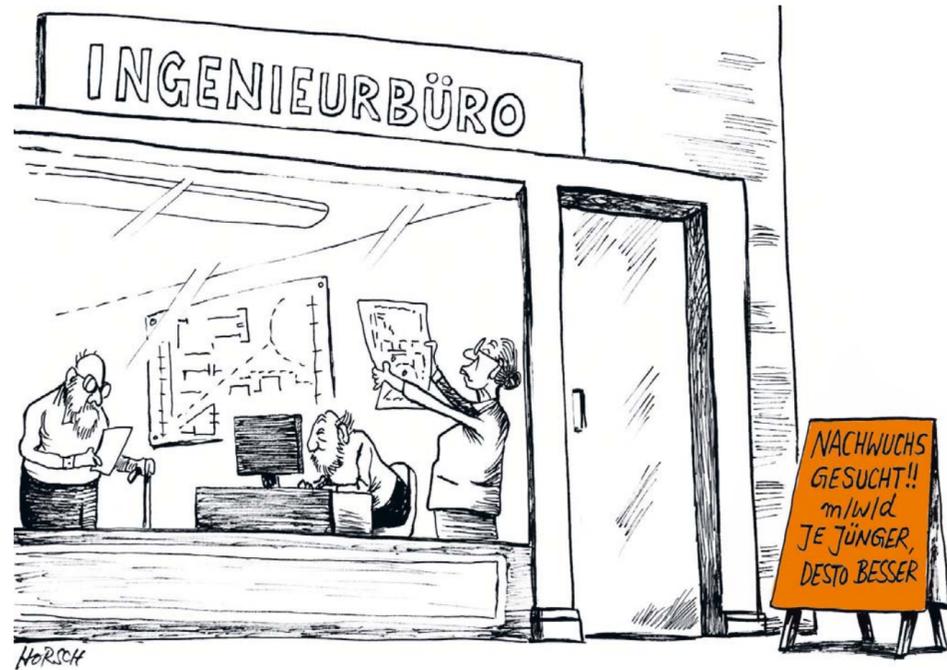


Kursentwicklung bei Autoaktien

seit Börsengang Stellantis in Euro
Veränderung in Prozent



Quellen: EU-Kommission, Destatis, Bloomberg



Bildungsrevolution

Zeit für einen MINT-Notfallplan

Der Tüftlernation Deutschland fehlt der Nachwuchs. Dabei ließe sich durchaus mehr Technik-Begeisterung wecken.

Alle Jahre hört man es, aber es ändert sich nichts: Die Defizite unserer Schüler sind eklatant – ausgerechnet in Mathe, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Auch dass dieser Befund die Grundlagen des Wohlstands gefährdet, ist keine News mehr. Seit Jahren wissen Bildungspolitiker, dass ohne ausreichend Fachleute mit diesen MINT-Qualifikationen weder die Energiewende noch die Digitalisierung gelingen. Erst recht in den Zukunftstechnologien KI und Quantentechnologie droht das Ingenieurland Deutschland abgehängt zu werden.

Fachleuten ist das Desaster bekannt: Jeder fünfte Schulabgänger ist ein Bildungsversager. Diese jungen Menschen sind nicht in der Lage, eine technische Lehre zu meistern. In Mathe ist die Schar der ganz Schwachen in der Grundschule mittlerweile auf ein Viertel gestiegen, hier liegen wir sogar unter dem EU-Schnitt. Es gilt in Teilen der Gesellschaft als schick, kein Mathe zu können. Jetzt kommen auch noch die durch die Pandemie entstehenden Bildungslücken hinzu. So weit der Befund – trotz jahrelanger Debatten. Damit sich wirklich etwas ändert, braucht es eine MINT-Revolution – und zwar jetzt.

Erstens: Zunächst müssen die Schwerpunkte in den Schulen anders gesetzt werden: Traditionelle MINT-Fächer müssen mehr Stunden bekommen – und mehr Technik muss zur Verfügung gestellt werden. Informatik gehört flächendeckend in den Stundenplan. Eine große Chance bietet der angekündigte Rechtsanspruch für Ganztagsbetreuung in Grundschulen: Bund und Länder haben es nun in der Hand, nicht nur Hort-Betreuung am Nachmittag, sondern endlich pädagogisch durchdachten Ganztagsunterricht zu organisieren.



Die Pandemie hat Bund und Länder in der Bildung so nahe gebracht wie nie zuvor. Die neue Regierung muss dafür sorgen, dass der Schwung nicht verloren geht.

Barbara Gillmann

Zweitens: Der Unterricht selbst muss spannend und anschaulich werden – es kann nicht sein, dass 15-Jährige zwar wissen, wer in Weimar dichtete, aber keinen Plan von der alltäglichen Bedeutung mathematischer Funktionen haben – von der Pandemieentwicklung bis zur Krümmung einer Skateboardbahn. Es gibt Vorreiter-Schulen, die zeigen, wie man mit Projektarbeit Interesse weckt. Wer selbst ein Fahrrad baut oder den Einkauf für den Schulkiosk kalkuliert, weiß dann, warum ohne Mathe nichts geht.

Dass es funktioniert, zeigen die vielen MINT-Förderer aus der Wirtschaft und den Stiftungen. Sie müssen nur endlich auch auf breiter Front in den Schulen selbst aktiv werden. Denn nur dort erreichen sie auch die Schüler, die sich nicht für MINT-Themen interessieren und nicht von den Eltern in eines der vielen tollen Experimentiermuseen wie das Phaeno in Wolfsburg geschleppt werden. Für Schulen ist die Integration Externer zusätzlicher Aufwand – die Politik muss es daher mit sanftem Druck und Anreizen vorantreiben. Die neue Vernetzungsagentur dafür ist ein guter Anfang. Es dürfen aber keine Parallelstrukturen entstehen. Zudem gilt es, die großen Unterschiede in der MINT-Szene abzubauen: Der Süden und NRW sind schon weit, im Norden und Osten gibt es aber viele weiße Flecken.

Drittens: Um den dramatischen Lehrermangel in MINT-Bereich zu lindern, müssen die Länder für knappe Lehrer mehr Geld ausgeben – und nicht hilflos auf die Konkurrenz der Wirtschaft verweisen. Seiteneinsteiger, die oft frische Wind in die Schulen bringen, dürfen keine Notlösung sein. Hier darf kein Aufwand gescheut werden, sie pädagogisch fit zu machen.

Viertens: Fortbildungen für alle Lehrer dürfen nicht länger frei gewählt werden – sie müssen konzentriert dort stattfinden, wo sie am nötigsten sind: in den MINT-Fächern und in den neuen Techniken, mit KI die Schüler viel effektiver individuell zu fördern. Andere Länder schaffen es viel besser, Mädchen für MINT-Fächer zu begeistern – obwohl sie bis zur Pubertät genauso an Technik und Mathe interessiert sind wie Jungs. Aktionen wie das Haus der kleinen Forscher müssen flächendeckend in Kitas und Grundschulen vertreten sein.

Wir sollten Mädchen und Jungs auch öfter getrennt unterrichten – die Forschung weiß, dass das den Mädchen hilft. Die politischen Chancen sind aktuell ideal: Die Pandemie hat Bund und Länder in der Bildung so nahe gebracht wie nie zuvor. Die neue Regierung muss dafür sorgen, dass der Schwung nicht verloren geht: Die zwei Milliarden Euro für das Corona-Nachholprogramm dürfen nur ein Anfang sein. Aus dem Projekt zum Stopfen der Corona-Lücken muss ein Dauerprojekt für besseren Unterricht – gerade in den MINT-Fächern – werden: für bessere Betreuung der Bildungsversager, aber auch der Top-Schüler.

Fünftens: Das muss ein Projekt der ganzen Regierung werden – hier kann sich die Union in ihrem Programm noch profilieren. Die Wirtschaft muss klarmachen, dass sie nicht nur kurzfristig für geringe Steuern kämpft, sondern weiterdenkt. Und wenn die Unternehmen 2021 den Einbruch bei den Lehrstellen verhindern, hat auch ihr Ruf nach besserem Unterricht für die Azubis von morgen mehr Gewicht.

Die Autorin ist Korrespondentin in Berlin. Sie erreichen sie unter: gillmann@handelsblatt.com

Steuertrickserien

Reiche auf Abwegen

Die Enthüllungen in den USA sind ein weltweites Warnzeichen.



Würde der Staat nicht für eine gerechte Lastenverteilung sorgen, riskierte er eine gesellschaftliche Zerreißprobe.

Torsten Riecke

Amerika ist das Land der Extreme – im Guten wie im Schlechten. Dass viele der reichsten Amerikaner in den vergangenen Jahren kaum Einkommensteuer gezahlt haben, ist ein Skandal. Dass sie dem Griff des Fiskus innerhalb der bestehenden Steuerregeln entgehen konnten, ist der größere Skandal. Die Enthüllungen des Onlineportals Propublica legen viele Schlupflöcher im US-Steuerrecht offen, die es so in Deutschland nicht gibt. Dass mit zunehmendem Reichtum auch die Versuchung immer größer wird, möglichst wenig davon abzugeben, ist ein Trend, der jedoch keineswegs nur auf die USA begrenzt ist. Die Panama-Papiere haben eindrucksvoll belegt, wie weltweit getrickst wird – auch hierzulande.

So wie multinationale Konzerne wie Amazon und Facebook ihre Gewinne über Grenzen hinweg verschieben können, verringern auch reiche Privatleute mithilfe von Familienstiftungen und Family Offices ihre Steuerlast. Ein Besuch in Liechtenstein und der Schweiz bietet dafür genügend Anschauungsunterricht. Abhilfe kann nur vom Staat oder noch besser von der Staatengemeinschaft kommen. Es ist deshalb gut, dass die Steuern wieder ganz oben auf der internationalen Agenda sind. Ob Reichensteuer, Digitalsteuer oder Mindeststeuer für Konzerne – in vielen Ländern wird nach der Pandemie an den Steuerschrauben gedreht. Funktionieren kann das allerdings nur, wenn die Regierungen dabei zusammenarbeiten, wie

jetzt bei der Besteuerung international tätiger Unternehmen. Würde der Staat nicht für eine gerechte Lastenverteilung sorgen – und das bedeutet in einer sozialen und solidarischen Gesellschaft, dass Reiche mehr Lasten schultern müssen –, riskiert er eine gesellschaftliche Zerreißprobe. Dass der Milliardär Michael Bloomberg sein Einkommen nur mit 3,7 Prozent versteuern musste, während durchschnittliche Bürger in den USA zwischen 30 und 40 Prozent ihres Einkommens abgeben müssen, ist weder moralisch noch politisch vermittelbar.

Wenn in einer Umfrage des Pew Research Center die Hälfte oder mehr der Befragten in den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland entweder „große Veränderungen“ oder eine „vollständige Reform“ ihres Wirtschaftssystems fordern, dann hat das auch mit eklatanten Verstößen gegen die Steuererechtigkeit zu tun. Was gerecht ist und was nicht, ist jedoch eine moralische Frage. Gefragt sind auch die reichen Steuerzahler. Amazon-Chef Jeff Bezos und die Investorenlegenden Warren Buffett wissen das längst und teilen ihren Reichtum lieber philanthropisch. Gegen diese Form der Nächstenliebe ist nichts einzuwenden. Den fairen Beitrag zum Gemeinwesen kann sie jedoch nicht ersetzen.

Der Autor ist International Correspondent. Sie erreichen ihn unter: riecke@handelsblatt.com

Europäischer Gerichtshof

Einer hat das letzte Wort

Was in der EU Recht ist, entscheiden nicht nationale Gerichte.



Wenn der EuGH nicht das letzte Wort hat, dann treten 27 nationale Gerichte an seine Stelle, die alle eine eigene Auffassung davon haben, was Recht ist und was nicht.

Christoph Herwartz

Die Aufgabe von Verfassungsrichtern ist es, in unstrittenen Sachverhalten das letzte Wort zu sprechen. Umso schwieriger ist es, jemand anderem das letzte Wort zu überlassen. Das aber muss passieren. Denn Deutschland hat sich dazu entschieden, einen Teil seiner Souveränität an die EU abzugeben – mit all seinen Konsequenzen. So, wie die Bundesregierung auf EU-Ebene überstimmt werden kann, muss das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) akzeptieren.

Die Richter in Karlsruhe haben sich im Mai 2020 über eine Entscheidung ihrer Kollegen aus Luxemburg hinweggesetzt. Aus ihrer Sicht brauchte es mehr Kontrolle über das Anleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank. Letztlich hatte das Urteil aus Karlsruhe kaum praktische Relevanz. Umso mehr wundert man sich, dass die Richter den Vorrang des EU-Rechts nicht akzeptieren wollten.

Das Verhalten ist gefährlich. Wenn die EU-Kommission untätig bliebe, könnten sich andere nationale Gerichte an Deutschland ein Vorbild nehmen. Damit würden sie es den Regierungen leicht machen, sich nicht an EU-Recht zu halten. Versucht wird das immer wieder: Ausländer werden schlechter behandelt als Inländer, heimische Unternehmen

werden bevorzugt, Gerichte werden in ihrer Unabhängigkeit beschnitten.

Dass die Betroffenen dagegen in Luxemburg klagen können, ist wichtig für das Funktionieren der EU. Es wäre darum nicht nur im Sinne des Rechtsfriedens, dass das BVerfG EuGH-Urteile akzeptiert – und zwar auch dann, wenn es sie für falsch hält, wenn es sich für kompetenter hält oder wenn es meint, handwerkliche Fehler erkannt zu haben. Wenn der EuGH in diesen Fragen nicht das letzte Wort hat, dann tritt nicht allein das BVerfG an seine Stelle, sondern 27 nationale Gerichte, die alle eine eigene Auffassung davon haben, was Recht ist und was nicht.

Was nun genau passieren muss, ließ die EU-Kommission offen. Sie kann nur einen Brief an die Bundesregierung schicken, in dem sie den Missstand benennt. Wie er abzustellen ist, ist nicht ihre Sache. Helfen würde wohl, wenn das Bundesverfassungsgericht bei künftigen Entscheidungen in Europa-Fragen auf den Europäischen Gerichtshof verweist.

Vielleicht müssen aber auch Bundesregierung und Bundestag für Klarheit sorgen. Letztlich entscheiden sie damit, wie ernst sie es mit der europäischen Einigung meinen.

Der Autor ist Korrespondent in Brüssel. Sie erreichen ihn unter: herwartz@handelsblatt.com

Außenansichten

Neue Zürcher Zeitung

Die „Neue Zürcher Zeitung“ kommentiert die Bestätigung der lebenslangen Haftstrafe für den serbischen Ex-General Ratko Mladic:

Mit den Urteilen gegen Mladic und 2019 gegen Radovan Karadzic ist die Leugnung der Verbrechen in Srebrenica schwieriger und darum seltener geworden. Es gibt sie weiter, aber die oft polemische Debatte dreht sich meist um die Qualifizierung und „Rechtfertigung“ der Gewalttat. Eine kritische Selbstbefragung der eigenen Rolle haben die Verhandlungen und Urteile des ICTY allerdings in keiner der Nachkriegsgesellschaften ausgelöst. (...) Es ist eine Binsenwahrheit: Keine noch so harte Strafe bringt die 33.070 bosniakischen und die 2263 kroatischen zivilen Opfer ins Leben zurück, die unter dem Oberkommando von Mladic getötet wurden. Aber ebenso ist klar, dass es für die Überlebenden eine wichtige Genugtuung ist, dass seine Schuld von dem Gericht bestätigt wurde. Und noch wichtiger: dass jetzt die Welt und später auch die Geschichte davon wissen, wer Mladic ist und wer seine Opfer waren.

CORRIERE DELLA SERA

„Corriere della Sera“ zum Besuch von US-Vizepräsidentin Kamala Harris in Guatemala:

Holpriges Auslandsdebüt für Kamala Harris: Nachdem sie die beiden undankbarsten Aufgaben von Präsident Biden bekommen hatte – die illegale Einwanderung einzudämmen und die Versuche, das Stimmrecht der schwächeren Klassen zu reduzieren, zu bekämpfen –, reiste die Stellvertreterin in die Länder, aus denen die Entrechteten Mittelamerikas kommen. (...) Als sie in Guatemala ankam, diskutierte sie mit Präsident Alejandro Giammattei, während sie sich von den Linken den Vorwurf einfiel, einen korrupten Präsidenten zu legitimieren. Rechte Aktivisten begrüßten sie mit Parolen wie „Go home“ und „Trump ist der wahre Präsident“. Kamala Harris, eine ehemalige Staatsanwältin, (...) machte weiter: Sie versprach Guatemala eine halbe Million Impfdosen gegen Covid-19, wirtschaftliche Hilfe und Unterstützung für weibliches Unternehmertum. Dann warnte sie Migranten in einem entschiedenen Ton, nicht zu versuchen, die US-Grenze zu überwinden.

THE IRISH TIMES

Die „Irish Times“ plädiert für eine stärkere Unterstützung armer Länder mit Corona-Impfstoffen durch die G7-Staaten:

Wer sagt, dass die Welt in die Endphase der Covid-19-Pandemie eintritt, gibt sich als Bewohner der reichen Welt zu erkennen. (...) Aber das ist ein einseitiger und verzerrender Blickwinkel. In Wirklichkeit zeichnet sich eine zweigleisige Pandemie ab. Was die beiden Welten voneinander trennt, ist der Zugang zu Impfstoffen. Während Europa darüber debattiert, ob Kinder geimpft werden sollen, und Pläne macht, wie überschüssige Bestände gelagert werden sollen, damit sie in Zukunft als Auffrischungsimpfungen verwendet werden können, kämpft in den Entwicklungsländern ungeimpftes medizinisches Personal tagtäglich gegen steigende Infektionsraten, eine hohe Anzahl schwerer Erkrankungen und sogar gegen Sauerstoffmangel. Wenn sich die Staats- und Regierungschefs der G7 Ende dieser Woche in England treffen, sollte die Korrektur dieses Ungleichgewichts der erste Punkt auf der Tagesordnung sein. (...) Kein Land ist vor Covid-19 geschützt, solange nicht jedes Land geschützt ist.

Dieselskandal

VW droht Ärger in Frankreich

Die französische Justiz leitet ein Ermittlungsverfahren ein. Auch Konkurrent Renault ist betroffen.

Der Skandal um manipulierte Abgaswerte bei Dieselfahrzeugen holt Volkswagen nun auch in Frankreich ein: Nach jahrelangen Untersuchungen leitete die französische Justiz ein Ermittlungsverfahren gegen den Autobauer ein, wie am Mittwoch bekannt wurde. Das ist die Vorstufe zu einem möglichen Prozess. Auch gegen den französischen Hersteller Renault wird wegen des mutmaßlichen Einsatzes einer betrügerischen Software ermittelt.

Volkswagen muss zehn Millionen Euro Kautions hinterlegen. Außerdem ist eine Bankgarantie von 60 Millionen Euro fällig, um mögliche Strafen und Schadensersatzforderungen abzudecken. Bei Renault beträgt die Kautions 20 Millionen Euro, die Bankgarantie ebenfalls 60 Millionen Euro.

Der Konzern weist die Vorwürfe zurück. Französische Verbraucher hätten „keinen entschädigungsberechtigten Schaden im Zusammenhang mit dem Kauf eines VW-Fahrzeugs erlitten“, teilte Volkswagen mit. Das Unternehmen prüfe alle zur Verfügung stehenden Handlungsmöglichkeiten, um die Entscheidung anzufechten.

Renault bestreitet ebenfalls ein Fehlverhalten. Der Hersteller erklärte, keine Manipulationssoftware in seine Fahrzeuge eingebaut zu haben. Das Unternehmen habe „immer die französischen und europäischen Verordnungen eingehalten“.

Volkswagen hatte 2015 eingeräumt, in weltweit elf Millionen Dieselaautos eine Software zur Manipulation der Abgaswerte eingebaut zu haben. Eine Abschaltvorrichtung sorgte dafür, dass die Stickoxidemissionen beim Zulassungstest durch die Behörden geringer waren als im Straßenbetrieb.

Die französische Justiz hatte nach Bekanntwerden des Dieselskandals Voruntersuchungen gegen Volkswagen und Renault eingeleitet. Außerdem nahmen die Ermittler die Autokonzerne PSA und Fiat-Chrysler ins Visier, die seit Anfang des Jahres in der Stellantis-Gruppe aufgegangen sind.

Renault distanziert sich von Volkswagen

Zumindest bei VW und Renault sieht die französische Justiz nun genug Anhaltspunkte für Fehlverhalten, um ein förmliches Ermittlungsverfahren zu eröffnen. Beiden Unternehmen wird Betrug über wesentliche Eigenschaften eines Produkts vorgeworfen, der zu einer „Gefahr für die Gesundheit von Mensch oder Tier“ geführt habe.

Die Voruntersuchungen zogen sich offenbar auch deshalb hin, weil die Ermittler eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs abwarten wollten. Die Luxemburger Richter hatten vergangenen Dezember in einem Verfahren um die VW-Dieselmotoren entschieden, dass eine Software zur Manipulation von Abgaswerten bei den Zulassungstests illegal ist.

Volkswagen vertritt in der aktuellen Auseinandersetzung die Ansicht, dass mit der Milliardenstrafe in Deutschland die Verfahren in anderen europäischen Ländern hinfallig seien. Eine Anklage in Frankreich würde zu einer doppelten Strafe wegen desselben Vergehens führen.

Renault versuchte unterdessen, sich von Volkswagen zu distanzieren. „Was wir über den VW-Fall wissen, gilt überhaupt nicht für Renault“, sagte Chefingenieur Gilles Le Borgne am Dienstag. „Wir haben und hatten keine Abschaltvorrichtungen in unseren Autos.“

Die Vorwürfe gegen den Autobauer betreffen Modelle der Jahre 2009 bis 2017. Ende 2016 hatten Untersuchungen ergeben, dass in einigen Dieselfahrzeugen von Renault zwischen den gemessenen Abgaswerten bei der Zulassungsprüfung und dem Fahren unter Straßenbedingungen ein Unterschied von bis zu 377 Prozent liegen kann. Gregor Waschinski

Unternehmenskultur

VW will Vorstand für Compliance abschaffen

Rechtsvorständin Hiltrud Werner droht zum Opfer ihres Erfolgs bei der Aufarbeitung des Dieselskandals zu werden. Doch womöglich kommt der Schritt zu früh.

AFP, Gordon Welters/larf

Martin Murphy, Stefan Menzel, René Bender
Frankfurt, Düsseldorf

Sechs Jahre nach dem Bekanntwerden des Dieselskandals ist das Thema Compliance für den Autohersteller Volkswagen offenbar nicht mehr so wichtig. Die Aufklärungsarbeiten seien weitgehend abgeschlossen und die Mitarbeiter entsprechend sensibilisiert, sodass es keine Gefahr einer Wiederholung gebe, hieß es in Konzernkreisen.

Daher werde geprüft, ob das Vorstandressort Integrität und Recht abgeschafft werden könnte. Leidtragende wäre Hiltrud Werner, die den Posten im Februar 2017 von der ehemaligen Verfassungsrichterin Christine Hohmann-Dennhardt übernommen hatte.

Über die Zukunft von Werner wird VW intern schon länger spekuliert. Ihr bis Februar kommenden Jahres laufender Vertrag hätte schon längst verlängert werden können. In der Regel werden die Kontrakte von Vorständen ein Jahr vor Ablauf erneuert. Bei Werner lässt sich der Aufsichtsrat Zeit, da ihre Aufgabe wohl aus Sicht der Topetage bewältigt ist. Werner würde damit Opfer ihres eigenen Erfolgs.

Aufsichtsrat von Volkswagen hat noch nicht entschieden

Volkswagen musste im September 2015 einräumen, bei den Zulassungstests für Dieselmotoren betrogen zu haben. Bei weltweit über elf Millionen Fahrzeugen waren die Motoren so eingestellt, dass diese nur auf dem Teststand die Grenzwerte einhalten konnten. Über 32 Milliarden Euro hat VW seitdem für Bußgelder, Schadensersatz und technische Nachrüstungen aufbringen müssen.

Auch um ein Zeichen zu setzen, dass es Volkswagen ernst mit der Aufarbeitung der Affäre meint, schuf der Aufsichtsrat den Vorstandsposten für Compliance. Nachdem sich der Konzern nach nur einem Jahr wieder von der Juristin Hohmann-Dennhardt trennte, übernahm Werner die Position.

32

Milliarden Euro hat die Diesellaffäre Volkswagen bislang mindestens gekostet.
Quelle: VW

Zwar laufen noch immer Verfahren gegen den Hersteller, aber der Aufsichtsrat will das Kapitel „Dieselgate“ nun abschließen; zumindest ein Stück weit. Am vergangenen Wochenende hat das Kontrollgremium Entschädigungszahlungen für den Dieselskandal abgesegnet, auf die sich VW zuvor mit dem früheren Vorstandschef Martin Winterkorn verständigt hatte.

Der Ex-Manager soll 11,2 Millionen Euro an seinen ehemaligen Arbeitgeber zahlen, wie am Mittwoch bekannt wurde. Auch fünf weitere frühere Vorstände werden mit Millionenbeträgen für festgestellte Pflichtverletzungen zur Kasse gebeten. Insgesamt wurde ein Betrag von knapp 288 Millionen Euro vereinbart, der vor allem auf Haftpflichtversicherungen entfällt.

Das Vorstandressort „Integrität und Recht“ könne daher nun aufgelöst werden. „Werners Aufgaben würden anderen Vorstandsbereichen zugeschlagen“, hieß es in der Führungsetage. Eine Entscheidung gebe es allerdings noch nicht, betonten mehrere mit den Vorgängen vertraute Personen. Das Unternehmen lehnte einen Kommentar ab. Zu Personalspekulationen äußere sich der Konzern nicht, sagte ein Sprecher des Aufsichtsrats.

Eine vorschnelle Entscheidung will der Aufsichtsrat nicht fällen. Gerade beim Thema Diesellaffäre kocht die öffentliche Meinung schnell hoch. So klagte am Mittwoch die Staatsanwaltschaft Berlin Winterkorn an, weil der ehemalige Vorstandschef aus Sicht der Ermittler vor dem Abgas-Untersuchungsausschuss des Bundestags falsche Angaben gemacht haben soll (siehe Artikel rechts).

Mahnende Stimmen im Konzern halten den Zeitpunkt für eine Auflösung von Werners Ressort daher für deutlich zu früh und auch für kein gutes Signal nach außen. Denn die Strafprozesse gegen Ex-Manager wegen des Dieselskandals beginnen erst, auch die französische Justiz hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet (siehe Artikel links). Zudem werden zivilrechtliche Prozesse des Konzerns auf Jahre hinaus beschäftigen.

Martin Winterkorn

Anklage wegen Falschaussage

Der Ex-VW-Chef soll im Untersuchungsausschuss zum Dieselskandal falsche Angaben gemacht haben.

Dem früheren Volkswagen-Vorstandschef Martin Winterkorn droht ein zweiter Strafprozess: Auch die Staatsanwaltschaft Berlin hat Anklage gegen den 74-jährigen erhoben, wie am Mittwoch bekannt wurde. Sie wirft Winterkorn uneidliche Falschaussage vor. Winterkorn hatte am 19. Januar 2017 im Abgas-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags bestritten, vor September 2015 von den Dieselmanipulationen im VW-Konzern gewusst zu haben. Zunächst hatte die „Bild“-Zeitung über die Anklage berichtet.

Der Fall liegt nun beim Landgericht Berlin, das entscheiden muss, ob es die Anklage zulässt und es damit zum Prozess kommt. Es wäre der zweite Prozess gegen Winterkorn, der sich voraussichtlich ab September vor dem Landgericht Braunschweig verantworten muss.

„Es gibt bereits ein Braunschweiger Verfahren. Dort wird die Frage behandelt, wann Herr Winterkorn was wusste. Es macht überhaupt keinen Sinn, dazu nun ein gesondertes Verfahren aufzumachen. Das ist überflüssig und unfair“, sagte ein Sprecher Winterkorns dem Handelsblatt. Man habe im Untersuchungsausschuss immer klargemacht, dass man sich zu Inhalten des in Braunschweig laufenden Strafverfahrens nicht äußern könne.

Zusammen mit vier weiteren Managern ist Winterkorn dort wegen gewerbs- und bandenmäßigen Betrugs im Zusammenhang mit den Abgas-Manipulationen an Millionen Autos angeklagt. Zuletzt musste der ursprünglich für Februar 2021 angesetzte Prozess bereits zweimal verschoben werden. Grund war die unsichere Corona-Lage, die Präsenztermine im Saal mit vielen Teilnehmern und dem erwarteten großen öffentlichen Interesse schwierig gemacht hätte.

Grünen-Abgeordneter hat Winterkorn angezeigt

Aus diesem Verfahren drohen Winterkorn weit härtere Konsequenzen als aus einem möglichen Prozess in Berlin. Sollte Winterkorn in Braunschweig verurteilt werden, drohen ihm bis zu zehn Jahre Haft. Der Strafrahmen für eine uneidliche Falschaussage bewegt sich zwischen drei Monaten und fünf Jahren.

Winterkorn war kurz nach Bekanntwerden des Dieselskandals im September 2015 als Vorstandschef zurückgetreten, hatte aber betont, von den Manipulationen nichts gewusst zu haben. Dies wiederholte er auch vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestags, vor dem er als Zeuge geladen war.

Aus dieser Befragung fällt ihm nun laut Informationen des Handelsblatts vor allem eine Aussage auf die Füße, die er kurz vor Ende seiner knapp zweistündigen Befragung tätigte. Auf die Frage, wann er das erste Mal von einem „Defeat Device“ erfahren habe, gab Winterkorn den September 2015 an. Als „Defeat Device“ wird jene Abschaltvorrichtung bezeichnet, die dafür sorgt, dass die vorgeschriebene Abgasreinigung auf dem Prüfstand funktionierte, im normalen Fahrbetrieb aber keine Rolle spielte.

Dass dem tatsächlich so war, wird bezweifelt. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig etwa wirft Winterkorn vor, bereits ab Mai 2014 Kenntnis von

den Manipulationen gehabt und diese nicht gestoppt zu haben.

Den Anstoß für die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Berlin soll laut Recherchen des Handelsblatts eine Anzeige des Grünen-Bundestagsabgeordneten Oliver Krischer gegeben haben. „Wir halten das nun eröffnete Verfahren für ein rein politisches Manöver. Es ist Wahlkampf“, sagte der Winterkorn-Sprecher dazu.

Dass es selbst bei einer Zulassung der Anklage tatsächlich zu einem Prozess kommen wird, erscheint ungewiss. Als wahrscheinlich gilt, dass auch in diesem Fall erst einmal der Ausgang des Verfahrens in Braunschweig abgewartet wird.

Winterkorn und drei weitere Ex-Topmanager zahlen wegen der Abgasaffäre auch Rekord-Entschädigungen an Volkswagen. Der Aufsichtsrat des Konzerns gab am Mittwoch bekannt, sich mit ihnen und den Versicherern auf eine Summe von rund 288 Millionen Euro geeinigt zu haben.

Winterkorn soll 11,2 Millionen Euro an VW zahlen

Der langjährige Vorstandsvorsitzende des VW-Konzerns soll persönlich 11,2 Millionen Euro Schadensersatz leisten. So tief musste bis dato kein anderer Manager in die Tasche greifen. Zum Vergleich: Der frühere Deutsche-Bank-Chef Rolf Breuer zahlte im Kirch-Fall 3,2 Millionen Euro, Ex-Siemens-Chef Heinrich von Pierer nach dem Korruptionsskandal im Konzern fünf Millionen Euro.

Ex-Audi-Chef Rupert Stadler steuert jetzt 4,1 Millionen Euro bei. Von dem Konsortium der Managerhaftpflichtversicherer – führend sind hier Zurich und die Allianz – erhält der Autobauer 270 Millionen Euro. Das ist die mit Abstand höchste Summe, die sogenannte D&O-Versicherer in Deutschland je für Pflichtverletzungen von Managern gezahlt haben. Die Hauptversammlung muss den Deal noch formell absegnen.

Volkswagen hat den Fall von der Kanzlei Gleiss Lutz umfassend prüfen lassen. „Es war die mit Abstand umfangreichste und aufwendigste Untersuchung in einem Unternehmen in der deutschen Wirtschaftsgeschichte“, teilte der Konzern mit.

Das Ergebnis: Winterkorn und Stadler müssen sich die Verletzung aktienrechtlicher Sorgfaltspflichten vorwerfen lassen. Winterkorn habe es als damaliger Vorstandsvorsitzender ab dem 27. Juli 2015 unterlassen, über die Manipulation der Dieselmotoren unverzüglich und umfassend aufzuklären. Außerdem hätte Winterkorn laut VW-Aufsichtsrat dafür sorgen müssen, dass die Fragen der US-Behörden umgehend wahrheitsgemäß und vollständig beantwortet werden.

Auch der frühere Audi-Chef Rupert Stadler habe seine Sorgfaltspflichten verletzt. Ihm wird der Aufsichtsrat vor, die von Audi entwickelten Drei-Liter- und 4,2-Liter-Dieselmotoren nicht ausreichend auf eine unzulässige Softwarefunktion untersucht zu haben.

Der ehemalige Audi-Vorstand Stefan Knirsch steuert eine Million Euro bei, der frühere Porsche-Vorstand Wolfgang Hatz 1,5 Millionen Euro. Lediglich Ex-Audi-Vorstand Ulrich Hackenberg sei nicht zu einer Einigung bereit gewesen. Laut Insider soll er maximal zu einer symbolischen Zahlung bereit gewesen sein. Gegen ihn bereitet Volkswagen rechtliche Schritte vor.

René Bender, Volker Votsmeier



VW-Rechtsvorständin Hiltrud Werner: Opfer ihres eigenen Erfolgs?

Auch der US-Monitor Larry Thompson hatte empfohlen, ein Compliance-Ressort im Konzernvorstand beizubehalten. Thompson hatte Volkswagen im Auftrag des US-Justizministeriums nach dem Dieselskandal drei Jahre lang kontrolliert. Im vergangenen September beendete er seine Arbeit.

Thompson hatte die Arbeit von Werner explizit gelobt. Die 55-Jährige hat eine beachtliche Karriere hingelegt. Nach ihrer Ausbildung zur Facharbeiterin für Textiltechnik machte sie ein Diplom in Ökonomie und war dann über Stationen bei BMW, MAN und dem Zulieferer ZF bei Volkswagen gekommen.

„Eine Geschichte, die wir nicht vergessen dürfen“

An der Aufarbeitung der Abgasaffäre hat sie aus Sicht von Mitarbeitern einen entscheidenden Anteil. Abgeschlossen ist das Thema für Werner damit nicht. In ihrem kürzlich vorgestellten Buch „Neue Leitplanken für Volkswagen“ schreibt sie, dass die Geschehnisse rund um den manipulierten Dieselmotor für immer Teil der Unternehmensgeschichte seien – „einer Geschichte, die wir nicht vergessen dürfen.“

Für einige Zeit dürfte Werner dem Vorstand erhalten bleiben. Problematisch für den Konzern ist nämlich, dass sie die einzige Frau in dem Gremium ist. Ein rein männlich besetzter Vorstand sei heute der Öffentlichkeit und den eigenen Mitarbeitern nicht mehr zu vermitteln, hieß es in hochrangigen Kreisen. Abhilfe will der Aufsichtsrat mit der Berufung eines eigenen IT-Vorstands schaffen.

Das Ressort will VW auf Drängen von Vorstandschef Herbert Diess neu schaffen. Aus der Taufe gehoben werden soll die Funktion bereits zum Juli. Für das Amt sei eine Frau vorgesehen, hieß es. Allerdings hätten bislang alle Angesprochenen abgesagt oder sie erfüllten die Ansprüche des Aufsichtsrats nicht. Vor dem Hintergrund könnte Werner noch einige Monate im Amt bleiben.

Martin Winterkorn: Der Ex-VW-Chef will von Manipulationen nichts gewusst haben.



Impfungen in Betrieben

Große Erwartungen, kleine Lieferung

Seit Montag dürfen Betriebsärzte ihre Mitarbeiter impfen. Doch die Enttäuschung ist groß: Es wurde nur wenig Impfstoff geliefert. In einigen Firmen ist bis Mittwoch immer noch nichts angekommen.

Anja Müller, Michael Scheppe
Düsseldorf

Die Lieferung fiel deutlich kleiner aus als die Bestellung: Bei Bayer sind am Montag 3000 Impfdosen an die Werkstore geliefert worden. Bestellt hatte der Dax-Konzern 20.000. Dass die innerbetrieblichen Impfungen schleppend starten würden, war schon im Vorfeld klar: Zwar konnte jeder Betriebsarzt 800 Dosen ordern, so taten es auch die 25 Bayer-Doktoren. Doch in der Regel wurden jedem Werksarzt in Deutschland mangels Impfstoff nur 102 Spritzen zugeteilt. Immerhin: bei Bayer bekam jeder Arzt am Ende 120 Dosen – ein schwacher Trost.

Große Erwartungen, kleine Lieferungen: So wie Bayer geht es allen Firmen in Deutschland. So bestellte die Allianz 12.500 Dosen und bekam 3200. Bei MTU haben die vier Ärzte zusammen 486 Dosen erhalten. „Die geringen Liefermengen sind für viele Unternehmen ein Dilemma, weil es schwierig ist, den kleinen Teil gerecht unter der Belegschaft zu verteilen“, sagt Anette Wahl-Wachendorf vom Verband der Betriebsärzte. Sie höre von ihren Kollegen in den Unternehmen viel Unmut über die geringen Mengen, andererseits seien sie auch froh, dass es jetzt endlich losgehe.

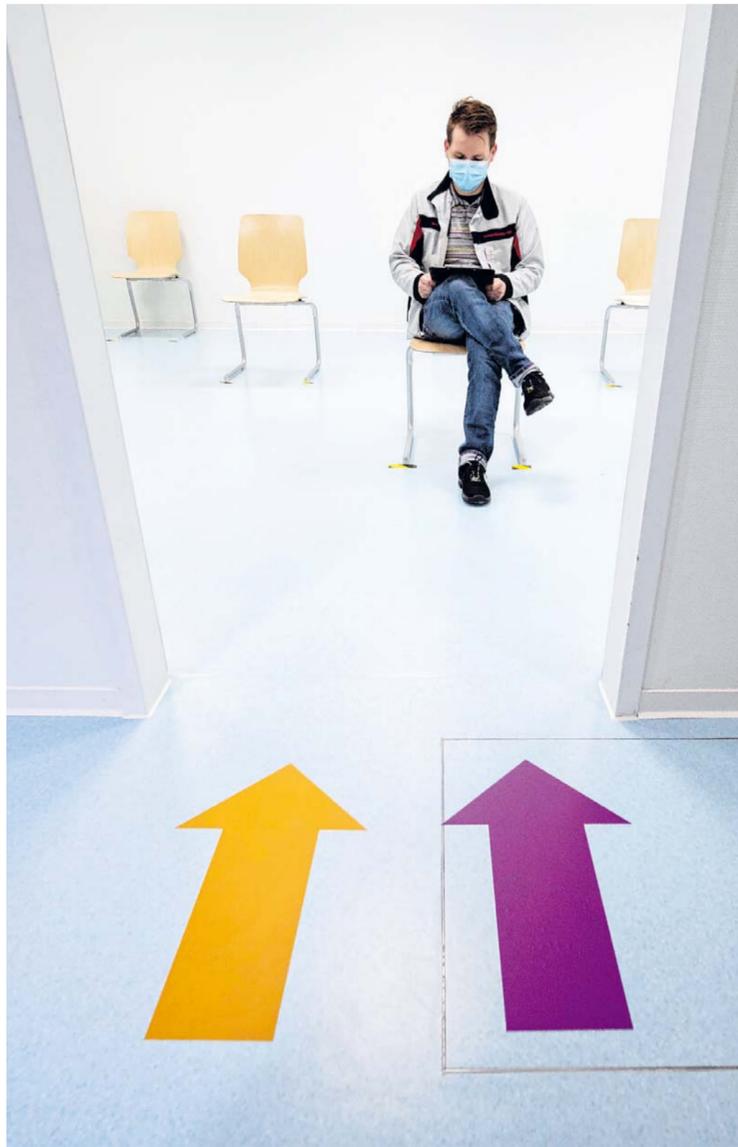
Manche warten noch immer

Doch los geht es nicht überall. Manche Unternehmen warten noch immer auf Impfstoff: Bei Henkel, der Deutschen Wohnen und der Deutschen Börse sind bis Mittwochmittag gar keine der bestellten Biotech-Dosen angekommen. Den genauen Grund kennt man in den Konzernzentralen auch nicht. Henkel rechnet am Donnerstag mit einer Lieferung. Solche Fälle seien die Ausnahme, sagt Betriebsarztvertreterin Wahl-Wachendorf. „Wir wissen von einzelnen Apotheken, die Lieferschwierigkeiten haben.“

Ein weiterer Grund: Viele Firmen bekommen ihre Vakzine über große medizinische Dienstleister zugeteilt. Denkbar ist, dass diese einzelne Betriebe bei der Lieferung bevorzugt haben – und andere erst später die Impfstoffe bekommen.

Hinter vorgehaltener Hand äußern sich Konzerne enttäuscht über die Liefermengen. Doch öffentlich will sich niemand beschweren. Vonovia drückt es so aus: „Wir waren auf eine deutlich größere Impfkampagne im Unternehmen vorbereitet.“ BMW habe immerhin „mehr Impfstoff bekommen als zuletzt befürchtet“. Und die Deutsche Wohnen teilt mit: „Umfassende und zügige Impfangebote an unsere Mitarbeiter sind uns leider nicht so schnell möglich wie erhofft – trotz monatelanger Vorbereitungen und Bemühungen unsererseits.“

Tatsächlich sind alle größeren Unternehmen schon seit Langem impfbereit. Die Allianz und BMW etwa haben an ihren großen Standorten je 30 Impfstraßen aufgebaut, Volkswagen könnte allein am Stammwerk in Wolfsburg 15.000 Mitarbeiter pro Wo-



che impfen. Bayer wäre in der Lage, in nur drei Wochen die komplette Belegschaft einmal zu immunisieren.

Doch die Pläne lassen sich so nicht mehr umsetzen. Unternehmen können den Betrieb der Impfstraßen zwar an die gelieferten Mengen anpassen. Doch für große Firmen wird es schwierig werden, ihre Impfstraßen effizient zu betreiben.

Zwar hatte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) den Impfstart in den Betrieben für den 7. Juni versprochen. Doch bei vielen Unternehmen kam der Impfstoff nicht direkt am Montag an. Siemens erhielt erst am Mittwoch 6000 Dosen. RWE verimpft seit Mittwoch 1800 Dosen, Adidas startet erst am Donnerstag mit rund 1000 Dosen.

Bei Thyssen-Krupp hingegen impfen sieben Ärzte am Standort in Essen an vier Impfstraßen im Fünf-Minuten-

Betriebliche Impfung:
Die Liefermengen sind nur gering.

Takt bereits seit Montagmittag. Für die 4700 Mitarbeiter gab es zunächst 850 Dosen. Auch die Allianz hat auf ihrer Impfstraße in Stuttgart am Montag mit den ersten Impfungen begonnen.

In den meisten Firmen ist aber weiter Geduld gefragt: Bei SAP etwa waren die 1100 Impftermine binnen Sekunden vergeben. Die SAP-Mitarbeiter konnten sich online um einen Termin bemühen. Wer erst nach zehn Minuten durchkam, musste sich mit einem viertelstündigen Warteplatz begnügen.

Kaum Dosen für nächste Woche

Viel besser sieht es auch im deutschen Mittelstand nicht aus: Beim Autozulieferer Mueba in sauerländischen Attendorn waren die Termine nach zwei Stunden ausgebucht. Wie bei vielen Familienunternehmen organisieren Arbeitsmedizinische Zentren (AMZ)

die Impfungen gleich für mehrere Betriebe. Im Kreis Olpe zählt das AMZ 320 Mitgliedsunternehmen. Jeder der fünf Betriebsärzte dort hat 102 Dosen bekommen.

In der kommenden Woche dürfen die Lieferungen an die Betriebsärzte noch geringer ausfallen. Betriebsärzte durften nur bis zu 300 Dosen bestellen. Viele Unternehmen haben auch diese Höchstmenge geordert. Das AMZ im Sauerland und andere Firmen rechnen allerdings damit, dass nur 84 Dosen pro Arzt auch tatsächlich ankommen werden. Das würde die Impfkampagne in den Firmen weiter bremsen.

3000

Impfdosen
hat Bayer am Montag geliefert bekommen. Bestellt hatte der Konzern 20.000.

Quelle: Bayer

Für die 25. Kalenderwoche (ab dem 21. Juni) ist die Bestellmenge auf 350 Dosen begrenzt, steht in einem Informationspapier des Arbeitgeberverbands BDA. Darunter sind dann auch 50 Dosen des Vakzins von Johnson & Johnson (J&J), welche die Betriebsärzte erstmals ordern können.

Bislang wird an die Betriebsärzte nur das Präparat von Biontech/Pfizer geliefert. Der J&J-Impfstoff hat den Vorteil, dass er nur einmal verimpft werden muss. Dieses Vakzin wird hierzulande nur für Über-60-Jährige empfohlen, kann nach Beratung mit dem Betriebsarzt aber auch an jüngere Mitarbeiter verabreicht werden.

Die Betriebsärzte erwarten erst zum Monatsende mehr Lieferungen an die Firmen. Bis dahin müssen sie intern priorisieren, obwohl die allgemeine Impfpriorisierung seit Montag aufgehoben ist. Die meisten Firmen, etwa der Intralogistik-Spezialist Jungheinrich und der Heizungsbauer Viessmann, wollen mit den je 500 Dosen, die diese Woche angekommen sind, zuerst ihre Produktionsmitarbeiter impfen. Bei der Lufthansa sollen zunächst Piloten und Flugbegleiter immunisiert werden. Die Airline hat 2000 Dosen erhalten.

Doch nicht alle Firmen geben eine Reihenfolge vor: Beim Energieversorger RWE etwa lautet die Devise: Wer zuerst einen Termin ergattert konnte, wird zuerst geimpft. Und beim Wohnungsriesen Vonovia entscheidet ein Zufallsgenerator unter Mitarbeitern mit Kundenkontakt darüber, wer zuerst geimpft wird.

Wo die Impfungen gestartet sind, herrscht vor allem Erleichterung, teilt etwa BMW mit. Und auch bei Viessmann ist man weiter zurückhaltend: Impfungen seien das „wesentliche Mittel“ gegen die Pandemie. Doch alle Beteiligten brauchen weiterhin vor allem eines: Geduld.

Luftfahrt

EU-Urteil zu Staatshilfen beunruhigt Condor

Die Luxemburger Richter kippen die Genehmigung der Hilfen. Das kann die geplante Übernahme durch Attestor ins Wanken bringen.

Die rund 4500 Mitarbeiter der Ferienfluggesellschaft Condor sind Kummer gewohnt. Erst die Pleite des Mutterkonzerns Thomas Cook, dann die wegen der Pandemie geplante Übernahme durch die polnische PGL, dazu die direkten Folgen der Coronakrise. Nun kippte auch noch das EU-Gericht die Genehmigung der staatlichen Hilfen für die Airline. Sie seien unzureichend begründet, hieß es.

Allerdings setzen die Richter wie schon in ähnlichen Urteilen die Wirkung bis zu einer neuen Begründung durch die EU-Kommission aus. Condor muss das Geld also jetzt nicht zurückzahlen.

„Die heutige Entscheidung des Europäischen Gerichts hat keinen Einfluss auf den Einstieg von Attestor als Mehrheitseigentümer von Condor“, erklärte eine Condor-Sprecherin. Weil laut Urteil die Wirkung der Nichtigerklärung der Beihilfe ausgesetzt sei, habe es ebenfalls keinerlei Auswirkung auf die Liquidität von Condor. „Für Kunden und Partner ändert sich nichts.“

Dennoch beunruhigt die Brüsseler Entscheidung die Belegschaft, ist aus dem Umfeld des Unternehmens zu hören. Denn auch wenn die geplante Übernahme von Condor durch den Vermögensverwalter Attestor aktuell nicht wackelt: Gelingt es der EU-Kommission nicht, die Beihilfen ausreichend zu begründen, fällt eine wichtige Voraussetzung für die Transaktion weg.



Condor-Jet: Ferienflieger in schwieriger Lage.

Eine Bedingung für einen Vertragsabschluss zwischen Attestor, Condor und dem aktuellen Eigentümer – über die staatliche KfW ist das der Bund – ist der Verzicht auf Rückzahlung eines Teilbetrags der Staatshilfen. Es geht um 150 Millionen Euro. Kippt am Ende das gesamte bisherige Hilfspaket von Bund und Land Hessen, kann es auch keinen Verzicht auf eine Teilsumme geben.

In der Branche wird nun erwartet, dass der Fall auf höchster politischer Ebene geklärt werden muss. Denn bei der nun gescholtenen Begründung hat sich die EU-Kommission zum Teil auf Angaben der deutschen Regierung verlassen. „Da ist dann vielleicht auch mal

ein Anruf von Wirtschaftsminister Peter Altmaier in Brüssel fällig, um das diffizile Thema zu klären“, heißt es in Airline-Kreisen. „Condor ist auch weiterhin mit der Bundesregierung, dem Land Hessen und der Europäischen Kommission in engem und konstruktivem Austausch, weil mit der Übernahme von Condor durch Attestor ohnehin eine Umstrukturierung der bereits gewährten Covid-19-Beihilfe einhergeht“, heißt es bei Condor.

Der Ferienflieger ist musste nach Insolvenz von Thomas Cook im Jahr 2019 in ein Schutzschirmverfahren gehen. Um das Überleben zu sichern, gaben Bund und das Land Hessen einen ersten Überbrückungskredit. Ende

Digitalwährung

Der E-Yuan ist ebenso innovativ wie reaktionär



Nicole Bastian Düsseldorf

Asia Technomics

Chinas Notenbank hat gute Gründe für ihr Projekt einer eigenen Digitalwährung. Der E-Yuan birgt jedoch geopolitischen Sprengstoff.

Einer der größten Disruptoren im ohnehin disruptiven China ist derzeit die 1948 gegründete chinesische Notenbank. Als erste große Zentralbank der Welt wird sie aller Voraussicht nach eine eigene digitale Währung ausgeben, den digitalen Renminbi oder E-Yuan. Anwendungsversuche mit Zigtasend Nutzern und immer mehr namhaften Unternehmen laufen derzeit in mehreren Städten des Landes.

Und bei den Olympischen Winterspielen im kommenden Frühjahr dürfen die ausländischen Athleten und Besucher das digitale Zentralbankgeld wohl erstmals verwenden. Das wäre ein internationaler PR-Erfolg.

Dabei ist die Chinesische Volksbank (People's Bank of China, PBoC) ins Pionierdasein getrieben worden. Zum einen macht ihr im Inland die beherrschende Stellung der digitalen Zahlungsdienstleister Alipay von Alibaba und WeChat Pay des Technologiekonzerns Tencent Sorgen, die Bargeldzahlungen im Land immer weiter dezimieren.

Zum anderen sind es private Kryptowährungen wie der Bitcoin oder der von Facebook geplante Diem, die die

Notenbank zur Eile trieben. Denn sie alle untergraben ihren umfassenden Kontrollanspruch im zentral gelenkten Wirtschaftssystem Chinas.

Durch eine umfassende Regulierung der Onlinezahlungen holt sich die Finanzaufsicht die Kontrolle schon jetzt zurück. Doch ein flächendeckender E-Yuan würde den Einblick in die Transaktionen weiter vereinfachen. So gesehen ist der E-Yuan in den dahintersteckenden Kontrollgelüsten genauso reaktionär wie disruptiv.

Datenschutzbedenken zumindest schränken in China die Umsetzung des digitalen Zentralbankgelds nicht ein. Jüngst hieß es in einem Medienbericht sogar, die ostchinesische Stadt Qingdao wolle zusammen mit der China Construction Bank einmal probieren, „Moralpunkte“ der Regierung in digitale Renminbi umzuwandeln – als Anreiz für besonders gutes Verhalten. Das nähert sich schon dem Bereich der Dystopie.

Am Ende aber darf es die Zentralbank mit der Kontrolle und Vernetzung ihres E-Yuans aber auch nicht zu weit treiben, denn sonst bleiben die Nutzer einfach bei Alipay und WeChat.

Die PBoC hat noch weitere gute Gründe für das digitale Zentralbankgeld: Der Weltbank zufolge haben mehr als 200 Millionen Chinesen kein Bankkonto. Hier kann die App mit digitalem Zentralbankgeld helfen. Mit ihr sollen Überweisungen auch ohne gute Internetverbindung funktionieren. Das könnte besonders für abgelegene Gegenden großen Nutzen bringen.

Zu Beginn soll der E-Yuan aber nur einen Teil der umlaufenden Bargeldmenge ersetzen. So soll sichergestellt werden, dass das bestehende Finanzsystem nicht

ins Wanken gerät. Und dann soll die Digitalwährung schrittweise ausgeweitet werden, auch auf Sichteinlagen.

Ein weiterer Vorteil: Die Zentralbank könnte die Verwendung von über die Banken auszuweisenden Geldern – etwa für die Förderung kleiner Unternehmen oder bei staatlicher Hilfe für Katastrophenopfer in einer Region – viel zielgenauer steuern und kontrollieren.

Und dann ist da noch die stärkere Rolle des digitalen Renminbis im grenzüberschreitenden Handel. Für diesen Einsatz ist digitales Zentralbankgeld wie geschaffen. Auch hier laufen bereits Pilotversuche über Hongkong.

Der chinesische Staatsfernsehsender China Global Television Network wirbt in einem englischen Spot dafür, mit dem E-Yuan könne „das grenzüberschreitende Zahlungssystem neu gestaltet“ werden. Auch das wird zunächst aber Grenzen haben, denn der Yuan hat sich bisher als weltweit relevante Währung vor allem deshalb nicht durchgesetzt, weil er nicht frei konvertierbar ist. Solange sich das nicht ändert, wird auch der E-Yuan dem US-Dollar nicht viel anhaben können.

Doch perspektivisch birgt der E-Yuan auf diesem Feld geopolitischen Sprengstoff. Denn mit ihm wären internationale Zahlungen ohne das Zahlungssystem Swift möglich. Über dieses internationale Geldsystem aber setzen die USA die globale Gefolgschaft ihrer Sanktionen weltweit um – gegen Nordkorea, den Iran oder Russland. Und da nun zunehmend chinesische Firmen in den US-Fokus geraten, auch gegen China.

In der Kolumne Asia Technomics schreiben Nicole Bastian, Dana Heide, Martin Kölling, Mathias Peer und Stephan Scheuer im Wechsel über Innovations- und Wirtschaftstrends in der dynamischsten Region der Welt.

Thomas Jahn Düsseldorf

Zwei Elektromotoren hinten, einer vorn: Das neue Tesla-Model S Plaid beschleunigt spektakulär in weniger als zwei Sekunden von null auf hundert Kilometer pro Stunde. „Das Auto fühlt sich an wie ein Raumschiff“, schrieb Elon Musk auf Twitter. „Worte können die limbische Resonanz nicht beschreiben.“

Was der Tesla-Chef auch meint, aber nicht sagt: Das Model S Plaid soll auch die Verkaufszahlen antreiben. Gerade liefert das Unternehmen die ersten Fahrzeuge des Modells in Kalifornien mit viel Tamtam aus. Der Termin dazu wurde mehrfach verschoben, die Fangemeinde geriet in Unruhe. In Deutschland soll das neue Model S Plaid zum Preis von 118.000 Euro im ersten Quartal 2022 auf den Markt kommen.

Es ist ein überaus wichtiges Fahrzeug für Tesla. Seit 2017 sinken die Verkäufe von Premiumfahrzeugen – um mehr als 40 Prozent auf 57.000 Stück im vergangenen Jahr. Im ersten Quartal stellte das Unternehmen die Produktion in diesem Segment sogar ganz ein. „Das Model S ist schon lange auf dem Markt, die Veralterung setzt ein“, sagt Stefan Bratzel, Direktor vom Center of Automotive Management in Bergisch Gladbach.

Seit neun Jahren gibt es die Luxuslimousine, und sie verhalf dem Elektroautopionier zu seinem heutigen Erfolg. Typischerweise werden in der Autobranche die Modelle alle zwei bis drei Jahre aufgefrischt. Tesla setzt dagegen auf eine andere, moderne Strategie: Mit drahtloser Aktualisierung, sogenannten Over-the-Air-Updates, wertet es mit der Zeit Bremsen, Reichweite oder Assistenzsysteme auf – nicht selten gegen einen Aufpreis. „Die Software-Update-Pakete verringern die Wahrnehmung vom Alter der Tesla-Modelle“, sagt Alec Furrer von der Silicon-Valley-Beratung Ace of Diamonds.

Porsche prescht nach vorn

Doch wie der Blick auf die mauere Verkaufsstatisik zeigt: Das reicht nicht mehr – vor allem wenn neue Konkurrenz auftaucht. Seit einem Jahr bietet Porsche den Taycan als elektrische Alternative in der Preisklasse an. Das Modell gewann seitdem Quartal um Quartal an Boden und übernahm schließlich in den ersten drei Monaten 2021 die klare Führung.

„Tesla war mit dem Model 3 und Y auf die niedrigeren Preissegmente fokussiert“, sagt Autoprofessor Bratzel. „Doch jetzt wird die Konkurrenz im Premiumbereich stärker, und Tesla muss aufpassen, nicht verdrängt zu werden.“

Das Überholmanöver von Porsche gelang auch deswegen, weil sich Tesla



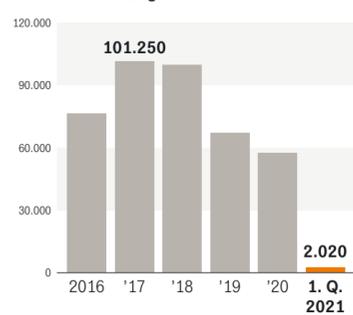
Elektromobilität

Teslas Premium-Problem

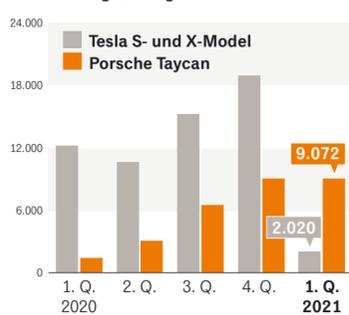
Der E-Auto-Pionier verkauft immer weniger seiner Luxusmodelle – und die Konkurrenz wird immer stärker.

Problem Premium

Tesla-Auslieferung S- und X-Model



Auslieferung im Vergleich



HANDELSBLATT

Quellen: Unternehmen, Inside EV

mittlen im Modellwechsel befindet. Doch selbst mit den neuen Plaid-Modellen wird es nicht einfacher für Musks Unternehmen. Mit dem e-tron GTS bringt Audi derzeit ebenfalls ein wettbewerbsfähiges Modell auf den Markt, BMW folgt 2022 mit der rein elektrischen 7er-Reihe.

Besonderes Augenmerk liegt auf dem EQS von Mercedes. Daimler stellte die elektrische S-Klasse im April vor. Obwohl die Markteinführung aufgrund der Pandemie nur digital ablief und das Fahrzeug erst in wenigen Tagen zum Verkauf freigegeben wird, ist man in Stuttgart bereits sehr optimistisch. „Wir sehen ein hohes Interesse von unseren Händlern und Kunden“, sagte Daimler-Vertriebsvorständin Britta Seeger.

Tesla geht jetzt mit dem Model S Plaid in die Gegenoffensive, gefolgt vom neuen Model X Plaid Anfang 2022. Vor wenigen Wochen verkündete Musk im Gespräch mit Analysten seine ambitionierten Ziele: Sein Unternehmen will wöchentlich 2000 Model S und X produzieren – so viele wie zuletzt im ganzen Quartal. „Wenn wir Glück haben, könnte die Zahl auf 2400 bis 2500 steigen“, sagte Musk.

Das wären 100.000 bis 126.000 Fahrzeuge jährlich, mehr als im Spitzen-

Porsche Taycan Turbo S und Tesla Model S Plaid: Kampf in der elektrischen Oberklasse.



Porsche, Tesla

enttäuscht das Model S Plaid etwas. Es liegt mit 628 Kilometern rund fünf Prozent unter der Variante mit zwei Motoren. Der EQS von Mercedes kommt sogar auf eine Reichweite von 770 Kilometern – auch aufgrund seines hervorragenden Strömungswiderstandskoeffizienten von 0,20.

Trotzdem genügt die Reichweite des Model S Plaid, um die Modelle Audi e-tron und Porsche Taycan in den Schatten zu stellen. Die Fahrzeuge der deutschen Konkurrenten haben je nach Messung ein Drittel bis gar die Hälfte weniger Reichweite.

PR-Desaster Plaid+

Eigentlich hatte Tesla bereits angekündigt, das Folgemodell S Plaid+ mit einer Reichweite von 837 Kilometern auf den Markt bringen zu wollen – doch es kam anders. „Plaid+ ist gestrichen“, schrieb Musk Anfang Juni auf Twitter. „Wir brauchen es nicht, weil Plaid einfach so gut ist.“

Das abrupte Ende vom Plaid+ zeigt die Unerfahrenheit Teslas. Mehrmals wurde die Markteinführung verschoben, der Preis angehoben, bis das Modell dann ganz gestrichen wurde. Reichlich spät wurde Tesla klar: Schon wegen des Namens Plaid+ würde das Modell die Verkäufe des Plaid behindern und kambialisieren.

Es zeigt auch: Tesla ist noch ein junges Unternehmen, das einiges zu lernen hat. An der Börse ist Tesla mit einer Marktkapitalisierung von 580 Milliarden Dollar ein Riese, aber sowohl beim Absatz wie auch der Mitarbeiterzahl immer noch vergleichsweise klein. Mit 71.000 Mitarbeitern ist Tesla zwar gut siebenmal so groß wie noch vor sieben Jahren. Ein starkes Wachstum, aber bei Daimler arbeiten beispielsweise 288.000 Menschen.

„Tesla ist immer noch ein kleines Unternehmen, seine Entwicklungskapazitäten sind beschränkt“, sagt Bratzel. „Daher hat es einen Nachteil gegenüber großen Herstellern, es kann nicht so rasch neue Modelle oder Modellauffrischungen bringen.“

Das neue Model S Plaid wird daher umso mehr Aufmerksamkeit erhalten, nicht zuletzt wegen nicht zu unterschätzender Zusatzfunktionen wie der Leistungsfähigkeit der Multimedia-Einheit – auf der sich aufgrund leistungsfähiger Chips besonders anspruchsvolle Videospiele wie „Cyberpunk“ spielen lassen und die sich mit der Spielekonsole Playstation 5 messen kann.

„Das neue Modell ist mit seiner Reichweite und Beschleunigung innovativ und wird viele Kunden überzeugen“, sagt Autoexperte Bratzel. Ein Selbstläufer sei der Erfolg aber nicht: „Man darf die Situation nicht mit der Markteinführung 2012 vergleichen – dafür ist die Konkurrenz zu stark.“

Insgesamt hat Northvolt für seine Gigafabriken damit mittlerweile 6,5 Milliarden US-Dollar von Investoren eingesammelt, zu denen neben Volkswagen auch Goldman Sachs zählt.

In den vergangenen zwei Jahren ist die Nachfrage nach Batteriezellen für Elektroautos regelrecht explodiert. Allein Northvolt hat Verträge mit Kunden wie VW, BMW, Scania und anderen im Wert von 27 Milliarden Dollar geschlossen. Der größte Auftrag kam mit 14 Milliarden Dollar von Anteilseigner Volkswagen.

Der Bau der Gigafabrik ist der erste Versuch eines europäischen Unternehmens, die Marktmacht der bislang vorwiegend asiatischen Zellerhersteller zu brechen. Firmen wie CATL



Northvolt-Firmensitz: Kräftiger Schub dank Elektromobilität.

Batteriehersteller

Northvolt erweitert Gigafabrik in Schweden

Der VW-Partner profitiert vom Batterieboom und baut die Kapazität aus. Investoren geben weitere 2,75 Milliarden Euro.

Weil die weltweite Batterienachfrage so groß ist, will der Batteriehersteller Northvolt seine in Schweden geplante Gigafabrik noch einmal erweitern. Statt wie bislang geplant auf 40 Gigawattstunden (GWh) Kapazität pro Jahr soll die Produktionsstätte im Heimatland des Start-ups auf 60 GWh ausgebaut werden.

Dafür hat das Unternehmen nun noch einmal 2,75 Milliarden Euro von Investoren eingesammelt. Auch der Wolfsburger Automobilkonzern Volkswagen ist wieder mit an Bord. „Wir haben eine solide Basis von Weltklasseinvestoren und -kunden, die unsere Vision von der grünsten Batterie der Welt teilen“, sagte Northvolt-CEO Peter Carlsson am Mittwoch.

Northvolt ist der erste europäische Batteriehersteller, der eine Gigafabrik für die Produktion von Elektroautobatterien in Europa aufbaut. In den nächsten fünf Jahren sollen an zwei verschiedenen Standorten Zellen für Tausende Stromer vom Band laufen.

Die erste europäische Batterieherstellung errichtete Northvolt im schwedischen Skelleftea. Noch in diesem Jahr soll hier die Produktion starten. Bis 2030 soll die Kapazität auf 60 GWh pro Jahr steigen. Die zweite Fabrik entsteht am Volkswagen-Standort Salzgitter; sie soll 2025 in Betrieb gehen und perspektivisch ebenfalls bis zu 40 GWh pro Jahr fertigen.

Die Wolfsburger sind schon länger bei den Schweden investiert. Im Juni 2019 hatte sich Volkswagen mit rund 900 Millionen Euro an Northvolt beteiligt und im Gegenzug rund 20 Prozent der Anteile sowie einen Sitz im Aufsichtsrat erhalten. In der aktuellen Finanzierungsrunde steckte der Autoriese nun noch einmal 500 Millionen Euro in das Batterie-Start-up.

Anders als in den Vorjahren gewinnt die Elektromobilität seit 2020 deutlich an Fahrt. Zum einen brauchen die Autohersteller Stromautos, um die Klimaanforderungen der EU zu erfüllen und Strafzahlungen zu vermeiden. Zum anderen können sich Käufer von Elektroautos in Deutschland über Förderungen von bis zu 9000 Euro freuen.

Während heute Akkus mit einer Gesamtkapazität von 120 GWh produziert werden, sollen es 2025 nach Berechnungen der französischen Energieagentur Avicenne Energy schon 520 GWh sein. Fast 80 Prozent davon gehen an die Automobilindustrie. Kathrin Witsch

Energiekonzern

Shell will seine Klimaziele verschärfen

CEO Ben van Beurden meldet sich mit einer überraschenden Ankündigung zu Wort.

„Shell wird sich dieser Herausforderung stellen“: Mit diesen Worten hat sich Shell-CEO Ben van Beurden am Mittwoch auf LinkedIn an die Öffentlichkeit gewandt. Man wolle seine Emissionen schneller reduzieren, „auch wenn das bedeutet, dass wir über die nächsten Jahre ein paar mutige, wenn auch bedachte Schritte machen müssen“, so der Manager. Die Reaktion des milliardenschweren Ölkonzerns kommt gut zwei Wochen nach der Entscheidung eines Den Haager Gerichtshofs, die den Ölkonzern zu mehr Klimaschutz verpflichtet.

Shell müsse den Ausstoß von CO₂ bis 2030 um netto 45 Prozent gegenüber 2019 senken, hatte das Gericht erklärt. Das Urteil verpflichtet Shell zum Klimaschutz, das gelte für die eigenen Unternehmen ebenso wie für Zulieferer und Endabnehmer. Shell kündigte umgehend an, in Berufung zu gehen.

Vor einigen Monaten hatte der britisch-niederländische Konzern seine Strategie auf dem Weg zur Klimaneutralität vorgestellt. Die fossilen Produkte sollen CO₂-freundlicher werden und die Emissionen insgesamt sinken. Bis 2035 um 45 Prozent, bis 2050 auf null (im Vergleich zu 2016). „Jetzt hat uns ein Gericht dazu verurteilt, noch schneller zu werden. Für Shell bedeutet dieses Urteil keine Veränderung der Strategie, sondern eine Beschleunigung“, schreibt der 63-jährige van Beurden.

Sollte das Urteil gegen Shell auch in zweiter und dritter Instanz Bestand haben, kämen auf das Unternehmen nun Umbauten in Milliardenhöhe zu. Vor allem die bislang mit zwei Prozent eher niedrig ausfallende Absenkung der Erdölförderung müsste sich wohl deutlich erhöhen. Kathrin Witsch

Anzeige

16. & 17. JUNI 2021
DIGITAL EDITION

GIPFELTREFFEN DER WELT MARKT FÜHRER

VON DEN BESTEN LERNEN

Seien Sie dabei und erleben Sie, wie sich trotz Pandemie, Klimawandel und amerikanisch-chinesischem Schlagabtausch globale Erfolgsgeschichten made in Germany schreiben lassen.

Helge Braun, Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben
Sabine Herold, CEO, DELO Industrie Klebstoffe
Ola Källenius, Vorsitzender des Vorstands der Daimler AG und Mercedes-Benz AG
Jacob Madsen, Geschäftsführer, Velux Deutschland GmbH

Jetzt anmelden: weltmarktfuehrer-gipfel.de

Wirtschafts Woche

Mitveranstalter: ADWI (Assoziation Deutscher Wirtschaftswirte)

Ideeller Partner: SENAT DER WIRTSCHAFT

Förderer: KPMG, WÜRTH

Initiativ Partner: SchwäbischHall, stadtwerte (Städtischer Hall Guide), GWG (Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften), HGE (Haller Grundrechts- und Erziehungsgesellschaft)

Christoph Kapalschinski Hamburg

Drogenerfahrungen sind nicht gerade etwas, über das Investoren üblicherweise freimütig öffentlich berichten. Anders Christian Angermayer: Der 43-Jährige teilt die Erinnerung an seinen ersten Trip auf „Magic Mushrooms“ großzügig. Er beschreibt den einige Jahre zurückliegenden Rausch als eine Erfahrung, die sein Leben verändert hat – und seine finanzielle Strategie.

Seit 2018 hat Angermayer eine Biotechholding aufgebaut, die sich mit psychoaktiven Stoffen befasst: vom Pilzwirkstoff Psilocybin über die Partytablette MDMA bis hin zum Betäubungsmittel Ketamin. Voraussichtlich Mitte Juni geht die Holding Atai in den USA an die Börse. Ziel ist, aus den psychoaktiven Substanzen Medikamente zu entwickeln gegen psychische Krankheiten wie schwere Depressionen oder Angststörungen.

Was für viele abgedreht klingt, betrachten Investoren und Mediziner als Chance für Anleger und Patienten. Ähnlich wie Cannabis könnten psychedelische Substanzen den Weg von der Droge zum Geschäft nehmen – und Angermayer könnte sowohl Treiber als auch Profiteur der Entwicklung werden.

„Diese Substanzen waren in der Forschung lange tabu. Das ändert sich jetzt“, sagt Matthias Schott vom Münchener Finanzierungsspezialisten FCF. Er traut Angermayer zu, mit seinem Engagement die Anleger von den Chancen zu überzeugen. Der Deutsche sei schließlich ähnlich wie Tesla-Gründer Elon Musk bereit, seine Investments öffentlich stark zu promoten.

Tatsächlich investiert Angermayer immer wieder in ungewöhnliche Märkte. Zuletzt stieg er bei einem amerikanischen Entwickler von Hirnchips ein. Hintergrund ist seine Überzeugung, Technologie könne schon bald das Leben deutlich verlängern. Daneben investiert der überzeugte Netzwerker in Kryptowährungen und Fintechs wie Deposit Solutions. Den Grundstein für sein Vermögen legte er bereits als Student in Bayreuth, als er beim Aufbau der Biotechfirma Ribopharma mitwirkte.

Hoffnungen auf ein großes Marktvolumen

Bei Atai ist – wie bei anderen seiner Aktivitäten – auch der amerikanische Facebook-Investor Peter Thiel an Bord. Der prominente Name sorgt mit Blick auf den geplanten Börsengang für zusätzliche Aufmerksamkeit. Dabei geht es um ein Emissionsvolumen von etwa 100 Millionen Dollar. Bislang hat Atai laut dem US-Nachrichtenportal „Crunchbase“ gut 347 Millionen Dollar bei Risikokapitalgebern eingesammelt. Angermayers Investmentgesellschaft Apeiron gehören noch gut 20 Prozent der Anteile, er profitiert zudem von einem Beratervertrag. Mit Verweis auf die Ruheperiode vor dem Börsengang äußert er sich derzeit nicht zu Atai.

Für eine kleine Community von Medizinern im deutschsprachigen Raum sind die halluzinogenen Trips schon länger mehr als Hippie-Nostalgie. Sie beschäftigen sich seit Jahren in ernsthaften Studien mit den Substanzen – meist aus großer persönlicher Überzeugung. Inzwischen sind viele dieser Mediziner in Projekte eingebunden, an denen Atai arbeitet.

Das könnte nach Meinung von Investoren das Risiko mindern – schließlich sind die Substanzen seit Jahrzehnten bekannt. Zuletzt hat die Europäische Arzneimittelbehörde Ema 2019

eine Ketamin-Art unter dem Markennamen Spravato als Nasenspray zur Behandlung von schwer zu behandelnden Depressionen zugelassen. Das Mittel einer Johnson-&Johnson-Tochter wirkt schnell und kann so akute Phasen durchbrechen. Atai forscht an einem ähnlichen Wirkstoff.

Auch für den Pilzwirkstoff Psilocybin sind Mediziner optimistisch. „Die vorliegenden Daten weisen auf eine mindestens gleichwertige und vermutlich höhere Wirksamkeit als klassische Antidepressiva hin“, sagt Matthias Liechti, Professor für Klinische Pharmakologie am Universitätsspital Basel. Bei der Behandlung sollen Patienten unter professioneller Begleitung einen intensiven Trip erleben. Die körperliche Sicherheit ist laut Liechti hoch, allerdings könnten die akuten psychischen Effekte belastend sein.

Weiter gehende Hoffnungen auf ein großes Marktvolumen weckt das Beispiel Cannabis in den USA. Über die Zulassung als Schmerzmittel findet das Kraut inzwischen weite Anwendung. Einige Befürworter der psychoaktiven Substanzen erhoffen sich durch eine medizinische Zulassung ebenfalls eine breitere Anwendung, um etwa aus Lebenskrisen herauszukommen. Das würde den Markt deutlich erweitern – sodass Idealisten bereits vor der Kommerzialisierung der einstigen Hippie-Drogen warnen.



Jeder Studienerfolg in der Nische Psychedelika ist positiv für den entstehenden Markt.

Hugh Rogers
XPhylo-Chef

„Im Gegensatz zu Cannabis werden Psychedelika eher wie klassische Medikamente entwickelt und nicht primär für den Genusskonsum durch Gesunde. Es dürfte aber zu einer anders regulierten Anwendung kommen im Vergleich zu den aktuellen Verboten“, dämpft der Mediziner Liechti die Erwartungen.

Diese Marktchancen rufen nicht nur Angermayer auf den Plan. Vor allem bei seinem größten Hoffnungsträger Psilocybin, dem Wirkstoff aus den „Zauberpilzen“, gibt es recht große Konkurrenz.

Gut 160 klinische Studien liefen bereits, sagt Hugh Rogers. Er ist Chef des börsennotierten kanadischen Unternehmens XPhylo, das über Cannabis ebenfalls auf die Wirkstoffe gekommen ist. „Jeder Studienerfolg in der Nische Psychedelika ist positiv für den entstehenden Markt“, sagt er. Dabei könnten auch mehrere Anbieter zum Zuge kommen, allerdings wohl nicht alle. Das bereits an der Nasdaq notierte US-Unternehmen Compass etwa forscht ebenfalls in dem Bereich und hat dafür bereits 234 Millionen Dollar Kapital eingesammelt. Denn der potenzielle Markt ist groß: 100 Millionen Menschen sollen weltweit unter behandlungsresistenten Depressionen leiden.

XPhylo-Chef Rogers hofft auf breitere Nutzung. So könnten die Wirkstoffe etwa in sehr geringer Konzentration breiter für das sogenannte Microdosing eingesetzt werden, falls die strenge Regulierung fällt, meint er.

Allerdings verzichtet der Kanadier wegen der hohen Kosten auf eigene



Biotech

Zauberpilze für Börsianer

Christian Angermayer und Peter Thiel planen einen IPO mit Psychedelika. Taugen Drogen wie Pilze, LSD und Meskalin als Arznei?

inago images/Westend61, PR / Apeiron Investment

Investor Christian Angermayer:
Vehementer Fürsprecher für psychoaktive Pilze.



Studien. Er forscht stattdessen zusammen mit einer deutschen Universität an der Herstellung des Wirkstoffs über genveränderte Bakterien – und will so zum Lieferanten der forschenden Pharmazeutiker werden. Ein ähnliches Projekt treibt er für den Kaktuswirkstoff Meskalin voran. Das sei weniger kapitalintensiv als die komplexere klinische Forschung, meint Rogers.

Ohne Risiko sind Aktien von Biotechfirmen wie Atai wegen der ungewissen Studienergebnisse nicht – schließlich soll die Börse erst die Entwicklung von Produkten finanzieren, die dann in Partnerschaft mit großen Pharmaunternehmen vermarktet werden. Nur sieben Prozent der Moleküle, die zur Behandlung kognitiver Beeinträchtigungen entwickelt werden, gelangen zur Marktreife, gibt Experte Schott von FCF zu bedenken.

Auch Atai hat noch kein fertiges Medikament – und entsprechend

noch keine Umsätze. Sämtliche Wirkstoffe sind noch in pharmazeutischen Studien. Ob sie jemals eine Zulassung bekommen, ist offen. Bei Atai kommt erschwerend dazu, dass einige der Substanzen streng reguliert sind, um Missbrauch zu verhindern.

Die Entwicklung ist kostspielig. Laut Registrierung bei der US-Börsenaufsicht SEC kam Atai 2020 auf einen Nettoverlust von 178,6 Millionen Dollar – nach 24,4 Millionen Dollar im Jahr zuvor. Dabei entfielen 2020 rund 23,4 Millionen Dollar auf eigene Forschung und zugekaufte Forschung.

Investoren beurteilen das Umfeld für die Börsenpläne dennoch als positiv. Der Zeitpunkt ist offenbar attraktiv: 45 Biotechfirmen wurden bislang 2021 an der Nasdaq gelistet – nach nur 13 im Vorjahreszeitraum. 900 Millionen Dollar Risikokapital sind in den vergangenen 24 Monaten weltweit in 106 Finanzierungsrunden in Psychopharmaka geflossen.

Siemens-Joint-Venture Fluence will in Asien durchstarten

Batteriespeicher

Auf den Philippinen arbeitet das Unternehmen an seinem bisher größten Batteriespeicher-Projekt.

Mit einem Großauftrag für Energiespeicher auf den Philippinen geht das Siemens-Joint-Venture Fluence in Asien auf Expansionskurs. In dem südostasiatischen Inselstaat hat das Unternehmen die Inbetriebnahme von zwei Großbatterien abgeschlossen, wie ein Sprecher am Mittwoch mitteilte.

Es handelt sich dabei um die erste Phase eines 470-Megawatt-Energiespeicher-Projektes, das zu großen Teilen noch in diesem Jahr fertiggestellt werden soll. Gemessen an der Gesamtleistung handelt es sich nach Unternehmensangaben um das bisher größte Fluence-Projekt weltweit.

Das Unternehmen, das Siemens vor vier Jahren gemeinsam mit dem US-Energiekonzern AES gegründet hat, verspricht, mit seinen Speicherlösungen Stromnetze flexibler zu machen und damit die Integration eines höheren Anteils erneuerbarer Energien im Strommix zu erleichtern.

Bisher hat Fluence seine Großbatterien unter anderem in Australien und den USA installiert und konkurriert dabei unter anderem mit dem Elektroautohersteller Tesla, der ebenfalls Speicherlösungen anbietet.

Im Gegensatz zu bisherigen Großaufträgen handelt es sich bei den Batteriespeichern auf den Philippinen allerdings nicht um eine einzelne Installation, sondern um mehrere Großakkus, die entlang des Stromnetzes verteilt werden. Zwei Speichersysteme mit jeweils 20 Megawatt Leistung und einer Kapazität von 20 Megawattstunden sind nun am Netz, der Rest soll in den kommenden Monaten folgen.

Das Umsatzvolumen des Gesamtprojektes beziffert Jan Teichmann, der das Asien-Pazifik-Geschäft von Fluence leitet, im Gespräch mit dem Handelsblatt mit einem Wert zwischen 250 und 500 Millionen Dollar – genauer könne er es aus vertraglichen Gründen nicht sagen.

Fluence sieht in Asien großes Potenzial

Der frühere Siemens-Manager sieht das Engagement auf den Philippinen als Chance, die Technologie von Fluence in Asiens Schwellenländern bekannter zu machen. „Momentan schauen wir uns mögliche Projekte in Thailand, Vietnam, Malaysia und Taiwan an“, sagt Teichmann. Es gebe in den Ländern bereits konkrete Gespräche, aber noch keinen Vertragsabschluss. „Diese Länder fangen an, die Vorteile von Speicherlösungen zu sehen, sind aber noch nicht so weit wie die Philippinen.“

Mittelfristig sieht Teichmann in Asien großes Potenzial und beruft sich dabei auf Prognosen von Marktforschern, wonach der Kontinent in den kommenden Jahren zum weltweit größten Markt für Energiespeicher aufsteigen werde. „Deshalb ist es für uns so wichtig, hier präsent zu sein.“

Asiens größte Volkswirtschaft, China, lässt Fluence aber vorerst außen vor. Der Markt sei zwar interessant, aber man könne nicht in zu vielen Ländern gleichzeitig expandieren,

sagt Teichmann. Dafür will er aber die Geschäfte in Indien ausbauen, wo das Unternehmen schon eine Anlage installiert hat.

Auf den Philippinen liefert Fluence seine Batteriespeicher an den Energieversorger SMC Global Power, der zu dem größten Firmenkonglomerat des Landes, San Miguel, gehört. Das Unternehmen plant die Installation von Batteriespeichern mit einer Leistung von insgesamt 1000 Megawatt. Neben Fluence arbeitet SMC dafür auch mit dem Elektrotechnikkonzern ABB und dem finnischen Technologieanbieter Wärtsilä zusammen.

Die Philippinen befinden sich mitten in der Energiewende: Im vergan-

37

Prozent des Energiebedarfs wollen die Philippinen bis 2030 aus erneuerbaren Energien decken.
Quelle: Regierung

genen Jahr beschloss die Regierung, keine neuen Kohlekraftwerke mehr ans Netz zu bringen. Stattdessen will das Land erneuerbare Energiequellen ausbauen – und erhöhte zuletzt seine Zielvorgaben: Bis 2030 soll der Anteil der Erneuerbaren an der Energieerzeugung nun bei mehr als 37 Prozent liegen.

Investitionen in die Energieinfrastruktur sind dringend nötig. Laut der deutschen Außenhandelsgesellschaft GTAI ist es angesichts eines stark steigenden Stromverbrauchs zuletzt zu Versorgungengapsen und temporären Blackouts gekommen. Die Stromkosten gehörten derzeit zu den höchsten in ganz Asien. Mathias Peer

Anzeige

22.–25.6.2021
DIGITAL EDITION

Handelsblatt

Tagungserlebnis nach Maß ab 190 €

Jahrestagung Restrukturierung

Kreative Lösungen für den Standort Deutschland

Profitieren Sie von neuen Denkanstößen aus verschiedenen Perspektiven.

Peter Krueger
Mitglied des Vorstands, TUI Group

Dr. Caroline von Kretschmann
Geschäftsführende Gesellschafterin, Der Europäische Hof Heidelberg

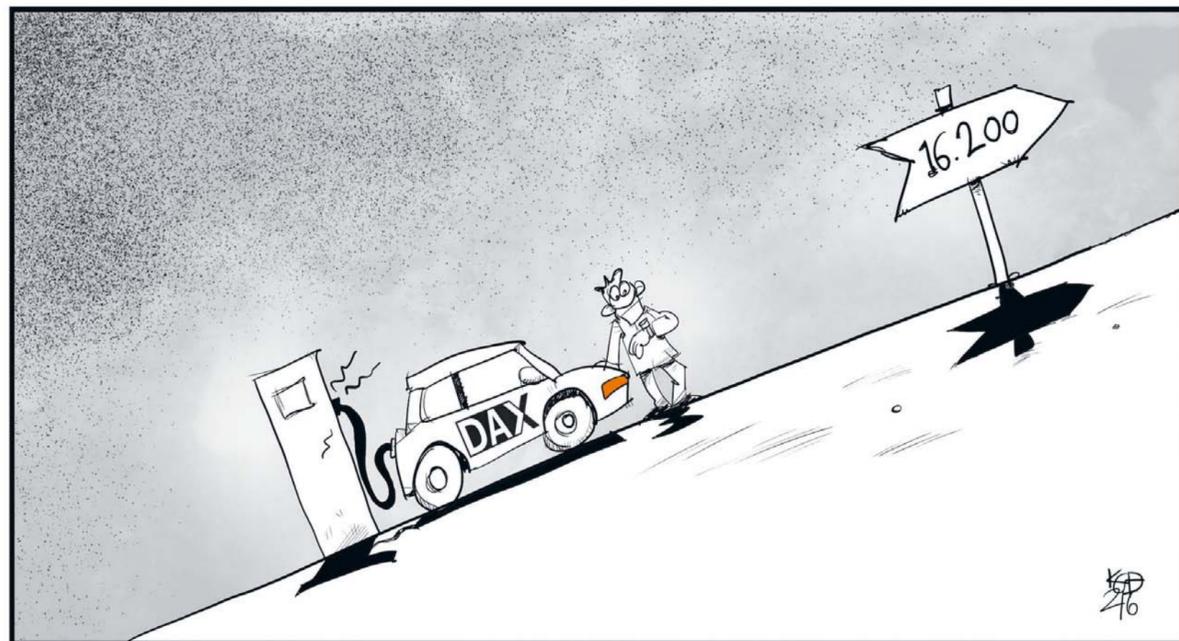
Miguel Müllenbach
Vorsitzender der Geschäftsführung, GALERIA Karstadt Kaufhof GmbH

Jetzt anmelden:
handelsblatt-restrukturierung.de

Mit freundlicher Unterstützung von:

Deloitte.

Handelsblatt
Substanz entscheidet.



Börse

Ende der Rally ohne Rücksetzer

Anleger, die auf günstige Einstiegskurse gesetzt hatten, wurden immer wieder enttäuscht. Das könnte sich ändern.

Die sogenannte Impfstoffrally erreicht historische Dimensionen. Damit ist nicht das zwischenzeitliche Plus von mehr als 70 Prozent gemeint, das der Dax seit der Biontech-Erfolgsmeldung über die Zulassung für einen neuen Impfstoff gegen die Corona-Pandemie Anfang November erreicht hat. Es ist die Art und Weise, wie das deutsche Börsenbarometer nach oben kletterte.

Denn der Aufwärtstrend verläuft extrem ungewöhnlich. In dieser Zeit gab es kaum Rücksetzer, Konsolidierungen fanden stets auf hohem Niveau statt, und typische kurzfristige Ausverkäufe, wie sonst eigentlich während solch einer Rally üblich, gab es kaum. Den einzigen erwähnenswerten Rücksetzer gab es Ende Januar, als der deutsche Leitindex um lediglich rund sechs Prozent abrutschte und anschließend wie immer neue Rekordhochs in Folge produzierte. Streng genommen war das keine Korrektur. Denn dafür muss der Dax von seinem Hoch um mindestens zehn Prozent abrutschen.

Ab einem Wert von minus 20 Prozent sprechen Börsianer von einer Baisse, einer Phase anhaltend sinkender Kurse, bei der dann andere Börsenregeln gelten. Während einer Rally versuchen vor allem institutionelle Investoren nach starken Kursanstiegen, einen Teil ihrer Aktien zu verkaufen, um anschließend günstiger wieder einzusteigen. Im Fachjargon heißt das „Buy the dips“.

Bei einer Baisse hingegen läuft das Spiel andersherum. Dann sollten Anleger bei Zwischenhochs verkaufen und später wieder einsteigen, im optimalen Fall am Ende der Baisse. „Sell the Rally“ nennen Börsianer das.



Die Börse tritt allmählich in die Sommerphase ein, die ihre eigenen Gesetze hat. In solchen Zeiten sinkt das Handelsvolumen, weil viele große Player im Urlaub sind.

Jürgen Röder

Solch ein Verhalten ermöglicht den Anlageprofis die Chance auf eine Extrarendite, um damit besser als der Gesamtmarkt abzuschneiden. Denn wer keine höhere Performance als der Markt insgesamt erzielt, wird irgendwann mit dem Entzug von Investorengeldern bestraft.

Doch diese Gelegenheiten, bei Korrekturen zu kaufen, gab es während der Impfstoffrally eher selten. Wie ungewöhnlich diese Entwicklung ist, zeigt auch das Beispiel des Dax-Charts nach dem Ende des Corona-Crashes Mitte März des vergangenen Jahres. Selbst in dieser Phase, als der deutsche Leitindex nach dem Sturz auf 8255 Punkte hohen Nachholbedarf hatte, gab es deutliche Korrekturen. In den Monaten Juni und Oktober rutschte die Frankfurter Benchmark jeweils um rund zwölf Prozent ab.

Zwei Fragen sind aber noch offen: Bleibt diese Rally so korrekturlos? Und wo liegt das nächste Kursziel bei der Dax-Rekordjagd?

Die korrekturlose Rally könnte möglicherweise bald zu Ende gehen. Denn die Börse tritt allmählich in die Sommerphase ein, die ihre eigenen Gesetze hat. In solchen Zeiten sinkt das Handelsvolumen, weil viele große Player im Urlaub sind. Solch ein geringes Volumen führt meistens zu höheren Kursschwankungen, bedeutet aber nicht, dass der Dax in dieser Phase eine neue, nachhaltige Rally startet oder plötzlich in einen mittelfristigen Abwärtstrend umschwenkt.

Spätestens wenn die institutionellen Investoren wieder aus dem Urlaub sind, geht es meistens wieder in die andere Richtung. In vielen Fällen liegt der Dax nach dem Ende der

Sommerpause auf einem ähnlichen Niveau wie zu Beginn dieser Phase.

In der Vor-Corona-Zeit gab es solche Entwicklungen häufig, zuletzt 2017 und 2019. Der Dax gab von seinem Zwischenhoch Juni/Juli rund zehn Prozent nach, lag im September aber wieder auf seinem Ursprungsniveau. Diese Phase können Privatanleger nutzen, um ihre Depotstruktur zu optimieren. Wer beispielsweise deutlich Technologieaktien übergewichtet hat, könnte diese an starken Handelstagen verkaufen, um anschließend zu niedrigeren Kursen Industrie- oder Finanzwerte zu kaufen, die nach Meinung von Analysten in der Nach-Corona-Zeit eine höhere Performance hinlegen dürften.

Und das nächste Kursziel dieser Rally? Folgt man der technischen Analyse, dürfte der Dax 16.200 Punkte erreichen. Man kann über die Charttechnik schmunzeln, die aus der Kurshistorie und weiteren technischen Indikatoren Kursprognosen ableiten. Doch deren Bedeutung wächst. Denn es waren technische Analysten, die im Gegensatz zu vielen fundamental orientierten Experten bereits Anfang des Jahres einen Dax-Stand von mindestens 15.500 Punkten in der ersten Jahreshälfte prognostizierten.

Ob der Dax nun das nächste Kursziel von 16.200 Punkten noch im Sommer oder erst im letzten Quartal dieses Jahres erreicht, dürfte sich bald entscheiden. Das hängt davon ab, wie schnell die jahresübliche Sommerkorrektur eintritt.

Der Autor ist Redakteur im Finanzressort. Sie erreichen ihn unter: roeder@handelsblatt.com

Volkswagen

Riskante Fehleinschätzung

Aus für Compliance-Ressort im Vorstand könnte sich rächen.



Der Prozess, Volkswagen in ein besseres, regeltreues Unternehmen zu verwandeln, ist noch lange nicht abgeschlossen.

Volker Votsmeier

Neue Leitplanken für Volkswagen: Wie man eine Krise als Chance nutzt und sich an Integrität und Compliance ausrichtet.“ So hat Hiltrud Werner gerade ein von ihr herausgegebenes Buch betitelt. Die VW-Vorständin ist im Wolfsburger Konzern für Recht und Integrität zuständig. Der Dieselskandal bescherte ihr reichlich Arbeit.

Nun scheint die Zeit von Hiltrud Werner abzulaufen. Die längst überfällige Verlängerung ihres bis Februar 2022 datierten Vertrags steht aus, in Wolfsburg stellt man sich auf Abschied ein. Werner habe ihre Aufgabe erledigt, heißt es aus Aufsichtsratskreisen. Ihre Dienste würden bei Volkswagen nicht mehr gebraucht.

Das ist eine gefährlich Fehleinschätzung, die dringend korrigiert werden sollte. Zwar stimmt es, dass der Dieselskandal knapp sechs Jahre nach Bekanntwerden weitgehend abgearbeitet ist. Doch der Prozess, Volkswagen in ein besseres, regeltreues Unternehmen zu verwandeln, ist noch lange nicht abgeschlossen.

Vielmehr handelt es sich um eine Daueraufgabe. Der Konzern muss die weltweit mehr als 600.000 Mitarbeiter immer wieder dafür sensibilisieren, dass Gesetzesverstöße nicht geduldet werden und Whistleblower willkommen sind.

Der Dieselskandal gilt als größter Skandal der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Volkswagen brachte mehr als 32 Milliarden Euro für Bußgelder, Schadensersatz und technische Nachrüstungen auf. Etliche juristische Prozesse mussten und müssen bewältigt werden. Die USA schickten mit Larry Thompson eigens einen Aufpasser nach Wolfsburg, der mit einem großen Team neue Strukturen beim Autobauer installierte. Der ehemalige US-Staatsanwalt selbst empfahl ausdrücklich, Volkswagen solle das Compliance-Ressort im Vorstand beibehalten.

Kaum ist Thompson weg, schlägt Volkswagen seinen Rat offenbar in den Wind. Das könnte sich bitter rächen. Die rechtlichen und regulatorischen Anforderungen an einen der weltweit größten Autobauer werden immer strenger. Deshalb wäre der Konzern gut beraten, das Thema weiterhin im Vorstand anzusiedeln. Das macht nicht nur aus Reputationsgründen Sinn. Auch das finanzielle Risiko ist immens. Die Manipulation der Dieselmotoren hat den Konzern viel Geld gekostet, das man viel besser für die Transformation zu anderen, umweltfreundlicheren Antrieben hätte nutzen können. Einen zweiten Skandal dieser Größenordnung wird sich Volkswagen nicht leisten können.

Der Autor ist Redakteur im Investigativ-Team. Sie erreichen ihn unter: votsmeier@handelsblatt.com

Tarifstreit Bahn

Grenzwertiges Signal

GDL-Streik zeigt auch, dass das Tarifeinheitsgesetz Konflikte schürt.



Die Pandemie ist eine Krise nie da gewesen Ausmaßes. Mehr denn je gilt es deshalb, bei Arbeitskämpfen nicht das Maß zu verlieren.

Jens Koenen

Wieder die GDL, wieder dieser Claus Weselsky. Wie schon im Herbst 2014 will der Chef der Lokführergewerkschaft die Machtausweitung seiner Arbeitnehmervertretung bei der Deutschen Bahn gegen die Konkurrenz EVG mit Arbeitskämpfen durchsetzen. Noch ist nicht klar, wann und wo gestreikt wird. Doch man ahnt, was auf die Fahrgäste zurollt. 2014 streikte die GDL über 61 Stunden und an verkehrsreichen Wochenenden. Nun ist das Streikrecht ein hohes Gut, das niemand infrage stellen sollte. Gleichwohl ist das Vorgehen des GDL-Chefs verwerflich. Gerade weil Streiks bei der Bahn oder auch im Luftverkehr ein so mächtiges Instrument sind, müssen Gewerkschaften entsprechend sensibel damit umgehen. Die Verhältnismäßigkeit muss gewahrt bleiben.

Diese Verhältnismäßigkeit bezieht sich auf die gestellten Forderungen, sie bezieht sich aber auch auf die möglichen Folgen des Arbeitskamps. Die Pandemie ist eine Krise nie da gewesen Ausmaßes. Mehr denn je gilt es deshalb, bei Arbeitskämpfen nicht das Maß zu verlieren. Die GDL läuft Gefahr, genau das zu tun. Doch es greift zu kurz, die Zuspitzung in dem Tarifstreit allein dem Machtstreben Weselskys zuzuschreiben. Großen Anteil an der Eskalation hat ein Gesetz, das die Große Koalition 2015 auf den Weg brachte, in der Hoffnung, damit Streitigkeiten zwischen zwei Gewerkschaften den Boden zu entziehen.

Doch das Beispiel Bahn zeigt, wie das sogenannte Tarifeinheitsgesetz solche Konflikte anheizt, statt sie zu befrieden. Nach dem Gesetz verhandelt in einem Betrieb diejenige Gewerkschaft den für alle Mitarbeiter geltenden Tarifvertrag, die die meisten Mitglieder hat. Alleine schon die Tatsache, dass ein Unternehmen die Belegschaft rechtlich gar nicht fragen darf, welcher Gewerkschaft sie angehört, zeigt, wie unausgegoren diese Vorschrift ist. Es ist vor allem für die kleinere Gewerkschaft eine pure Provokation. Denn es führt im Zweifel dazu, dass sie dort Mitglieder verliert, wo die Konkurrenzvertretung die Mehrheit hat. „Warum soll ich als Mitarbeiter hier streiken, wenn für mich eh der andere Tarifvertrag gilt? Warum soll ich dann überhaupt in der kleineren Gewerkschaft bleiben?“

Einerseits treibt das Tarifeinheitsgesetz die Sorge bei kleineren Arbeitnehmervertretungen, an Bedeutung zu verlieren. Andererseits ist das Management eines Unternehmens rechtlich verpflichtet, das umstrittene Gesetz anzuwenden – ein Teufelskreis. Bei aller Kritik am Vorgehen Weselskys: Es hat schon einen gewissen Charme, dass er den Politikern ausgerechnet bei einem Bundesunternehmen vor Augen führt, was sie da für einen Mist verzapft haben.

Der Autor ist Leiter des Frankfurter Büros. Sie erreichen ihn unter: koenen@handelsblatt.com

Außenansichten



Zur Anklage gegen Renault schreibt die französische Tageszeitung „La Tribune“:

Die Schlinge des Dieselskandal zieht sich um den Autohersteller Renault zusammen. Mehr als fünf Jahre nach einem ersten Bericht des Amtes gegen Betrug und vier nach der Eröffnung einer gerichtlichen Untersuchung, die Betrügereien vermutet, wurde gegen den französischen Riesen am Dienstag in Frankreich eine Voranklage wegen des Delikts der Täuschung und der Gesundheitsgefährdung eröffnet. Die ersten Untersuchungen ergaben, dass in den Dieselfahrzeugen des Unternehmens eine Software installiert war, die möglicherweise die Schadstoffkontrollen täuschen konnte. Eine Kommission unabhängiger Experten war im Oktober 2015 von der damaligen Umweltministerin Ségolène Royal nach dem Volkswagen-Skandal eingesetzt worden und hatte die Aufgabe, Tests an 100 in Frankreich verkauften Fahrzeugen durchzuführen. Ihre Arbeit hatte erhebliche Überschreitungen der Schadstoffgrenzwerte bei einigen Herstellern, insbesondere bei Renault, ergeben.

DER STANDARD

Der Wiener „Standard“ über den Abgang von Thomas Schmid, dem Chef der staatlichen Beteiligungsholding:

Die Schrecksekunde hat (...) viele Monate zu lang gedauert. Erst jetzt nimmt Thomas Schmid seinen Hut, erst jetzt ist dem Aufsichtsrat die Hutschnur gerissen. Nach österreichischer Manier trennt man sich zwar vorzeitig, aber in beiderseitigem Einvernehmen – der Chef der Staatsholding Öbag habe sich ja keiner groben Pflichtverletzung schuldig gemacht (...). Seine unsäglichen Chatnachrichten hätten die Zeit vor seiner Bestellung zum Alleinvorstand betroffen und mit seiner Aufgabe als Lenker der Staatsholding nichts zu tun. Ob sich Schmid mit Politikern wie Bundeskanzler Sebastian Kurz oder Finanzminister Gernot Blümel über die Eroberung seines Traumjobs unterhielt (Alleinvorstand der Öbag), ob er sich mit einer Vertrauten über Untergetriebene im Kabinett oder über seine Chefs, die jeweiligen Finanzminister, ausließ: Schmid ließ dabei jeglichen Anstand und jegliche Anständigkeit vermissen.

讀賣新聞

Japans Tageszeitung „Yomiuri“ fordert, die Halbleiterstrategie als nationales Projekt zu gestalten:

Die heimische Produktion von Halbleitern muss unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Sicherheit wieder aufgebaut werden. Die Regierung hat einen Entwurf für einen Aktionsplan zur Wachstumsstrategie erstellt (...). In den späten 1980er-Jahren hatten japanische Hersteller einen Marktanteil von circa 50 Prozent am weltweiten Halbleitermarkt, doch bis 2019 ist dieser Anteil auf circa zehn Prozent gesunken. Derzeit gibt es in Japan keine Fabriken, die in der Lage sind, die hochmodernen Halbleiter (...) zu produzieren. Andererseits gibt es in Japan viele Unternehmen, die zu den weltweit führenden Herstellern von Materialien und Fertigungsanlagen für die Produktion von Halbleitern gehören. Es ist realistisch, dass diese Unternehmen mit Partnern in Übersee, etwa in Taiwan und den USA, für gemeinsame Entwicklung und Produktion zusammenarbeiten. Wir wünschen, dass solche Bemühungen zu einer Wiederbelebung der japanischen Halbleiterindustrie führen.

Jakob Blume Zürich

Die aktuell wohl erfolgreichste Hedgefonds-Strategie gleicht einem Lotterieticket mit Geld-zurück-Garantie. „Spac-Arbitrage“ heißt die Wette – und sie funktioniert so: Profinvestoren beteiligen sich so früh wie möglich an einer „Special Purpose Acquisition Company (Spac)“, einer leeren Börsenhülle, die am Kapitalmarkt Geld für eine Fusion einsammelt. Schafft es der Spac-Manager, der sogenannte „Sponsor“, eine Firma für eine Fusion zu gewinnen, schnellert der Kurs für Spac-Aktie zunächst oft in die Höhe. Die Profinvestoren stoßen aber rund um die Fusion ihre Aktien wieder ab – so winken ihnen hohe zwei- oder gar dreistellige Renditen innerhalb weniger Monate. Scheitert der Sponsor auf der Suche nach einem Übernahmeziel, erhalten die Investoren ihr Geld ohne Verlust zurück.

Besonders aktiv setzt nach Recherchen des Handelsblatts UBS O'Connor auf diese Strategie. Die Hedgefonds-Division der Schweizer Großbank investiert derzeit mehr als 1,6 Milliarden Dollar in kurzfristige Beteiligungen an amerikanischen Spacs, wie aus Daten der Börsenaufsicht SEC hervorgeht. Brancheninsider bestätigen die prominente Rolle von UBS O'Connor am Markt. Die UBS wollte sich zur Anlagestrategie von O'Connor auf Anfrage nicht äußern.

Doch in den USA wächst die Kritik an den Spac-Emissionen – und den Arbitrageuren. Michael Ohlrogge, Professor für Rechtswissenschaften an der New York University (NYU), sagt, der gesamte Spac-Prozess sei geprägt von „hohen Kosten, Fehlanreizen und Verlusten für Investoren, die zum Zeitpunkt einer Fusion Anteile halten“. Dagegen würden Anleger, die früh investieren und ihre Anteile zum Zeitpunkt des Deals abstoßen, bevorzugen. „Es ist fraglich, ob das nachhaltig funktionieren kann.“

Für die UBS kommt ein Risikofaktor hinzu: mögliche Interessenkonflikte. Denn mit O'Connor ist die UBS nicht nur ein einflussreicher Spac-Käufer. Als Großbank ist die UBS auch stark im Emissionsgeschäft mit Spac-Börsengängen engagiert – nach Daten des Branchendienstes Dealogic zählten die Schweizer hier im vergangenen Jahr zu den Top-5-Investmentbanken. Ähnlich sieht es bei der Beratung von Firmenübernahmen durch die Spacs aus, hier gehörte die UBS den Daten zufolge zu den Top Ten.

Wall-Street-Banken dominieren

Gleichzeitig warben bis vor Kurzem auch die Kundenberater in der Vermögensverwaltung für Spac-Investments. Die UBS wollte auf Anfrage mögliche Interessenkonflikte im Spac-Geschäft nicht kommentieren. Aus Sicht von Volker Brühl, Professor und Geschäftsführer am Center for Financial Studies der Frankfurter Goethe-Universität, birgt die Konstellation in jedem Fall Risiken für die Bank: „Wenn man auf mehreren Ebenen im Spac-Geschäft aktiv ist, können Interessenkonflikte entstehen, die es zu vermeiden gilt.“ Diese können beispielsweise entstehen, wenn die Bank eine Firma bei einem Verkauf berät, bei dem als Käufer auch ein Spac infrage kommt, dessen Börsengang die UBS begleitet hat.

Gleiches gelte für den Vertrieb von Spac-Anteilen an Privatkunden, mahnt Brühl: „Banken empfehlen natürlich in erster Linie ihre eigenen Produkte. Aber Privatkunden müssen gerade bei sehr spekulativen Produkten wie Spacs genauestens über die Risiken aufgeklärt werden. Interessenkonflikte müssen beseitigt oder offengelegt werden.“ Banken seien geschäftspolitisch gut beraten, genau zu definieren, welche Rolle sie in einem Markt spielen wollen. „Wenn man versucht, sich überall ein Stück vom Kuchen abzuschneiden, bleibt man nicht frei von Interessenkonflikten“, warnt Brühl.

Das Geschäft mit Spac-Börsengängen und die Fusionsberatung werden dominiert von den US-Banken Citigroup, Goldman Sachs, JP Morgan und Morgan Stanley. Auch die europäischen Konkurrenten Credit Suisse, UBS und Deutsche Bank



Eingang der UBS in Zürich: Die Schweizer Bank ist über eigene Hedgefonds auch auf der Käuferseite am Spac-Markt aktiv.

Börsenmäntel

Die Bank gewinnt (fast) immer

Die UBS hat das Geschäft mit den boomenden Spacs perfektioniert. Doch das birgt Interessenkonflikte für das Institut. Vor allem in den USA wächst die Kritik.

sind auf den oberen Plätzen der Branchenrankings vertreten. Doch als große Anteilseigner von Spacs treten diese Banken eher selten in Erscheinung, wie Daten von Hunderten US-Spacs zeigen, die das Handelsblatt ausgewertet hat.

Eine Ausnahme ist die UBS: Der bankeigene Hedgefonds O'Connor gehört neben dem Vermögensverwalter Blackrock oder dem Hedgefonds Citadel zu den aktiven Akteuren auf der Käuferseite. Aktuell hat UBS O'Connor Anteile von Hunderten Spacs im Portfolio. Darunter finden sich auch Dutzende Spacs, die mithilfe der Investmentbanker der UBS an die Börse gegangen sind. Ein Beispiel: Pershing Square Tontine des Milliardärs und Starinvestors Bill Ackman.

Die Konstellation ist brennend, denn in diesem Fall kommen der Berater des Verkäufers und der Käufer aus dem gleichen Haus. Gleichzeitig hängt der Erfolg von Spac-Arbitrage-Strategien, wie sie UBS O'Connor umsetzt, auch vom möglichst frühen Zugang der Investoren zu gehypten Spac-Börsengängen ab. Das liegt an der Struktur der Spac-Deals: In einem ersten Schritt stellt der Sponsor eigenes Geld bereit und sammelt Kapital von Investoren ein, indem er seinen Spac an die Börse bringt. Die Anteile werden meist zu zehn Dollar ausgegeben. Der Sponsor begibt sich nach dem Börsengang auf



Privatkunden müssen gerade bei sehr spekulativen Produkten wie Spacs genauestens über die Risiken aufgeklärt werden.

Volker Brühl
Professor und Geschäftsführer
am Center for Financial Studies
der Frankfurter
Goethe-Universität

die Suche nach einer Firma, mit der der Spac fusioniert. Die Folge: Im Jahr nach einer Fusion falle der Wert eines Spacs im Schnitt um ein Drittel.

Befürworter verweisen darauf, dass Spacs etwa den Prozess des Börsengangs für private Firmen beschleunigen und Anlegern Zugriff auf ansonsten nicht investierbare Tech-Firmen bieten. Doch Ohlrogge kritisiert Spac-Fusionen als „teuren und ineffizienten Prozess“. Sponsoren, Banken und IPO-Investoren zögen „viel Wert ab, auf Kosten der übrigen Anleger“. Denn die ausgereichten Optionsscheine verwässern zusammen mit den Gebühren für die Investmentbanken das Kapital, das eigentlich für die Fusion zur Verfügung stehen soll, erklärt er. Das Ausmaß der Verwässerung ist für viele Anleger jedoch oft nicht transparent. Daher kommt es rund um eine Spac-Fusion oft zu folgendem Kursmuster: Fusionsgerüchte lassen den Kurs der Spac-Aktie zunächst ansteigen – doch spätestens kurz nach dem Deal ist der Höhepunkt erreicht. Dann geht es bergab.

Besonders eindrücklich zeigt sich das am Beispiel der heißesten Spac-Wette des Jahres: Der E-Auto-Hersteller Lucid ging im Februar über eine Fusion mit der Börsenhülle Churchill Capital

ma fusioniert. Die Folge: Im Jahr nach einer Fusion falle der Wert eines Spacs im Schnitt um ein Drittel. Befürworter verweisen darauf, dass Spacs etwa den Prozess des Börsengangs für private Firmen beschleunigen und Anlegern Zugriff auf ansonsten nicht investierbare Tech-Firmen bieten. Doch Ohlrogge kritisiert Spac-Fusionen als „teuren und ineffizienten Prozess“. Sponsoren, Banken und IPO-Investoren zögen „viel Wert ab, auf Kosten der übrigen Anleger“. Denn die ausgereichten Optionsscheine verwässern zusammen mit den Gebühren für die Investmentbanken das Kapital, das eigentlich für die Fusion zur Verfügung stehen soll, erklärt er. Das Ausmaß der Verwässerung ist für viele Anleger jedoch oft nicht transparent. Daher kommt es rund um eine Spac-Fusion oft zu folgendem Kursmuster: Fusionsgerüchte lassen den Kurs der Spac-Aktie zunächst ansteigen – doch spätestens kurz nach dem Deal ist der Höhepunkt erreicht. Dann geht es bergab. Besonders eindrücklich zeigt sich das am Beispiel der heißesten Spac-Wette des Jahres: Der E-Auto-Hersteller Lucid ging im Februar über eine Fusion mit der Börsenhülle Churchill Capital

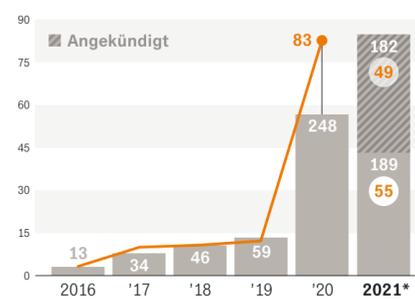
ma fusioniert. Die Folge: Im Jahr nach einer Fusion falle der Wert eines Spacs im Schnitt um ein Drittel.

Befürworter verweisen darauf, dass Spacs etwa den Prozess des Börsengangs für private Firmen beschleunigen und Anlegern Zugriff auf ansonsten nicht investierbare Tech-Firmen bieten. Doch Ohlrogge kritisiert Spac-Fusionen als „teuren und ineffizienten Prozess“. Sponsoren, Banken und IPO-Investoren zögen „viel Wert ab, auf Kosten der übrigen Anleger“. Denn die ausgereichten Optionsscheine verwässern zusammen mit den Gebühren für die Investmentbanken das Kapital, das eigentlich für die Fusion zur Verfügung stehen soll, erklärt er. Das Ausmaß der Verwässerung ist für viele Anleger jedoch oft nicht transparent. Daher kommt es rund um eine Spac-Fusion oft zu folgendem Kursmuster: Fusionsgerüchte lassen den Kurs der Spac-Aktie zunächst ansteigen – doch spätestens kurz nach dem Deal ist der Höhepunkt erreicht. Dann geht es bergab. Besonders eindrücklich zeigt sich das am Beispiel der heißesten Spac-Wette des Jahres: Der E-Auto-Hersteller Lucid ging im Februar über eine Fusion mit der Börsenhülle Churchill Capital

ma fusioniert. Die Folge: Im Jahr nach einer Fusion falle der Wert eines Spacs im Schnitt um ein Drittel.

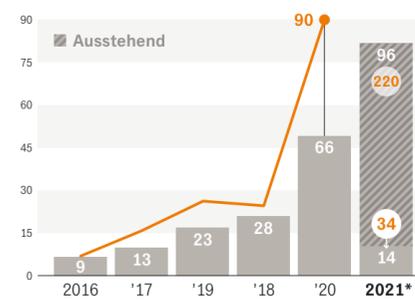
Das Milliardengeschäft

Zahl der Spac-Börsengänge und Deal-Volumen weltweit in Mrd. US-Dollar



HANDELSBLATT

Zahl der Spac-Fusionen und Deal-Volumen weltweit in Mrd. US-Dollar



*Jan./Februar • Quelle: Cowen

Spacs

Nicht jeder Deal ist interessant

Was Anleger bei Investments in börsennotierte Zweckgesellschaften beachten sollten.

Fast ein Jahr hat es gedauert, nun hat Milliardär und Star-Investor Bill Ackman seinen Deal: Seine Special Purchase Acquisition Company (Spac) Pershing Square hat ein Fusionsziel gefunden. Pershing Square will sich für vier Milliarden Dollar am Musiklabel Universal beteiligen. Allein: Der Musikverlag, bei dem Stars wie Taylor Swift oder Billie Eilish unter Vertrag sind, konnte bei den Anlegern von Pershing Square keine Euphorie auslösen. Die Pershing-Square-Aktie notiert rund fünf Prozent unter dem Preis vor der Ankündigung des Deals. Pershing Square ist ein Beispiel für die Ernüchterung, die bei vielen Spac-Investoren eingeleitet ist. Noch im Februar, auf dem Höhepunkt des Börsenhypes, war beinahe jeder Deal begleitet von starken Aktienkurssprüngen der Blankoscheck-Firmen. Viele Finanzprofis und Anlegerschutzler warnen jedoch davor, in der volatilen Phase rund um die Verkündung einer Spac-Fusion einzusteigen.

So sagt etwa Jella Benner-Heinacher von der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz: „Klar ist: Die Initiatoren gewinnen immer. Bei den Privatanlegern, die als Aktionäre einsteigen, ist das nicht so sicher.“ So zeigten aktuelle Studien, dass die hohen Kosten der Spacs meist nicht durch hohe Gewinne ausgeglichen werden. Auch weisen die Unternehmen über einen längeren Zeitraum oftmals eine negative Aktienkursperformance auf. Zudem beobachtet Anlegerschutzlerin Benner-Heinacher, dass „verstärkt Short-Seller bei US-amerikanischen Spacs einsteigen“, um auf fallende Kurse zu setzen. Daher rät sie, sich nicht von prominenten Namen blenden zu lassen. Anleger müsse klar sein, dass sie die „Katze im Sack“ kaufen.

Bis zur Bekanntgabe des Fusionskandidaten warten

Sie sollten auch „den Börsenprospekt genau lesen“ und insbesondere die mitunter komplexe Vergütung von Spac-Initiatoren studieren. Dabei kommt es vor allem auf den Zeitpunkt an, ab dem der Manager des Spacs seine eigenen Anteile auf den Markt werfen kann. Das kann große Auswirkungen auf den Preis haben.

Daher rät auch Mark Hawtin, Fondsmanager und Spac-Experte beim Schweizer Vermögensverwalter GAM, dazu, erst dann in einen Spac zu investieren, wenn die Fusion mit einer Firma abgeschlossen ist. Der Prozess, wenn die übernommene Firma in der Börsenhülle aufgeht, heißt in der Branche „De-Spac“. „Wir sind davon überzeugt, dass zahlreiche interessante De-Spac-Deals mit attraktiven Investitionsmöglichkeiten zu erwarten sind“, sagt Hawtin. „Unseres Erachtens ist es jedoch entscheidend, bis zur Identifizierung und Bekanntgabe des Fusionskandidaten oder sogar bis zum Abschluss der Transaktion zu warten.“

Erst dann hätten Anleger genügend Informationen, etwa Kennzahlen zu Umsatz und Gewinn, mit denen sich eine Aktie bewerten lasse. Mittelfristig sieht er jedoch Potenzial: „Tatsächlich könnten De-Spacs in den kommenden drei bis fünf Jahren neue Anlagemöglichkeiten für Anleger bieten.“ Die Anfangseuphorie dürfte dann verflogen sein, auch weil Hawtin erwartet, dass die Finanzaufsicht in den USA stärker in den Markt eingreift. Doch dann könnten unter den zahlreichen Börsenhüllen auch Technologie-Perlen zu finden sein, bei denen sich ein Einstieg lohne. Jakob Blume

Geldpolitik

EZB-Rat berät über Strategie

Nächste Woche trifft sich das Gremium zu einem dreitägigen Austausch.

Die Währungshüter der Europäischen Zentralbank (EZB) wollen in der kommenden Woche auf einem dreitägigen Treffen an einem Tagungsort in der Nähe von Frankfurt über die derzeit laufende Überprüfung ihrer Strategie beraten. Das bestätigten Vertreter aus Notenbankkreisen dem Handelsblatt. Zuvor hatte die Agentur Reuters darüber berichtet.

Bis September will die Notenbank ihre geldpolitische Strategie überarbeiten. Dabei geht es zum Beispiel um das künftige Inflationsziel. Aktuell strebt die EZB einen Wert von „unter, aber nahe zwei Prozent“ an. Im Rat gibt es aber bei vielen Vertretern den Wunsch, das Ziel auf glatt zwei Prozent umzuformulieren. Damit verbunden ist die Frage, inwieweit frühere Verfehlungen des Inflationsziels in späteren Jahren aufgeholt werden sollen.

Ein weiteres umstrittenes Thema ist, inwieweit die EZB künftig Klimarisiken bei ihren Anleihekäufen berücksichtigen soll.

EZB-Präsidentin Lagarde hat betont, dass die Notenbank unter ihrer Führung eine aktivere Rolle im Kampf gegen den Klimawandel übernehmen soll. Andere Vertreter wie Bundesbank-Präsident Jens Weidmann sehen dies kritischer. Auch die mögliche Einbeziehung von selbst genutztem Wohneigentum bei der Inflationsberechnung spielt eine Rolle. Über diesen Punkt besteht unter den Notenbankern weitgehend Einigkeit.

Neue Prognosen zur Inflation

Auf dem Treffen sollen keine Beschlüsse fallen. Neben dem Austausch geht es auch darum, den weiteren Prozess bis September festzulegen. Lagarde hatte bereits zu Beginn ihrer Amtszeit den EZB-Rat zu einem informellen Austausch in einem Hotel im Taunus eingeladen. In einer ungezwungenen Atmosphäre wollte sie damals Streitigkeiten im Rat über die Geldpolitik beilegen. Zuletzt waren solche Treffen wegen der Corona-Situation nicht möglich gewesen.

Vom Treffen berät der EZB-Rat am heutigen Donnerstag über seinen weiteren geldpolitischen Kurs. Im Mittelpunkt steht das künftige Tempo der Anleihekäufe. Die Notenbank hatte dieses im zweiten Quartal erhöht, um einem unerwünschten Anstieg der Anleiherenditen entgegenzutreten. Jetzt muss sie entscheiden, wie es in den nächsten Monaten weitergehen soll. Die meisten Analysten gehen davon aus, dass sie das höhere Kauftempo zunächst beibehalten wird. Außerdem legt die EZB neue Prognosen zur Inflations- und Wachstumsentwicklung im Euro-Raum vor, die mit Spannung erwartet werden. Zuletzt ist die Inflation im Euro-Raum im Mai laut einer ersten Schätzung auf zwei Prozent gestiegen. EZB-Präsidentin Lagarde hat mehrfach betont, dass sie den Inflationsanstieg in diesem Jahr für vorübergehend hält. In der öffentlichen Debatte spielen die Sorgen darüber aber eine große Rolle. Reuters, jam

Brüssel: Die EU-Kommission fordert Berlin auf, Stellung zu beziehen.



Getty Images News/Getty Images

Karlsruher EZB-Urteil

Brüssel geht gegen Deutschland vor

Die EU-Kommission hat am Mittwoch gegen Deutschland ein Verfahren wegen Verletzung von EU-Recht eingeleitet. Die wichtigsten Fragen und Antworten.

Wegen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zu den Anleihekäufen der Europäischen Zentralbank (EZB) vom vergangenen Jahr geht die EU-Kommission gegen Deutschland vor. Sie sieht darin eine Verletzung von EU-Recht, wie sie am Mittwoch erklärte. Die Karlsruher Richter hatten der EZB vorgeworfen, ihre Kompetenzen überschritten zu haben, und sich damit über ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) hinweggesetzt. Die wichtigsten Fragen zu dem Verfahren:

Wie geht die EU-Kommission gegen Deutschland vor?

Die Kommission hat am Mittwoch einen Brief an die Bundesregierung geschickt mit dem Vorwurf, dass das BVerfG in Karlsruhe gegen grundlegende Prinzipien des EU-Rechts verstoßen hat. Mit dem Brief ist Berlin aufgefordert, Stellung zu beziehen. Danach kann die EU-Kommission entscheiden, Klage vor dem EuGH gegen Deutschland zu erheben.

Worum ging es bei dem Urteil?

Gegenstand war ein älteres Anleihekaufprogramm der EZB, das sie 2015 aufgelegt hatte. Im Mai 2020 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass die EZB mit den Käufen ihre Kompetenzen überschritten habe. Es verlangte, dass die EZB die Verhältnismäßigkeit der Anleihekäufe aufzeigt. Damit setzen sich die Richter über eine vorherige Entscheidung des EuGH hinweg, der das Programm als rechtmäßig bewertet hatte. Die EuGH-Entscheidung sei „objektiv willkürlich“ und „methodisch nicht mehr vertretbar“. Das Urteil ist inzwischen umgesetzt. Die Bundes-

bank hat EZB-Dokumente an die Bundesregierung und den Bundestag weitergeleitet. Beide Institutionen attestierten daraufhin, dass die Anforderungen des BVerfG aus ihrer Sicht erfüllt seien. Diese Sicht hat Karlsruhe bestätigt.

Was ist das Problem dabei?

Das Problem ist nicht die Rechtsauffassung der Karlsruher Richter zum EZB-Programm. Das Problem ist, dass man in Karlsruhe die Rechtsprechung aus Luxemburg nicht akzeptieren wollte. Deutschland habe damit gegen die Grundsätze der Autonomie, des Vorrangs, der Wirksamkeit und der einheitlichen Anwendung des EU-Rechts verstoßen, erklärte die Kommission. Die harten Worte an die Adresse des EuGH verstärkten bei der EU-Kommission die Befürchtung, dass hier ein Präzedenzfall entsteht. „Dies könnte die Integrität des EU-Rechts bedrohen“, sagte ein Sprecher. Im Fokus ist neben dem BVerfG dabei insbesondere Polen, wie das Handelsblatt aus Kommissionen erfuhr. Zuletzt hatte der EuGH entschieden, dass der Braunkohletagebau Turów stillgelegt werden müsse, weil er das Grundwasser im Nachbarland Tschechien gefährde. Daraufhin sagte Regierungschef Mateusz Morawiecki, er werde keine Risiken eingehen, „nur weil irgendwer beim Gerichtshof diese oder jene Entscheidung getroffen hat“.

Welche Reaktion ist möglich?

Die EU-Kommission lässt das offen. Es sei Sache der deutschen Staatsorgane, zu denen auch das BVerfG gehört, die angemessene Antwort zur Behebung der Vertragsverletzung zu finden, heißt es. Der Verweis auf das Gericht könnte

bedeuten, dass man sich damit zufriedengibt, wenn Karlsruhe von sich aus erklärt, den EuGH nicht mehr infrage zu stellen. Passiert das nicht, müsste wohl der Bundestag klarstellen, welche Rolle der EuGH aus deutscher Sicht hat. Im Grundgesetz ist das bisher nicht deutlich definiert. Passiert auch das nicht, würde die Kommission vor den EuGH ziehen. Dieser kann eine Geldstrafe verhängen. Ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums sagte am Mittwoch lediglich, dass ein gutes Kooperationsverhältnis zwischen den Gerichten wichtig sei.

Welche Folgen hat das Verfahren für die EZB?

Unmittelbar keine. Da das Urteil aus dem vergangenen Jahr inzwischen umgesetzt und das Verfahren abgeschlossen ist, kann die EZB mit ihren Anleihekäufen fortfahren. Aber es gibt weiterhin Potenzial für rechtliche Konflikte.

Gibt es weitere Klagen?

Ja, diese richten sich gegen das in der Corona-Pandemie aufgelegte neue Anleihekaufprogramm mit dem Kürzel PEPP. Geklagt hat eine Gruppe von Finanzwissenschaftler Markus Kerber. Zudem hat die AfD-Bundestagsfraktion Organklage eingereicht. Das PEPP-Programm hatte die EZB im März 2020 aufgelegt, um die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise abzumildern. Anders als beim älteren Anleihekaufprogramm hat sich die EZB hier mehr Flexibilität vorbehalten. So kann sie auch von Prinzipien wie der Bindung der Käufe an den EZB-Kapitalschlüssel vorübergehend abweichen. In der Vergangenheit hatte das BVerfG die Bedeutung dieser Prinzipien betont. Christoph Herwartz, Jan Mallien

Trade-Republic-Mitgründer Christian Hecker

„Der Konkurrent ist das Sparschwein“

Der Neobroker Scalable Capital ist zum Einhorn aufgestiegen. Der Wettbewerber Trade Republic sieht das aber gelassen.

Hierzulande jagt eine große Finanzierungsrunde die nächste. Häufig sind es junge Finanztechnologiefirmen, die hohe Summen von Investoren erhalten: Ende Mai sammelte der Berliner Neobroker Trade Republic 900 Millionen Dollar (740 Millionen Euro) ein und ist mit einer Bewertung von fünf Milliarden Dollar Deutschlands wertvollstes Fintech.

Diese Woche hat nun der Konkurrent Scalable Capital 180 Millionen Dollar bekommen und ist damit zum Einhorn aufgestiegen. So werden Start-ups mit einer Bewertung über eine Milliarde Dollar genannt. Der Münchener Neobroker und digitale Vermögensverwalter wird nach der jüngsten Finanzierungsrunde mit 1,4 Milliarden Dollar bewertet.

Auf den Wettbewerber blickt Trade-Republic-Mitgründer Christian Hecker allerdings gelassen: „Der einzige wahre Konkurrent ist das Sparschwein“, sagte er im Handelsblatt-Podcast. Zwar haben viele Menschen im Jahr der Corona-Pandemie ihr Interesse für die Börse entdeckt. Etwa die Hälfte der über eine Million Trade-Republic-Kunden hat davor noch nie am Kapitalmarkt investiert. Doch ein Großteil der Bundesbürger macht das auch weiterhin nicht: Dem Deutschen Aktieninstitut zufolge ist die Zahl der Menschen, die in Aktien oder Aktienfonds investieren, 2020 auf 12,4 Millionen gestiegen. Das sind aber weiterhin nur 17,5 Prozent der Bevölkerung über 14 Jahren. „Wenn sich das ändert, ist Platz für fünf bis acht große Spieler im Brokerage-Markt in Europa“, ist Hecker überzeugt.

Neobroker wie Trade Republic haben eine Umwälzung im Wertpapiergeschäft mit Privatkunden eingeleitet. Mit seiner intuitiven Smartphone-App erleichtert Trade Republic vielen Menschen den Zugang zur Börse. „Die Leute schätzen die Einfachheit. Da haben



Trade-Republic

wir einen ganz klaren Fokus vor Augen“, sagt Hecker in Abgrenzung zu den etablierten Online-Brokern.

Im Vergleich zu anderen Neobrokern sieht Hecker bei dem 2015 gestarteten Unternehmen ebenfalls Vorteile: „Wir haben in einem Berliner Hinterhof die gesamte IT-Infrastruktur selbst aufgebaut und uns um eine Banklizenz beworben. Anders als eigentlich jeder unserer Konkurrenten im Start-up-Bereich sind wir nicht abhängig von einer Drittbank.“ Bei Trade Republic komme man wahre Innovation und nicht einen frischen Anstrich für ein etabliertes Angebot.

Das Geld aus der Finanzierungsrunde will Trade Republic sowohl in den Ausbau der Produktpalette als auch in die Auslandsexpansion stecken. Hecker hat dabei zunächst Märkte wie Spanien und Italien im Blick, will aber auch in anderen Ländern der Euro-

Trade-Republic-Mitgründer Hecker: „Wir sind nicht abhängig von einer Drittbank.“

Zone nach und nach starten. „In fünf Jahren soll Trade Republic in ganz Europa vertreten sein und die erste Anlaufstelle sein, wenn es darum geht, einen Teil des Gehalts jeden Monat zu sparen und am Kapitalmarkt zu investieren“, sagt Hecker. Ihm geht es vor allem darum, eine „echte Alternative für die Altersvorsorge aufzubauen“. Etwa 80 Prozent der Kunden haben einen regelmäßigen Sparplan angelegt.

Nicht wie Robinhood

Hier sieht Hecker auch einen Unterschied zur US-Trading-App Robinhood, die Vorbild für die Neobroker hierzulande ist und derzeit ihren Börsengang vorbereitet. Viele Amerikaner investieren schon über ihren Arbeitgeber langfristig am Kapitalmarkt. Smartphone-Apps wie Robinhood werden daher von manchen Anlegern Hecker zufolge zum Zocken genutzt.

Cum-Ex-Skandal

Gericht erlässt Haftbefehl gegen Schweizer Banker

Der angeklagte frühere Kundenberater der Schweizer Bank J. Safra Sarasin will sich doch nicht der deutschen Justiz stellen.

Lange sah es so aus, als wolle ein Schweizer Banker sich seinem Strafverfahren in Deutschland stellen. Die Staatsanwaltschaft warf dem früheren Kundenberater der Schweizer Bank J. Safra Sarasin vor, sich in zahlreichen Fällen der schweren Steuerhinterziehung und des gewerbsmäßigen Bandenbetrugs schuldig gemacht zu haben. Potenzieller Schaden: 461 Millionen Euro. Doch dann erklärte der Angeklagte plötzlich, nicht zum Prozess erscheinen zu wollen. Er sei unschuldig und werde in seiner Schweizer Heimat bleiben.

Nun reagierte das Landgericht Bonn. Die zuständige 13. Große Strafkammer hob die Termine für die Hauptverhandlung jetzt auf, die eigentlich am 14. Juni dieses Jahres starten sollte. Außerdem erließ das Gericht einen Haftbefehl gegen den Banker, der nun in Deutschland nicht mehr greifbar ist. De facto entzieht sich der Banker der deutschen Justiz.

Daran ändert auch die Erklärung seiner Verteidiger nichts. Sie hatten dem Gericht mitgeteilt, dass der Entschluss ihres Mandanten, als Schweizer Staatsbürger nicht aktiv an dem Strafverfahren teilzunehmen, keine Fluchtgefahr begründe.

Als Kundenberater der Bank Sarasin hat der Angeklagte einige Jahre Cum-Ex-Fonds an vermögende Kunden in Deutschland verkauft, darunter der langjährige AWD-Chef Carsten Maschmeyer und Drogerieunternehmer Erwin Müller. Die exorbitante Rendite stimmte im Endeffekt aus der deutschen Steuerkasse. Die Fonds kalkulierten mit der Erstattung von Kapitalertragsteuern an Aktiengeschäften mit (cum) und ohne (ex) Dividende, die nicht an den Staat abgeführt worden waren.

In mehreren Vernehmungen durch die Staatsanwaltschaft Köln hatte sich der Angeklagte noch kooperativ gezeigt und auch tatsächlich einiges zur Aufklä-



Eu/Getty Images

rung des Sachverhalts beigetragen. Für diesen Beitrag hätte er vermutlich mit einer deutlichen Strafmilderung rechnen können.

Das zeigen die beiden bisherigen Strafurteile in Sachen Cum-Ex: Zwei britische Börsenhändler wurden wegen ihrer Aufklärungshilfe nur zu Bewäh-

Justitia: De facto entzieht sich der angeklagte Banker der deutschen Justiz.

rungsstrafen verurteilt. Der ehemalige Generalbevollmächtigte der M.M. Warburg Bank soll dagegen für fünf Jahre und sechs Monate in Haft. Er war wenig kooperativ.

Der aktuelle Haftbefehl richtet sich nun gegen einen Schweizer Staatsbürger. Insofern ist offen, ob es zu einer Auslieferung kommt. Steuerhinterziehung ist in der Schweiz grundsätzlich kein Auslieferungsgrund, gewerbsmäßiger Bandenbetrug dagegen schon. Es kommt darauf an, wie die Schweizer Justiz die Sache beurteilt.

Eine ähnliche Konstellation gibt es bereits im Fall des Steueranwalts Hanno Berger. Auch Berger ist wegen schwerer Steuerhinterziehung und gewerbsmäßigen Betrugs angeklagt, auch gegen ihn wurden Haftbefehle erwirkt. Berger lebt seit vielen Jahren im Schweizer Exil – bislang gelang es der deutschen Justiz nicht, ihn auszuliefern zu lassen. Volker Votsmeier

Catrin Bialek, Ulf Sommer
Düsseldorf

Drei Euro je Aktie und insgesamt knapp eine halbe Milliarde Euro hat die RTL Group vor gut einem Monat ihren Aktionären überwiesen. Kein anderer Titel aus dem Nebenwerte-Index SDax kommt auf eine so hohe Summe. Wer die Aktie hält, fährt mit ihr auf dem aktuellen Kursniveau eine stattliche Dividendenrendite von 6,1 Prozent ein. Das schafft im Dax niemand.

Hinzu kommen bei RTL noch 60 Prozent Kursplus in den vergangenen zwölf Monaten. Damit ist die Aktie aber noch immer 50 Prozent von ihrem vor sieben Jahren erreichten Allzeithoch in Höhe von 99,60 Euro entfernt. Ausgereizt ist der Medientitel also offenbar noch nicht. Doch die Aktie ist nichts für schwache Nerven. Neben steigenden Gewinn- und Ausschüttungserwartungen gibt es auch ein nicht zu verachtendes Risiko.



Bernd Reichart: Der Deutschlandchef von RTL will die Zwei-Millionen-Abonnen-ten-Marke knacken.

Die RTL Group hat im Coronajahr 2020 ordentlich gelitten: der Umsatz sank gegenüber dem Vorjahr um 9,5 Prozent auf sechs Milliarden Euro. Der Gewinn brach um 35 Prozent auf 492 Millionen Euro ein. Das hat Gründe – und die reichen weiter zurück, als es die sinkenden Einnahmen wegen der Corona-Folgen vermuten lassen. 43,8 Prozent seines Umsatzes erzielte RTL mit der klassischen TV-Werbung. Es ist der größte Teil – und gleichzeitig der schwierigste. Denn mit den Verschieben der Sehgewohnheiten vieler Nutzer in Richtung Streaming schwindet auch das Interesse der Werbeindustrie an dieser Werbeform. Nach Angaben des Zentralverbands der deutschen Werbewirtschaft sanken die Netto-Werbeinnahmen im linearen Fernsehen 2020 deutschlandweit um 8,8 Prozent auf vier Milliarden Euro. Ein Trend, der sich nach Ansicht von Branchenexperten weiter verstärken wird.

Mehr noch: Die historischen Wurzeln des Unternehmens, das Radiogeschäft, spielen inzwischen eine marginale Rolle. Der Umsatzanteil liegt nur noch bei 3,5 Prozent. Das Geschäft ist – ebenso wie das klassische Fernsehen – rückläufig. Aber die RTL Group behauptet sich: Im ersten Quartal stieg der organische Umsatz gegenüber dem Vorjahr um knapp vier Prozent. Analyst Daniel Kerven von der US-Bank JP Morgan attestierte dem Medienkonzern ein starkes erstes Quartal und be-



RTL-Sendezentrum: Die Mediengruppe hat im Coronajahr 2020 stark gelitten.

Aktie unter der Lupe: RTL

Ein Risiko und sieben Chancen

Neue Inhalte, Fusionspekulationen und eine Großaktionärsstrategie entfachen Kurs- und Dividendenfantasie. Die RTL-Aktie ist ein Geheimtipp, aber nichts für schwache Nerven.

ließ seine Einschätzung auf „Übergewichten“ mit einem Kursziel von 80 Euro. Zumindest daran gemessen eröffnet sich weiteres Kurspotenzial von 65 Prozent. Allein mit dem klassischen Fernseh- und Radiogeschäft werden deutlich höhere Kurse kaum zu schaffen sein. Doch die RTL Group macht sich weniger abhängig von den schrumpfenden Werbeinnahmen.

■ Kurs-Chance 1: Streaming

Das große Wachstumsfeld heißt Streaming. Das Unternehmen will damit 500 Millionen Euro im Jahr 2025 umsetzen. Früher strahlte der Konzern, zu dem neben RTL auch Sender wie Vox und N-TV gehören, die Programme im linearen Fernsehen oder im

klassischen Radio aus und erzielte die Einnahmen vor allem über die Buchung von Werbeplätzen. Die Rechnung war einfach: je höher die Reichweite eines Formats, desto höher der Werbepreis.

Das ist vorbei, seitdem sich der Medienkonsum zunehmend ins Internet verlagert und Streaming-Dienste wie Netflix boomen. Der Konzern baut deshalb eigene Streaming-Plattformen auf. Die wichtigste Kennziffer ist die Höhe der Reichweite. TV Now, der hauseigene Streaming-Dienst von RTL, zählt 1,7 Millionen zahlende Abonnenten, doppelt so viele wie vor einem Jahr. Dabei profitiert TV Now von der Partnerschaft mit der Deutschen Telekom, die TV Now Premium

zusammen mit ihrem Angebot Magenta TV anbietet. Das von RTL-Deutschlandchef Bernd Reichart ausgegebene Ziel, bis Herbst die Zwei-Millionen-Abonnen-ten-Marke zu knacken, rückt näher.

■ Kurs-Chance 2: Inhalte

Ein Fünftel der Einnahmen erzielt RTL mit der Produktion von Inhalten. Die Tochter Fremantle produziert nicht nur Filme und Serien für die eigenen Sender und den eigenen Streaming-Dienst TV Now, sondern beliefert auch konkurrierende Plattformen wie Netflix oder Amazon Prime Video. In diesem Bereich will RTL stark wachsen. Der Optimismus ist begründet: Da die Zahl der Plattformen steigt, wächst

auch der Hunger nach Inhalten. Eine komfortable Situation für Fremantle.

■ **Kurs-Chance 3: Digitalwerbung**
Mit seinen digitalen Erlösen erreicht die RTL Group einen Umsatzanteil von 17,5 Prozent. Dahinter verbergen sich zahlreiche Einnahmequellen: Digitalwerbung, wie Displaywerbung, Erlöse von Abos der beiden Streaming-Dienste TV Now und Videoland (Niederlande) oder auch Umsätze der Werbetechnologieanbieter SpotX und Smartclip. Eines der Wachstumsfelder heißt Addressable TV – also auf den Nutzer zugeschnittene TV-Werbung. Ziel ist es, mit dieser Art von TV-Werbung in Deutschland im Jahr 2025 rund 200 Millionen Euro einzunehmen.

■ Kurs-Chance 4: Plattformen

Ein Umsatzanteil von 6,7 Prozent geht auf Einnahmen von Plattformen zurück. Dahinter verbergen sich Zahlungen von Kabelnetzbetreibern, Satellitenfirmen und Anbietern von Internet-TV-Diensten. Dabei geht es um die Verbreitung des Sendesignals der großen Free-TV-Sender in HD-Qualität oder etwa für digitale Pay-TV-Kanäle wie RTL Crime oder RTL Living oder aber für Streaming-Dienste wie TV Now. Dieser Bereich wuchs im vergangenen Jahr um neun Prozent.

■ Kurs-Chance 5: Großaktionär

Mehrheitseigner Bertelsmann hält 76,28 Prozent aller RTL-Aktien und hat damit das Sagen. Die Strategie des Medienkonzerns, der mit einem Jahresumsatz von 17 Milliarden Euro zu den größten weltweit zählt, ist unmissverständlich: Die Töchter müssen das Potenzial haben, nationale Media-Champions zu sein.

Ist das nicht der Fall, werden Alternativen gesucht. So machte RTL in Frankreich die Erfahrung, mit der Sendergruppe M6 keine Vorreiterrolle einnehmen zu können. Eine Lösung ist in

3,5

Prozent beträgt der Umsatzanteil des RTL-Radiogeschäfts. Die historischen Wurzeln des Unternehmens spielen damit nur noch eine marginale Rolle.
Quelle: RTL

RTL Group

Prozentuale Veränderung seit 9.6.2020



Kennzahlen

Umsatz	6.017 Mio. € ¹
Börsenwert	7.536 Mio. € ²
Nettoergebnis	492 Mio. € ¹
Dividendenrendite	7,6 %
Eigenkapitalrendite	14,1 %
Ergebnis je Aktie	3,20 €
	Dez. 2020
	3,69 € ³
	Dez. 2021
	3,98 € ³
Kurs-Gewinn-Verhältnis	13,2 ³
Kurs am 9.6.2020 (16:30 Uhr)	48,58 €
Hoch/Tief (52 Wochen)	52,00/26,98 €
ISIN	LU0061462528
Hauptversammlung	2022
Homepage	www.rtl-group.com

1) Geschäftsjahr zum 31.12.2020; 2) am 9.6.2021; 3) IBES-Prognose
HANDELSBLATT Quellen: Bloomberg, Thomson Reuters, Unternehmen, IBES

Sicht. Die RTL-Tochter M6 will mit der französischen Gruppe TFI fusionieren und so einen nationalen Media-Champion bilden. Die Unternehmen locken mit einer starken Wertschöpfung für die Aktionäre: Die geplante Fusion erlaube die Hebung jährlicher Synergien in Form eines höheren Gewinns vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen (Ebita) von 250 bis 350 Millionen Euro innerhalb der ersten drei Jahre nach Abschluss der Transaktion, heißt es aus Konzernkreisen.

■ Kurs-Chance 6: Dividende

Ende April hat die RTL Group den Verkauf des US-amerikanischen Ad-Tech-Unternehmens SpotX an Magnite abgeschlossen. Im Rahmen der Transaktion erhielt RTL umgerechnet gut eine halbe Milliarde Euro in bar und 12,37 Millionen Magnite-Aktien. Daraus ergibt sich ein Unternehmenswert für SpotX von knapp einer Milliarde Euro.

Bei Investoren entfacht dies Hoffnungen auf eine zusätzliche Dividende. Dazu sagt RTL: „Unsere Dividende sieht eine Ausschüttungsquote von mindestens 80 Prozent des bereinigten Nettogewinns vor. Die Aktionäre profitieren damit auch von Cash-relevanten Veräußerungsgewinnen.“

Dazu muss man wissen: Analysten rechnen im Schnitt damit, dass RTL im laufenden Jahr den Nettogewinn um knapp 20 Prozent auf 580 Millionen Euro erhöhen wird. Allein daraus errechnet sich anhand der firmeneigenen Dividendenpolitik eine mindestens stabile Ausschüttung von drei Euro im kommenden Frühjahr. Allein aus der Cash-Komponente des SpotX-Verkaufs in Höhe von 640 Millionen Dollar „ergibt sich damit eine zusätzliche Dividende von mehr als 1,00 Euro pro Aktie“, sagte ein Konzernsprecher dem Handelsblatt: „Je nachdem, wann und zu welchem Kurs wir auch im laufenden Jahr die Magnite-Aktien verkaufen, könnte sich eine zusätzliche Dividende (aus Cash-Komponente und Aktienanteil) von insgesamt knapp 3,00 Euro pro Aktie ergeben.“

■ Kurs-Chance 7: Fusion

RTL- und Bertelsmann-Chef Thomas Rabe hatte im Spätwinter signalisiert, er könne sich bei einem Einlenken der Regulierungsbehörden eine Übernahme des Münchener Rivalen Pro Sieben Sat.1 vorstellen. Bereits heute arbeiten die beiden TV-Konzerne bei der Vermarktung ihrer Werbeplätze zusammen. Die beiden Unternehmen haben 2019 das Joint Venture D-Force gegründet, dessen Spezialität Addressable TV ist, das heißt individuell adressierbare Werbung für den Zuschauer. Mehr noch: Die RTL-Mutter Bertelsmann überprüft derzeit, wie die Mediengruppe RTL Deutschland und das Hamburger Verlagshaus Gruner + Jahr enger zusammenarbeiten können. Dabei ist ebenfalls von einer möglichen Fusion die Rede.

Als starker Befürworter gilt Stephan Schäfer, der neue Vorstandschef von Gruner + Jahr, der in Personalunion Inhaltechef der Mediengruppe RTL Deutschland ist. Bereits heute arbeiten die beiden Unternehmen sowohl bei der Vermarktung der Werbeplätze als auch bei der Nutzung der Inhalte eng zusammen. Die Sichtweise der Finanzmärkte ist eindeutig: Je mehr Zusammenarbeit es gibt, desto mehr Synergien und damit niedrigere Kosten gibt es – und am Ende höhere Gewinne.

Apple-Logo: Bisher müssen Geldhäuser sich mit dem Konzern auf eine Nutzung des Zahlungsdienstes einigen.



„Lex Apple Pay“

Bundestag will die Macht von Apple Pay brechen

Der Tech-Konzern soll gezwungen werden, seine Datenschnittstelle für Zahlungen per iPhone zu öffnen.

Der Bundestag will die Macht des Tech-Konzerns Apple im Zahlungsverkehr beschneiden. Der Finanzausschuss stimmte am Mittwoch für eine Gesetzesänderung, mit der Apple schärfer reguliert werden soll. Am Donnerstagabend folgt die Abstimmung im Bundestag. Es ist der zweite Anlauf, das US-Unternehmen dazu zu zwingen, die sogenannte NFC-Schnittstelle für das Bezahlen per iPhone generell für andere Anbieter zu öffnen. Bisher müssen Geldhäuser sich mit Apple auf eine Nutzung des Zahlendienstes Apple Pay einigen. Konkret geht es um eine erneute Anpassung des Zahlungsdienstaufsichtsgesetzes (ZAG).

Der erste Versuch, Apple zur Freigabe der NFC-Schnittstelle zu bewegen, hatte Ende 2019 zwar hohe Wellen geschlagen und zu scharfer Kritik von Apple geführt. Sie blieb aber mit Blick auf Apples Datenschnittstelle folgenlos. Im Fachjargon wurde die ZAG-Änderung, die auch für andere Tech-Konzerne und Infrastrukturdienstleister gilt, „Lex Apple Pay“ genannt. NFC steht für Near Field Communication. Laut der im Finanzausschuss beschlossenen Neuregelung sollen Infrastrukturanbieter nun verpflichtet werden, „standardisierte“ statt nur „angemessene“ Schnittstellen zur Verfügung zu stellen. Zudem soll das Entgelt die „tatsächlichen Kosten“ nicht übersteigen, was die Gebühren, die Apple vereinnahmt, drücken könnte.

Bislang können Infrastrukturanbieter die Öffnung ihrer Schnittstellen mit der Begründung ablehnen, dass sie Sicherheit und Integrität ihrer Dienstleistung als gefährdet sehen. Künftig könnten Banken, die auf die Öffnung pochen, die Ablehnung durch einen Sachverständigen prüfen lassen. Die Prüfer müssen durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik anerkannte Sachverständige sein.

Ob die Gesetzesänderung, die per März 2022 greifen soll, Apples Macht an der Schnittstelle tatsächlich aufbricht, wird sich allerdings erst zeigen, wenn Banken auf die leichtere Öffnung beharren – und womöglich letztlich klagen. Sepp Müller (CDU), Berichterstatter für Geldwäschebekämpfung und Bankenregulierung im Finanzausschuss, betrachtet die geplante Gesetzesänderung gleichwohl als „einen wichtigen Schritt voran“. „Wir wollen eine Marktbeherrschung durch einzelne Unternehmen nicht zulassen“, sagte er dem Handelsblatt.

Apple äußerte sich nicht zu der geplanten Gesetzesänderung. Der Konzern sieht die Freigabe der Schnittstelle als Sicherheitsrisiko und den Datenschutz dadurch als gefährdet. Der Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) begrüßte die Entscheidung im Finanzausschuss. „Mit dem Beschluss des Bundestags wäre der Weg zu fairen Bedingungen im Wettbewerb um die Kundenschnittstelle deutlich gezeichnet“, so BVR-Vorstand Andreas Martin.

Apple Pay ist 2014 in den USA gestartet und Ende 2018 in Deutschland. Die Datenübertragung an den Kassenterminals läuft per NFC-Technik, die auch für kontaktlose Kartenzahlungen genutzt wird. Das ist auch bei Google Pay der Fall, für Android-Geräte ist die NFC-Schnittstelle aber frei. Das Bezahlen per Smartphone steht in Deutschland allerdings noch ganz am Anfang. Elisabeth Atzler

“

Wir wollen eine Marktbeherrschung einzelner Unternehmen nicht zulassen

Sepp Müller
Mitglied des
Finanzausschusses

REUTERS

Aktienmarkt

Reddit-Rally erreicht Deutschland

Erst 700 Prozent plus binnen weniger Tage, dann wieder ein sattes Minus: Kleinanleger lassen den Kurs des Online-Babyausstatters Windeln.de mächtig schwanken. Zwei Treiber von typischen Reddit-Aktien fehlen aber.

Andreas Neuhaus Düsseldorf

Kauf weiter ein, Freunde“, beschwört ein deutscher User im Internetforum Reddit seine Mitstreiter. „Es ist nur eine Frage der Zeit, bis es richtig abgeht.“ Dabei meint er die Aktie von Windeln.de, dessen Kurs die Privatanleger in den zweistelligen Bereich treiben wollen.

Vor wenigen Tagen waren die Titel des Online-Babyausstatters noch ein Pennystock – eine Aktie, die weniger als einen Euro wert ist. Doch innerhalb von einer Woche stiegen die Papiere von 86 Cent auf in der Spitze 7,04 Euro. Ein Plus von zeitweise mehr als 700 Prozent. Auch andere, vermeintlich günstige deutsche Aktien legten zu: Die Titel von Adler Modemärkte stiegen seit Freitag von 85 Cent in der Spitze auf knapp zwei Euro, die Aktie der insolventen Fluggesellschaft Air Berlin zog mehr als 200 Prozent an.

Am Mittwoch schien der Hype um Windeln.de allerdings abzuebben: Am Nachmittag lag die Aktie rund zehn Prozent im Minus bei unter fünf Euro. Doch die deutschen Reddit-Trader feuerten sich weiter an dranzubleiben – mit Nachrichten wie: „Bleibt drin und kauft nach. Schreibt euren Leuten!“

Ähnlich wie beim US-Videospielhändler Gamestop oder der Kinokette AMC haben Privatanleger die Rally von Windeln.de ausgelöst. Sie tauschen sich in Internetforen wie Reddit aus und ermuntern sich gegenseitig zu Käufen. Abzulesen ist der Einfluss der Kleinanleger am Handelsvolumen auf der bei privaten Investoren beliebten Handelsplattform TradeGate: Während in der vergangenen Woche täglich maximal 61.000 Aktien von Windeln.de gehandelt wurden, waren es am Dienstag elf Millionen Stück.

Unklares Ziel der Reddit-Trader

Auch am Mittwoch war das Handelsvolumen vergleichsweise hoch, lag allerdings deutlich unter den Zahlen des Vortags: Am Nachmittag hatten knapp drei Millionen Titel den Besitzer gewechselt. Auf der außerbörslichen Handelsplattform Lang & Schwarz lag Windeln.de am auf Platz vier der umsatzstärksten Aktien. Der Kurs schwankte dabei zwischen einem Plus von 26 Prozent und einem Minus von 17 Prozent.

Unklar ist, auf welches Ziel die deutschen Reddit-Trader bei Windeln.de hinarbeiten. In den USA versuchen die Trader mit konzentrierten Käufen von Aktien wie Gamestop, AMC oder Clover, die dort investierten Shortseller unter Druck zu setzen. Shortseller werten auf fallende Kurse, steigen die Kurse, drohen ihnen hohe Verluste, und sie müssen in den steigenden Markt ihre Wetten beenden. Dadurch steigen die Kurse weiter – ein sogenannter Short Squeeze. Auf einen solchen arbeiten die Reddit-Trader unter anderem bei Gamestop, AMC und Clover hin. Bei Windeln.de fehlt diese Dimension, die Kursfantasien zulässt. In Deutschland müssen Short-Wetten ab einer gewissen Größe offiziell gemeldet werden. Dem Bundesanzeiger zu-



Aktiengeschäfte mit Windeln.de: Fundamentale Gründe für die laufende Rally von Windeln.de gibt es keine.

Windeln.de: Privatanleger sorgen für Kursauschläge



folge gibt es bei Windeln.de aber keine nennenswerten Spekulationen.

Auch ein zweiter Treiber der Reddit-Aktien in den USA fällt im Fall von Windeln.de weg: der massive Kauf von gehebelten Optionen. Darüber war beispielsweise der Kurs von Clover am Dienstag um 85 Prozent in die Höhe getrieben worden. An der Börse Stuttgart sind dagegen keine Hebelprodukte auf Windeln.de handelbar.

Auch fundamentale Gründe für die laufende Rally von Windeln.de gibt es keine. „Aus operativer Sicht gibt es keine Erklärung“, sagte Windeln.de-Chef Matthias Peuckert der Nachrichtenagentur Reuters. Zwar verwies er auf den Kauf von Reddit auf die Nachricht aus China, dass es dort nun eine „Drei-Kind-Politik“ geben wird. Da China der Hauptmarkt für den Versandhändler ist, so die Überlegung, bedeutet das eine massive Steigerung für das Geschäft von Windeln.de. Doch Olaf Stotz, Professor für Asset-Management an der Privatuniversität Frankfurt School of Finance, sieht hier eine „klassische Simplifizierung“. Die Argumentationskette, dass sich die geänderte chinesische Politik direkt positiv auf das Unternehmen auswirke, blende „alle komplexen Probleme und Risiken aus“.

Skeptische Kommentare

Wie verwunderlich die Rally ist, zeigt die Analyse des Researchhauses Montega von Ende Mai über Windeln.de. Demnach plant der Vorstand eine Kapitalerhöhung, was die Montega-Experten auch für zwingend notwendig erachten, weil der aktuelle Cashbestand nicht ausreichend Spielraum liefere. Im ersten Quartal waren die Erlöse leicht rückläufig gewesen und hatten bei 14,6 Millionen Euro gelegen. Das Unternehmen hat bislang ausschließlich rote Zahlen geschrieben. Ihr Kursziel erhöhten die Montega-Experten zwar von zuvor 1,40 auf 1,60 Euro. Gleichzeitig schrieben die Analysten aber: „Unsere Prognosen lassen wir aufgrund der knappen Kapitalausstattung sowie des noch fehlenden Proof-of-Concepts (Meilensteine in der Projektentwicklung) der neuen Vertriebskanäle unverändert.“

Beobachter vermuten deshalb, dass es sich bei Windeln.de um eine sogenannte „Pump and Dump“-Aktion handelt. Dafür sprechen laut Stotz die kurzfristigen, starken Kursprünge. Dabei kaufen professionelle Daytrader zu einem günstigen Kurs markttenge Aktien und treiben diese anschließend durch lancierte Nachrichten oder koordinierte Käufe gezielt nach oben, um dann die entsprechenden Aktien mit Gewinnen abzustoßen.

Auf Reddit wurden die Durchhalteparolen der User am Mittwoch zunehmend kritisch begleitet, mit Kommentaren wie: „Alles nur Gerede zum Pushen.“ Auch vonseiten der Reddit-Trader aus den USA gab es neben viel Zuspruch skeptische Kommentare. „Das ist ein Pump and Dump“, warnte ein User. Und ein anderer ergänzte mit Blick auf eine Kaufempfehlung wegen eines möglichen Short Squeeze: „Definitiv Betrug! Da würde ich keinen Cent investieren.“



Immobilienmarkt: Eine der wichtigsten Kennzahlen zur Bewertung der „Corona-Schäden“ ist die Vermietungsquote.

Offene Immobilienfonds

Renditen gesunken, Beliebtheit ungebrochen

Die Fonds sind vor allem in Büro- und Einzelhandelsimmobilien investiert. Das bereitet Probleme – doch es gibt auch Lichtblicke.

Die deutschen Anleger lieben offene Immobilienfonds: 2020 belief sich das Volumen dieser Finanzprodukte auf insgesamt 117 Milliarden Euro. Die Anlagensumme stieg damit – trotz Corona – im Vergleich zum Vorjahr um sieben Prozent.

Doch die Liebe zahlt sich nicht (immer) aus: Zwar betrug die Rendite offener Immobilienfonds nach Hochrechnungen der Ratingagentur Scope 2020 im Schnitt 2,1 Prozent. Doch das Spektrum reichte von minus 1,0 Prozent bis zu plus 5,1 Prozent. Ein Jahr zuvor hatten die Investoren noch durchschnittlich 3,2 Prozent Rendite erhalten. Und in diesem Jahr müssen sich die meisten Investoren wohl auf noch geringere Erträge einstellen: Auf Jahressicht erwartet Scope eine durchschnittliche Rendite von lediglich rund 1,5 Prozent. „Das ist aber immer noch ein höherer Ertrag, als viele andere Alternativen bieten“, betont Scope-Analystin Sonja Knorr.

Aber nicht nur die Performance, auch die durchschnittliche Ausschüttungsrendite hat sich verringert: Wurden im Jahr 2016 noch durchschnittlich 2,4 Prozent ausgeschüttet, waren es 2020 nur noch 1,7 Prozent. Bezogen auf den Ausschüttungsbetrag ist die Ausschüttung gesunken, von 1,53 Euro im Jahr 2016 auf 0,94 Euro.

Am großzügigsten den Anlegern gegenüber zeigte sich von den analysierten Immobilienfonds der „Uninstitutional German Real Estate“. Er wies mit 2,9 Prozent 2020 die höchste Ausschüttungsrendite auf. Die größte positive Veränderung weist der „Wertgrund WohnSelect D“ auf. Dieser Fonds hat 0,6 Prozentpunkte für das letzte Geschäftsjahr mehr ausgeschüttet als im Jahr zuvor. Somit konnte die letzte Ausschüttung des Fonds auf 1,1 Prozent erhöht werden.

Die größte negative Veränderung hat der „UBS (D) Euroinvest Immobilien“ zu verzeichnen. Dieser Fonds hat laut dem letzten Jahresbericht keine Ausschüttung getätigt. Im Jahr zuvor hatte er noch 2,0 Prozent gezahlt. 2021 ist laut Analystin Knorr ein weiterer Rückgang der Auszahlungen zu erwarten, wenngleich die Fondsmanager weitgehend versuchen dürften, ihre Ausschüttungsrenditen konstant zu halten oder nur leicht zu senken. „Aber

Fonds	Sinkende Renditen		Rating- veränderung am 09.06.2021
	Ausschüttungsrenditen bei offenen Immobilienfonds in Prozent	Scope Rating aktuell ³	
Uninstitutional German R. E.	2,9 %	a	Stabil
Uninstitutional European R. E.	2,6 %	a	Stabil
Leading Cities Invest	2,5 %	a+	Stabil
Fokus Wohnen Deutschland	2,3 %	a+	Stabil
Grundbesitz global RC	2,2 %	a-	Stabil
Unilmmo: Deutschland	2,2 %	a	Downgrade
Deka-ImmobilienEuropa	2,1 %	a+	Stabil
Westinvest InterSelect	2,1 %	a	Downgrade
Grundbesitz Europa	1,9 %	bbb+	Downgrade
Unilmmo: Europa	1,8 %	bbb+	Downgrade

HANDELSBLATT • 1) Europ. Real Estate Living & Working; 2) US-Dollar-Fonds; 3) Aktuelles Rating Stand: 31.05.2021 (AIF) Quelle: Scope Analysis

es zeigen sich ganz klar die Folgen von Corona“, sagt Knorr. Durch niedrigere Mieteinnahmen seien die Cashflows gesunken, das schlage sich eben auch in den Auszahlungen nieder. Viele Anleger zeigten in Anbetracht der Pandemie und deren Auswirkungen auf die Immobilienmärkte aber Verständnis für geringere Ausschüttungen. Dass nicht noch deutlichere Absenkungen zu erwarten seien, wertet sie als Zeichen für die Investoren: „Offene Immobilienfonds schütten auch in Krisenzeiten und im Vergleich zu Anlagealternativen attraktive Erträge aus.“

Vermietungsquote sinkt

Zur Begründung für die sinkenden Renditen verweist Analystin Knorr auf die Folgen der Coronakrise: Zahlreiche Mieter der Gebäude im Vermögen der Fondsgesellschaften würden im Zuge der Covid-19-Krise ihre Miete nachverhandeln und hätten dabei Erfolg: Vor allem im stationären Einzelhandel seien Mietminderungen zu beobachten. Dies hat Auswirkungen auf die Einnahmen der Fonds und langfristig auch auf die Bewertung der Objekte.

Daher hat Scope die Einstufung von 15 offenen Immobilienfonds aktualisiert: Sechs Fonds wurden mit dem Verweis auf gesunkene Renditen herabgestuft. Vor allem Fonds mit großem Bestand an Hotelimmobilien und Shoppingcentern mussten Einnahme-

einbußen und Wertkorrekturen hinnehmen. Neun Fonds konnten ihr Rating stabil halten. Das durchschnittliche Rating der 15 Fonds liegt aber immer noch bei „a-AIF“, was aus Anlegersicht eine gute risikoadjustierte Rendite erwarten lasse, so Analystin Knorr.

Worin die betrachteten Fonds das Geld der Anleger – insgesamt rund 102 Milliarden Euro – investiert haben, variiert von Fonds zu Fonds deutlich. Dennoch steckt üblicherweise das mit Abstand meiste Geld in Büroimmobilien: Die Portfolios der Fonds bestehen derzeit aus Büro- (55 Prozent), Einzelhandels- (23 Prozent), Hotel- (8,3 Prozent), Logistik- (5,6 Prozent) sowie Wohnimmobilien (3,5 Prozent) und sonstigen Immobilien (4,9 Prozent). Der Fokus auf Büroimmobilien ist historisch bedingt: Viele Fonds haben vor Jahren, als diese Anlageklasse die besten Renditen versprach, ihr Portfolio aufgebaut. Und angesichts des Milliardenvolumens verändert sich die Gewichtung selbst nach dem Ankauf einer millionenschweren Immobilie nur langsam.

Das sei nicht besorgniserregend, sagt Analystin Knorr: „vor allem sogenannte Trophy Assets in den Portfolios der Fonds wie etwa die neuen Bürotürme in der Frankfurter Innenstadt werden auch künftig kaum Probleme haben, Mieter zu finden“. Aber in den kommenden Monaten dürften sich die

Fondsmanager nach Einschätzung von Scope von einigen Immobiliensparten fernhalten: Investitionen in Hotelimmobilien dürften eher zurückhaltend getätigt werden, sagt Knorr, „auch Einzelhandelsimmobilien – allen voran Shoppingcenter – werden wohl kaum auf den Ankaufslisten der offenen Immobilienfonds stehen“. Logistik- und Wohnimmobilien bleiben dagegen weiter gefragt – auch wenn ihr Anteil noch relativ gering ist.

Dass die Coronakrise Spuren in den Portfolios der offenen Immobilienfonds hinterlassen würde, ist seit Langem klar. Wie stark die Auswirkungen konkret sein werden, zeichnet sich jedoch erst langsam ab. Eine der wichtigsten Kennzahlen zur Bewertung der „Corona-Schäden“ ist die Vermietungsquote. Sie ist im Jahr 2020 spürbar gesunken; der seit 2011 erlebte Aufwärtstrend ist damit vorerst beendet.

Konkret war die durchschnittliche nach Verkehrswertvolumen gewichtete Vermietungsquote 2020 gegenüber dem Vorjahr um rund 1,7 Prozentpunkte auf 94,3 Prozent gefallen. Das Spektrum der Vermietungsquoten reichte Ende 2020 von 89,8 bis 100 Prozent. Aufgrund der natürlichen Mieterfluktuation betrachtet Scope bereits Vermietungsquoten ab 98 Prozent als Vollvermietung. Nur fünf der 21 untersuchten Immobilienfonds konnten 2020 ihre Vermietungsquote steigern – und drei dieser fünf fokussieren sich auf Wohnimmobilien. Die größten Rückgänge verzeichneten vor allem global ausgerichtete beziehungsweise stark in den USA investierende Fonds mit Fokus auf Büro- und Hotelimmobilien.

Hoffnung ist nicht in Sicht: Die durchschnittliche Vermietungsquote dürfte weiter sinken, befürchtet Analystin Knorr. Trotz des spürbaren Rückgangs lägen die Vermietungsquoten aber weiterhin auf einem soliden Niveau. So habe im Jahr 2011, als die Fonds noch den Auswirkungen der Finanzkrise ausgesetzt waren, die durchschnittliche Vermietungsquote lediglich 91,8 Prozent betragen. Und so gilt trotz Corona: Die Zeiten, in denen die Investoren um ihr in Immobilienfonds angelegtes Geld fürchten mussten, scheinen vorüber. Kerstin Leitel



Offene Immobilienfonds schützen auch in Krisenzeiten und im Vergleich zu Anlagealternativen attraktive Erträge aus.

Sonja Knorr
Scope-Analystin

Vermögensreport

Immer mehr Privatbesitz: Wo die Reichen wohnen

Trotz Corona ist das Welt-Finanzvermögen auf 250 Billionen US-Dollar gestiegen. 2900 Super-Reiche leben in Deutschland.

Das weltweite Finanzvermögen ist im Jahr 2020 um 8,2 Prozent auf einen neuen Rekord von 250 Billionen Dollar geklettert. Das hat das Beratungshaus BCG in seinem Report „Global Wealth 2021“ festgestellt. „Grund für diesen Rekordzuwachs sind nicht nur die äußerst robusten Aktienmärkte, sondern auch der sprunghafte Anstieg der Nettoersparnis um fast elf Prozent“, erklärt Anna Zakrzewski, Partnerin bei BCG und Autorin der Studie.

Die Pandemie hat die Menschen weltweit sparsamer gemacht: So stark wie seit 20 Jahren nicht haben Private neues Kapital als Bargeld oder auf Konten geparkt. Außerdem profitierten sie von den unter dem Strich 2020 gestiegenen Wertpapierkursen. Die Kapitalmärkte steuerten 2020 ein Plus von 11,5 Prozent zum Finanzvermögen bei – neben Bargeld und Einlagen Wertpapiere, Pensionen und Lebensversicherungen.



Auch Sachwerte wie Immobilien, Kunst, Gold oder andere Wertgegenstände haben im Wert um 6,8 Prozent auf 235 Billionen Dollar zugelegt. Das Vermögen Privater summiert sich damit weltweit auf 485 Billionen Dollar, nach Abzug von Schulden verbleiben 431 Billionen Dollar.

Nach Regionen führen die USA das weltweite Vermögensranking mit 136 Billionen Dollar an, es folgen Asien ohne Japan mit 111,9 Billionen Dollar und West-Europa mit 103 Billionen Dollar.

Für die kommenden Jahre erwartet BCG ein anhaltend stetiges Wachstum des weltweiten Privatvermögens: Bis 2025 dürfte es um jährlich durchschnittlich knapp fünf Prozent auf 544 Billionen US-Dollar zunehmen.

Der allergrößten Teil des Zuwachses von 87 Prozent sollte Menschen in Nordamerika, Asien ohne Japan und Westeuropa zugutekommen. Dabei wird Asiens Anteil weiter größer: Das Finanzvermögen der Asiaten dürfte BCG zufolge um knapp acht Prozent jährlich zunehmen. In Asien soll vor allem das Vermögen in Investmentfonds um 11,6 Prozent zulegen. Doch auch deren Sachwertvermögen dürfte um knapp sieben Prozent steigen. Das Vermögen in Europa soll laut BCG halb so

stark zulegen, in den USA zwei Drittel so stark.

In Asien hat BCG zudem die höchste Konzentration von Sachvermögen festgestellt mit 84 Billionen Dollar oder 64 Prozent des Vermögens. Dies hält BCG typisch für Wachstumsmärkte. In Europa beträgt der Anteil 55 Prozent, in den USA nur 28 Prozent.

Das Vermögen Privater in Deutschland hat sich 2020 ebenfalls positiv entwickelt: Ihr Finanzvermögen kletterte um knapp sechs Prozent auf neun Billionen US-Dollar. Ihr Sachvermögen nahm um fünf Prozent auf 13 Billionen US-Dollar zu. Abzüglich der Schulden von 2,4 Billionen US-Dollar besitzen private Haushalte im Land knapp 20 Billionen US-Dollar. Damit liegt Deutschland im weltweiten Vergleich des Gesamtvermögens auf dem vierten Platz hinter den USA, China und Japan. „Traditionell investieren die Deutschen lieber in Immobilien als in Wertpapiere, das verdeutlicht die Sachwertquote von knapp 60 Pro-

Sichtbarer Reichtum: Bald dürften die meisten Superreichen in China leben.

zent“, meint Zakrzewski. Zugleich sparten die Deutschen überdurchschnittlich viel.

In Deutschland leben 2900 „Superreiche“. 13 Prozent des weltweiten Finanzvermögens gehört den insgesamt rund 60.000 sogenannten Ultra-High-Networth-Individuals (UHNWI), die ein Finanzvermögen von mehr als 100 Millionen US-Dollar besitzen. In den USA leben mit 20.600 die meisten UHNWIs, in China sind es 7.800. Frankreich zählt 2.500 Ultrareiche, Großbritannien 2.100, Hongkong und Kanada je 1.900.

Bestimmte Trends rund um die Entwicklung privater Finanzvermögen sind BCG aufgefallen, die Vermögensverwalter ihrer Ansicht nach zu wenig beachten. So wächst die Zahl der Superreichen seit 2015 überdurchschnittlich um fast zehn Prozent jährlich – 2020 kamen mehr als 6.000 hinzu, 170 davon in Deutschland. Diese 60.000 Menschen besitzen zusammen 22 Billionen Dollar investierbares Vermögen. China wird hier nach Einschätz-

zung von BCG bis Ende der Jahrzehnts die USA überholen und dann die größte Zahl Ultra-Reicher auf sich vereinen.

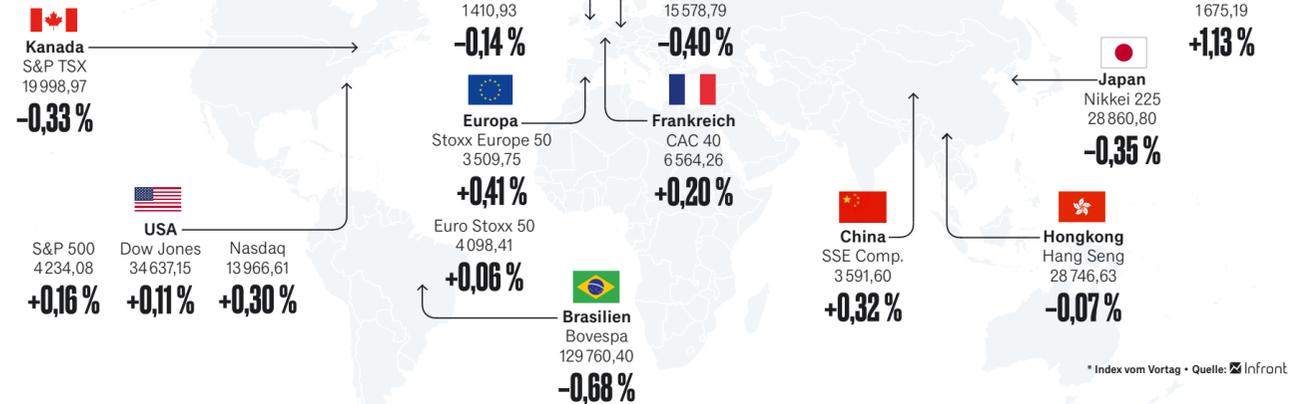
Auch Alter und Bedürfnisse dieser Gruppe wandeln sich BCG zufolge: Diese Menschen sind heute oft zwischen 20 und 50 Jahre alt, haben somit einen längeren Anlagehorizont als früher, scheuen Verlustrisiken weniger und wollen mit ihrem Vermögen nicht nur gute Erträge erzielen, sondern es auch in soziale Zwecke investiert wissen.

Interessant: Frauen machen BCG zufolge zwölf Prozent dieser Gruppe aus, meist stammen sie aus den USA, Deutschland und China. Vermögensverwalter, die diese für sie attraktive Gruppe nun erreichen oder halten wollten, müssten deren Präferenzen genau kennen und bedienen, rät Zakrzewski: „Die nächste Generation der Superreichen möchte nicht einfach weiter so behandelt werden wie ihre Eltern.“

Eine weitere deutlich wachsende Gruppe Vermögenger sind – angesichts des immer größeren Anteils Älterer in vielen Ländern – Pensionäre. Heute besitzen die über 65-Jährigen 29,3 Billionen Dollar Finanzvermögen. In den kommenden fünf Jahren dürfte das Vermögen dieser Gruppe jährlich um rund sieben Prozent zunehmen auf gut 41 Billionen Dollar – auch weil ihre Anzahl weiter zunimmt: Bis 2050 werden weltweit 1,5 Milliarden Menschen 65 Jahre und älter sein.

Eine weitere, nach Analyse von BCG oft wenig beachtete Gruppe Vermögenger sind die weltweit mehr als 330 Millionen Menschen mit einem Finanzvermögen zwischen 100.000 US-Dollar und drei Millionen US-Dollar. Zusammen besitzen sie immerhin ein investierbares Vermögen von rund 60 Billionen US-Dollar. In Deutschland leben 18 Millionen Menschen in dieser Gruppe und nennen ein investierbares Vermögen von 2,4 Billionen US-Dollar ihr Eigen. Diese Anleger sind nach Auffassung von Zakrzewski interessiert an digitaler Vermögensverwaltung. Wer sie frühzeitig über eine stimmige digitale Plattform erfassen und bedienen könne, hat ihrer Ansicht nach gute Chancen zu punkten. Anke Rezmer

Leitbörsen im Überblick
9.6.2021, ME(SZ) 17:03 Uhr



Marktbericht

Dax hält sich über der Marke von 15.500 Punkten

Ausverkauf beim Impfstoffhersteller Curevac endet bereits nach nur einem Handelstag.

Am deutschen Aktienmarkt kam nach einem richtungslosen Dienstag wieder mehr Schwung den Handel. Zum Handelsschluss lag der Dax am gestrigen Mittwoch 0,4 Prozent im Minus bei 15.581 Punkten. Mit dem Tagestief von 15.505 Zählern hatte das Börsenbarometer aber die wichtige Unterstützungsmarke von 15.500 Zählern gehalten.

Dieser Bereich war noch von Anfang April bis Ende Mai nicht zu überwinden und gilt nun, nachdem das deutsche Börsenbarometer auf ein neues Rekordhoch von 15.732 Zählern geklettert ist, als erste Anlaufstelle auf der Unterseite. Sollte der Dax unter diese Marke fallen, gilt ein weiterer Rutsch auf 14.800 Punkte als wahrscheinlich.

Im Fokus stehen derzeit die Aktien von Corona-Impfstoffherstellern. Denn die Nachricht, dass es wohl vor August 2021 kein Vakzin von Curevac geben dürfte, ließ die Aktie nach deutlichen Gewinnen in den Tagen zuvor am Dienstag um mehr als zwölf Prozent einbrechen. Am heutigen Mittwoch war der Ausverkauf aber schon wieder vorbei. Die Notierung lag mit einem Plus von 1,5 Prozent sogar wieder über der Marke von 90 Euro. Offenbar verziehen Anleger der Tübinger Firma, dass die möglichen wirtschaftlichen Erfolge erst zu einem späteren Zeitpunkt zu sehen sein werden. Ursprünglich hofften Investoren auf eine Zulassung im Juni. Bei den beiden anderen Herstellern, die bereits mRNA-Vakzine anbieten, gab es sogar noch höhere Kursgewinne. Die Aktien

des Mainzer Biotechnologieunternehmens Biontech und des US-Konzerns Moderna kletterten zeitweise jeweils um mehr als fünf Prozent nach oben. Die Aussicht auf eine Lockerung der US-Reisebeschränkungen machte Anlegern Mut.

Gefragte Touristikwerte

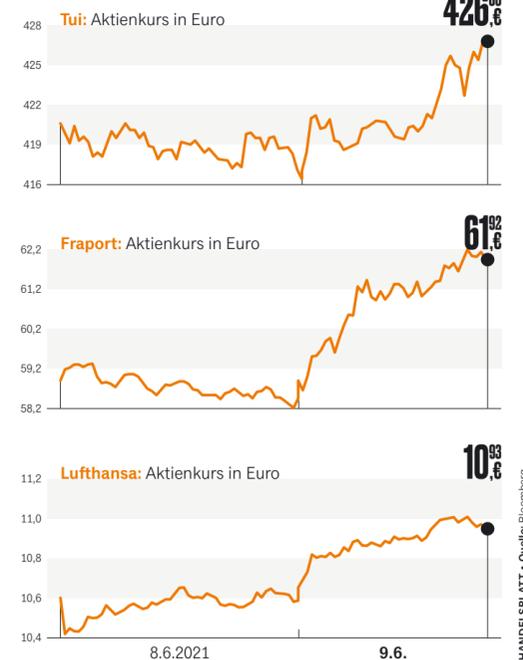
Sie deckten sich mit Touristikwerten ein. Dies verhalf dem europäischen Branchenindex zu Kursgewinnen von mehr als ein Prozent. Auch die Tui-Aktie konnte davon profitieren und legte 2,1 Prozent zu. Im Nebenwerte-Index MDax lagen die Aktien des Flughafenbetreibers Fraport mit einem Plus von mehr als sechs Prozent und die der Kranich-Airline Lufthansa mit einem Wertzuwachs von knapp drei Prozent mit vorne.

Auch bei Airbus gab es Neuigkeiten: Der deutsch-französische Flugzeughersteller kauft die Luftfahrtsparte des Autozulieferers ZF Friedrichshafen Airbus Helicopters im schwäbischen Donauwörth. Airbus werde die ZF Luftfahrttechnik GmbH in Kassel-Calden mit 370 Mitarbeitern und zuletzt 85 Millionen Jahresumsatz übernehmen, teilten Airbus und ZF mit. Die Transaktion solle noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Den Kaufpreis nannten die Unternehmen nicht. Die Airbus-Aktie stieg am Mittwoch um 0,1 Prozent. Die Performance des Flugzeugherstellers in diesem Jahr kann sich sehen lassen. In den vergangenen vier Wochen betrug das Plus mehr als zwölf Prozent. Seit Jahresanfang beträgt der Wertzuwachs mehr als 20 Prozent. Jürgen Röder



Lufthansa: Im Nebenwerte-Index MDax lag die Aktie mit einem Wertzuwachs von knapp drei Prozent mit vorne.

Touristikaktien profitieren von Lockerungen



SUDOKU Zahlenspiele für Rätselfreunde

Sudoku (mittel)

5	3		1	7	2	6		
9					5			
		1	2					
		5	8					
		7				9	3	6
				7		4		
7			1	2			4	
			5	4	8			
6	9			3	1	5		

Sudoku (schwer)

								1
	7	6		2				
5	4							8
			1	5			9	7
	3		8	6	2			4
4		8						
		4		1	2			9
		7		3	4		6	5
			9					

Lösungen vom 09.06.

Das Kulträtsel Sudoku auch unter: www.handelsblatt.com/sudoku

So funktioniert es: Füllen Sie die Matrix mit Zahlen von 1 - 9. Jede Ziffer darf nur einmal in jeder Spalte, Reihe und in den 3x3 Feldern vorkommen. Doppelungen sind nicht erlaubt.

Endliche (mittel)

7	2	3	4	5	1	8	6	9
5	4	6	8	9	7	2	1	3
1	8	9	2	3	6	4	7	5
2	9	5	6	1	8	3	4	7
3	1	7	5	4	2	9	8	6
4	6	8	9	7	3	1	5	2
6	5	4	1	2	9	7	3	8
8	7	2	3	6	4	5	9	1
9	3	1	7	8	5	6	2	4

Endliche (schwer)

7	2	6	1	4	5	8	3	9
8	4	1	6	3	9	7	2	5
3	9	5	8	2	7	6	4	1
6	3	4	9	8	2	1	6	7
6	7	9	5	1	3	4	8	2
1	8	2	7	6	4	9	5	3
2	1	8	3	7	6	5	9	4
9	6	3	4	5	1	2	7	8
4	5	7	2	9	8	3	1	6

Märkte heute

Table with market performance: Dax (+0.41%), Euro Stoxx 50 (+0.41%), TecDAX (+0.41%), and various stock indices like Merck (+3.03%), Fresenius (+1.33%), etc.



Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Fraport, MorphoSys, Lufthansa vNA, etc., with their percentage changes.

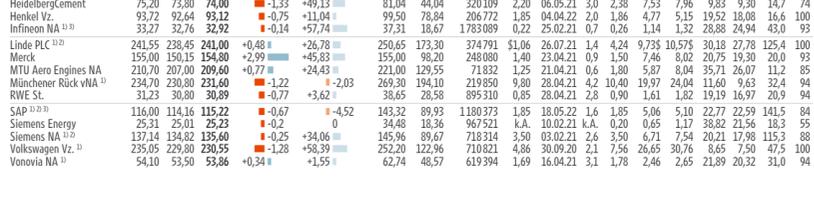


Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Amadeus IT, Vinci, Adyen, etc., with their percentage changes.

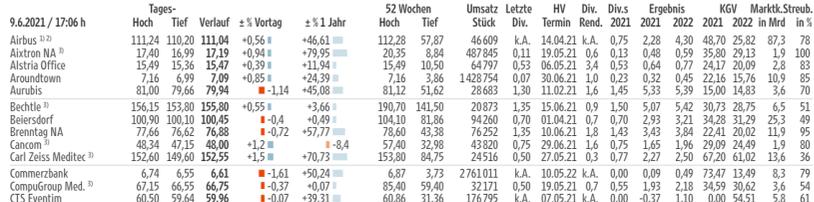


Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Telefónica D., freenet NA, Hochtief, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Airbus 320, Alstria Office, Airround, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Bechtle, Beiersdorf, Brenntag NA, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Evonik Industries, Fraport, freenet NA, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Hella, Hochtief, HUG BOSS NA, etc., with their percentage changes.



Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Amadeus IT, Vinci, Adyen, etc., with their percentage changes.



Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Telefónica D., freenet NA, Hochtief, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Airbus 320, Alstria Office, Airround, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Bechtle, Beiersdorf, Brenntag NA, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Evonik Industries, Fraport, freenet NA, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Hella, Hochtief, HUG BOSS NA, etc., with their percentage changes.



Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like AXA, Enel, Enje, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like ASMHL Hold., AXA, Banco Santander, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Danone, Enel, Eni, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Kering, Kone Corp., L'Oréal, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Philips Electr., Prosus, Safran, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Schneider Electric, TotalEnergies, Vinci, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Vivendi, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like etc., with their percentage changes.

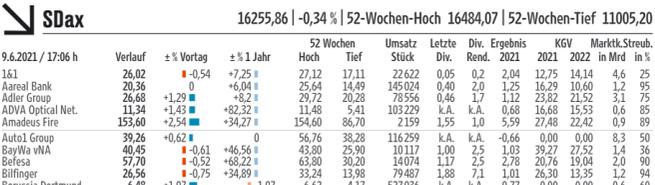


Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like I&L, Barak Bank, Adler Group, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Auto Group, BayWa vNA, BfFinger, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Ceresium ST, C&W Stiftung, Corestate Capital, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Diermapharm Holding, DIX Asset NA, Drägerwerk VZ, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Dt. EuroShop NA, Dt. Flanzenherb., DWS Group, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Edert & Ziegler, ErlingKlinger NA, Elmring, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like flatecDEGRO, Götter Werke, Hamburger Hof, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Hensoldt, home24, Infront, etc., with their percentage changes.

Table of market performance for 9.6.2021 / 17:06 h, listing various stocks like Hypoport SE, Indus Holding, Indust Real, etc., with their percentage changes.

Zinsen



Table of international yields: 10-j. Staatsanleihen, Hongkong, Irland, etc.

Table of Euro-Renditen: 8.6.2021 Hypo. und Öffentl., 8.6.2021 Hypo. und Öffentl., etc.

Table of Ausländische Leitzinsen: Dänemark, Grossbritannien, Polen, etc.

Table of EU-Mitgliedsländer: Dänemark, Grossbritannien, Polen, etc.

Table of Rohstoffe: GSCI, 52-W-Hoch 2 578,92, etc.

Table of Deutsche Edelmetalle: Silber, Platin, Palladium, etc.

Devisenmärkte



Table of Devisen- und Sortenkurse für Euro: Australien, Dänemark, Großbritannien, etc.

Table of Devisen- und Sortenkurse für Euro: Australien, Dänemark, Großbritannien, etc.

Table of Devisen- und Sortenkurse für Euro: Australien, Dänemark, Großbritannien, etc.

Table of Schalterkurse Edelmetalle: Goldbarren, Silber, etc.

Table of Heißölpreise: Berlin, Karlsruhe, Kiel, etc.

Table of Heißölpreise: Berlin, Karlsruhe, Kiel, etc.

Die Aktie der Deutschen Euroshop erreichte mit dem Tageshoch von 21,14 Euro am gestrigen Dienstag den höchsten Stand seit März des vergangenen Jahres.

Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com



stitute. „Gemessen an den bis zu 65-jährigen Akademikern, die im Bundesland leben, bildet Nordrhein-Westfalen deutlich überdurchschnittlich viele Akademiker aus. Damit ist NRW eine wichtige Akademikerschmiede in Deutschland und trägt auch zur Innovationskraft anderer Bundesländer bei“, heißt es in einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Köln zum „Innovationssystem in NRW. Obendrein haben neun der bundesweit 62 Forschungseinrichtungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) ihren Sitz in NRW. Damit ist das Bundesland ein wichtiger Standort für die KI-Forschung in Deutschland.“

Die Herausforderung besteht darin, die Forschungsergebnisse in die Anwendung zu bringen und so zu transformieren, dass Unternehmen sie wirtschaftlich verwerten können. Wie kann das gelingen?

Spurensuche in Bochum, auf einem 700.000 Quadratmeter großen Gelände südöstlich des Zentrums mit dem ungewöhnlichen Namen „Mark 51“ 74. Hier, im Schnittpunkt der Autobahnen A43 und A44, hatte Opel bis 2014 Autos gebaut, in Spitzenzeiten bis zu 300 000 Stück im Jahr. Seitdem nutzt die Bochum Perspektive 2022 GmbH, an der die Stadt (51 Prozent) und Opel (49 Prozent) beteiligt sind, das Gelände, um Bochum als Standort des Wissens und der Innovation zu profilieren. Als Ansiedler werden gesucht: technologieorientierte Unternehmen, Start-ups und Forschungsinstitute, die im Schulterschluss mit der nahen Ruhr-Universität Bochum (RUB) zeigen sollen, dass die 365.000 Einwohner zählende Stadt nicht nur einen „Pulsschlag aus Stahl“ besitzt, wie einst Herbert Grönemeyer gesungen hat. Wissen und Innovation schaffen Arbeitsplätze und bedeuten Zukunft – das ist der Gedanke, von dem sich die Gesellschaft Bochum 2022 leiten lässt.

Neues wagen an alter Stätte

Einziges Relikt der Opel-Zeit auf dem Areal ist das denkmalgeschützte ehemalige Verwaltungsgebäude des Autokonzerns. Hier im O-Werk, wie der Bau nun heißt, hat die RUB etwa 6000 Quadratmeter angemietet. Sie bietet den Studierenden praxisnahe Lehre, anwendungsorientierte Forschung sowie konkrete Hilfe für Aus- und Neugründungen von Unternehmen. Zudem forschen Einrichtungen der Universität in Bereichen wie Engineering und Neurowissenschaft. In der Nachbarschaft des O-Werks haben sich Tochtergesellschaften von VW und Bosch Standorte gesichert. Sie wollen auf dem Gelände Technologien entwickeln, mit denen sich Fahrzeuge vernetzen und gegen unberechtigte Zugriffe verschlüsseln lassen. Geplant sind mehr als 3000 Arbeitsplätze. Die enge Verzahnung mit der RUB und anderen Hochschulen in der Region soll dazu beitragen, dass sich genügend qualifizierte Bewerber finden.

Die Dinge sind auf gutem Weg. Anfang 2019 hat das Land sein Programm „Start-up-Hochschul-Ausgründungen“ neu ausgerichtet. Es heißt nun „Start-up Transfer“ und hat seine Zielgruppe erweitert. Zweimal im Jahr können Gründerinnen und Gründer Anträge auf finanzielle Unterstützung des Landes NRW stellen. Jedes Gründungsvorhaben kann bis zu 320.000 Euro aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Landes erhalten. Vielleicht ist das der Anstoß für eine Hochschulgründung, die einmal eine ähnliche Karriere macht wie Qiagen.

Forschung
Auf gute Zusammenarbeit
Nordrhein-Westfalen versorgt mit einem dichten Netz an Hochschulen die lokale Wirtschaft mit technologischem Know-how und Fachkräften. So will sich das Bundesland im Standortwettbewerb behaupten.

Stefan Weber Düsseldorf

Von der Gründung bis zur Notierung an der US-amerikanischen Technologiebörse Nasdaq: Die rasante Karriere des Biotechnologie-Unternehmens Qiagen aus Hilden mag heute nicht mehr ganz so außergewöhnlich klingen wie vor zehn oder zwanzig Jahren. Schließlich gibt es im Internetzeitalter immer wieder kometenhaft aufsteigende Start-ups. Aber als Mitte der 1980er-Jahre Qiagen an den Start ging, war es kaum vorstellbar, dass ein Neuling in vergleichsweise kurzer Zeit zu einem weltweit erfolgreichen Konzern heranwachsen könnte. Vor allem nicht, wenn es sich um eine Hochschulgründung handelt. Es war ein Wissenschaftlerteam der Universität Düsseldorf, das Qiagen im November 1984 aus der Taufe hob. Heute erwirtschaftet das Unternehmen mit mehr als 5 000 Mitarbeitern einen Umsatz von über 1,5 Milliarden US-Dollar.

Das Beispiel Qiagen zeigt, wie Wissens- und Technologietransfer, also eine enge Verknüpfung zwischen Forschern, Studenten und Unternehmen, im besten Fall funktionieren kann. Nordrhein-Westfalen verfügt mit seiner vielfältigen und dichten Hochschullandschaft über beste Voraussetzungen, die Wirtschaft mit qualifiziertem Personal zu versorgen und so mit-zuhelfen, dass Unternehmen innovativ bleiben und im Wettbewerb punkten.

Neben den traditionsreichen Universitäten in Aachen, Bonn, Köln und Münster entstanden in den 1960er- und 1970er-Jahren in den Ruhrgebietsstädten Bochum, Dortmund, Duisburg und Essen weitere Hochschulen. Hintergrund war der sich damals immer deutlicher abzeichnende Strukturwandel. Um zukunftsfest zu werden, förderte das bevölkerungsreichste Bun-

desland die Ansiedlung innovativer Industriebranchen. Und die wiederum benötigten ein entsprechendes Umfeld für Forschung und Entwicklung.

Heute zählt Nordrhein-Westfalen 70 Hochschulen und mehr als 50 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, darunter zwölf von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Max-Planck-Institute und 14 Fraunhofer-In-

Starker Wissenschaftsstandort

Standorte von Hochschulen und Universitäten in Nordrhein-Westfalen



HANDELSBLATT

Quelle: Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW

Wirtschaftsstandort

Aus drei Teilen in Zukunft eine Einheit machen

Rheinland, Ruhrgebiet und Ostwestfalen-Lippe – wirtschaftlich ist NRW dreigeteilt. Das beschert der Region ungenutztes Potenzial.

Die Wirtschaftsregion in Deutschlands Westen ist trotz bestehender Strukturprobleme zukunftsfähig – zu dieser Einschätzung kommt Klaus-Heiner Röhl vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln. „Trotz der räumlichen Nähe und der Zugehörigkeit zum gleichen Bundesland sind es aufgrund der spezifischen Besonderheiten jedoch im Grunde drei Wirtschaftsregionen“, so Röhl. Da ist Richtung Süden das Rheinland als Boomregion mit den Schwarmstädten Bonn, Köln und Düsseldorf, im Nordosten punktet Ostwestfalen-Lippe als starke Mittelstandsregion mit vielen Weltmarktführern und dazwischen liegt das Ruhrgebiet, mit fünf Millionen Einwohnern die bevölkerungsreichste Region unter den dreien und gleichzeitig immer noch das Problemkind. „Trotz einiger interessanter und vielversprechender Ansätze hat es das Ruhrgebiet bislang nicht geschafft, den Wegfall der alten Industrien wirtschaftlich zu kompensieren“, sagt Röhl. „Das liegt auch daran, dass es als urbane Region lange Zeit nicht als so sexy wahrgenommen worden ist wie etwa Berlin – aber das beginnt sich zu ändern.“

Technologiezentren wie etwa der Technologiepark Dortmund, mit 300 Unternehmen mittlerweile einer der größten in Deutschland, oder das O-Werk in Bochum entfalten in der Region mehr und mehr ihre Wirkung. „Diese positive Entwicklung hängt unmittelbar an den Universitäten und Hochschulen, die im Ruhrgebiet gegründet worden sind. Aber das sind immer noch vergleichsweise junge Strukturen, weil die Politik erst spät in den Wissenschaftsstandort investiert hat als es mit der Kohle zu Ende ging“, analysiert der IW-Experte. „Die positiven Effekte sind nun zum Beispiel in einer zunehmend regen Start-up-Szene zu beobachten und auch die Digitalisierung gibt dem Ruhrgebiet Rückenwind. Aber das hat bisher nicht ausgereicht, um die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit dort abzubauen.“

Ganz anders die Situation in Ostwestfalen-Lippe. Vor allem die größeren Mittelständler tun nach Beobachtungen des IW-Experten mittlerweile viel dafür, sich zu digitalisieren, um auf den Weltmärkten nicht den Anschluss zu verlieren. Das Problem indes bleibt der zunehmende Fachkräftemangel. „Allerdings ist es eine Region mit einer der höchsten Geburtenraten in Deutschland in den letzten Jahrzehnten. Man könnte also sagen: Sie produziert ihren eigenen Nachwuchs“, so Röhl. „Außerdem bieten vor allem große Mittelständler mit internationaler Ausrichtung attraktive Arbeitsplätze. Damit lassen sich Fachkräfte auch in eher ländliche Regionen locken.“

Ostwestfalen-Lippe taugt als Beispiel dafür, wie ein industrieller Wandel erfolgreich gelingt. In der ehemals starken Textilindustrie sind Tausende Arbeitsplätze verloren gegangen. „Aber es gibt immer noch viele Branchenunternehmen in der Region – die sich nun auf technische Textilien spezialisiert haben. Und trotz der hohen Zahl an Arbeitsplätze, die verloren gegangen sind, herrscht nahezu Vollbeschäftigung, weil in anderen Branchen neue Jobs entstanden sind, sagt Röhl.“

Ein Magnet für viele junge Fachkräfte sind indes die Metropolen des Rheinlands. Hier locken Start-ups ebenso wie etablierte Unternehmen und Großkonzerne mit lukrativen Jobs. Dazu kommen Banken und Versicherungen und in Düsseldorf die Landesregierung. „Interessant ist vor allem die Entwicklung in Bonn, das trotz Verlust der Hauptstadtfunction weiter boomt“, stellt Röhl fest. Generell sei die Arbeitslosigkeit in der Region zwar nicht so niedrig wie etwa in München oder Stuttgart. „Aber das ist kein Beleg für eine fehlende Wirtschaftsstärke des Rheinlands. Denn dabei muss man den

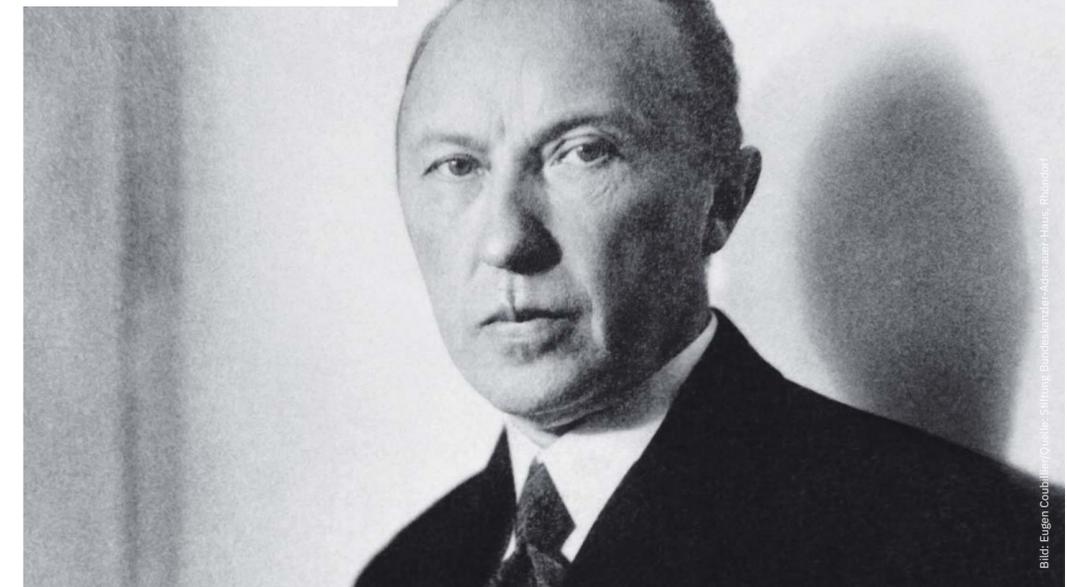


Universität Bonn: Der Wissenstransfer der Hochschulen treibt den Wirtschaftsboom in der Region.

enormen Pendelverkehr aus dem Ruhrgebiet berücksichtigen“, hält der IW-Experte fest – für ihn der eigentliche Punkt, den der Westen noch verbessern müsste: eine bessere Verzahnung. „Im Ruhrgebiet haben wir Arbeitslosenquoten von teilweise zehn bis zwölf Prozent, aber Richtung Norden und Südwesten hin nahezu Vollbeschäftigung“, bemängelt Röhl. „In Zukunft wird es darauf ankommen, die Regionen besser zu vernetzen, um so das Arbeitskräfte- und Fachkräftepotenzial zu heben und wirtschaftlich aus drei Regionen eine starke Einheit zu machen.“ Thomas Luther

Anzeige

Made in Köln.



1918 erfand Adenauer die Soja-Wurst.

In Köln sind wir eben immer der Zeit voraus.

1,1 Millionen kreative Köpfe leben in einer der größten Wissenschaftsregionen des Landes. Hier entwickeln 100.000 Studierende und Wissenschaftler*innen außergewöhnliche Ideen. Mehr zur Innovationskraft made in Köln auf www.made-in-koeln





Elon Musk, Michael Bloomberg, Warren Buffett, Jeff Bezos: Ihr Vermögenszuwachs ist immens, hohe Steuern zahlen sie nicht.

Elon Musk, Michael Bloomberg, Warren Buffett, Jeff Bezos

US-Milliardäre rechnen sich vor dem Fiskus arm

Die reichsten Amerikaner haben in der Vergangenheit kaum Einkommensteuer bezahlt. Das zeigen neue Daten von Propublica. Der Amazon-Chef bekam sogar einen Kinderbonus.

Katharina Kort New York

In den USA leben die meisten und die reichsten Milliardäre. Doch der amerikanische Fiskus hat nur wenig davon. Egal ob Amazon-Gründer Jeff Bezos, Tesla-Chef Elon Musk, Medien-Milliardär Michael Bloomberg oder Star-Investor Warren Buffett: Sie alle haben in den vergangenen Jahren trotz ihres enormen Vermögenszuwachses nur überaus geringe oder gar keine Steuern gezahlt. Das geht aus einem Bericht von Propublica hervor. Den Journalisten des Onlineportals sind bisher unveröffentlichte Daten des US-amerikanischen Finanzamts IRS zugespielt worden.

Der Fall Bezos ist besonders eklatant: Der 57-jährige Milliardär hat in den Jahren 2007 und 2011 keinen einzigen Cent Einkommensteuer bezahlt. Weil Jeff Bezos gemäß seiner Steuererklärung mehr ausgab, als er einnahm, konnte er laut

3,4

Prozent betrug die „wahre Steuerquote“ der reichsten US-Milliardäre. Der Durchschnittsverdiener musste in den USA 14 Prozent Steuern zahlen.
Quelle: Propublica

Propublica sogar 4000 Dollar vom Fiskus für seine Kinder einstreichen. Damals war der Amazon-Gründer bereits im Olymp der Superreichen angekommen. Doch die amerikanischen Steuererlasse machten sein Vorgehen möglich.

Das Gleiche gilt für Elon Musk, der im Jahr 2018 keine Einkommensteuer entrichtete. Die Liste der Milliardäre, die sich vor dem US-Fiskus arm rechnen, ist lang: Der Medienunternehmer Michael Bloomberg gehört ebenso dazu wie die Investoren Carl Icahn und George Soros.

Die durchgestochenen Daten des Internal Revenue Service (IRS) dürften viele US-Steuerzahler verärgern. Propublica rechnet vor, dass die Reichen – wenn man ihren Vermögenszuwachs mit einrechnet – eine „wahre Steuerquote“ von nur 3,4 Prozent hatten. Zum Vergleich: Das mittlere Haushaltseinkommen in den USA lag laut Propublica in den vergangenen Jahren bei 70.000 Dollar. Diese Haushalte hätten darauf 14 Prozent

Einkommensteuern auf Bundesebene bezahlt. Paare, die mehr als 628.000 Dollar verdienten, hätten sogar 37 Prozent gezahlt.

Für die US-Steuerbehörde IRS ist die Veröffentlichung der Daten äußerst peinlich. Sie will jetzt ermitteln, wie die brisanten Daten der Superreichen an die Öffentlichkeit gelangen konnten. „Ich kann bestätigen, dass es eine Untersuchung gibt“, sagte IRS-Chef Charles Rettig bei einer Senatsanhörung in Washington. Die unautorisierte Weitergabe vertraulicher Regierungsinformationen sei illegal, erklärte eine Sprecherin des US-Finanzministeriums.

Die große Diskrepanz zwischen den milliardenschweren Vermögen und der geringen oder gar nicht gezahlten Einkommensteuer liegt daran, dass es in den USA wie auch in Deutschland keine Vermögenssteuer gibt. Das heißt: Solange das Vermögen etwa mit den Aktienkursen steigt, fällt keine Steuer an. Erst wenn die Aktien mit Gewinn

Kaum Einkommenssteuer bezahlt

Daten für den Zeitraum 2014 bis 2018 in US-Dollar

	Gemeldetes Einkommen Gezahlte Steuern in Mio. US\$	Vermögenszuwachs in Mrd. US\$	Steuerquote
Warren Buffett Berkshire Hathaway	125 23,7	24,3	0,10 %
Jeff Bezos Amazon	4.220 973	99,0	0,98 %
Michael Bloomberg Bloomberg	10.000 292	22,5	1,30 %
Elon Musk Tesla	1.520 455	13,9	3,27 %

HANDELSBLATT

Quelle: propublica.org

verkauft werden, kann der Fiskus zugreifen – und auch nur dann, wenn die Gewinne nicht mit Verlusten aufgerechnet werden.

Propublica hat den Vermögenszuwachs der Superreichen mit den erklärten Einkommen und bezahlten Steuern zwischen 2014 und 2018 verglichen. Die größte Diskrepanz gab es ausgerechnet beim Star-Investor Warren Buffett, der schon vor vielen Jahren kritisiert hatte, dass sein Steuersatz niedriger liege als der seiner Sekretärin.

Buffett hat zwischen 2014 und 2018 zwar einen Vermögenszuwachs von 24,3 Milliarden Dollar gehabt. Aber sein Einkommen lag in den fünf Jahren nur bei insgesamt 125 Millionen Dollar, worauf er 23,7 Millionen Dollar Steuern ge-

zahlt hat. Buffett, der einen Großteil seines Vermögens spendet, verwies nach dem Report von Propublica darauf, dass er im Gegensatz zum früheren US-Präsidenten Donald Trump sein Vermögen und seine Steuererklärungen veröffentlicht hat. Buffett erklärte, er zahle das, was er nach geltendem Recht dem Staat schulde. Leider sei das eben nur sehr wenig. Er bleibe bei seiner Haltung: Das Steuerrecht müsse erheblich korrigiert werden.

Auch bei anderen Milliardären fiel die Steuerlast in dem gleichen Zeitraum niedrig aus, wenn man sie mit dem Vermögenszuwachs vergleicht: Jeff Bezos hat sein Vermögen um 99 Milliarden Dollar gesteigert. Aber da er „nur“ 4,22 Milliarden

Dollar Einkommen hatte, waren „nur“ 973 Millionen Dollar Steuern fällig.

Elon Musk steigerte sein Vermögen zwischen 2014 und 2018 um 14 Milliarden Dollar, deklarierte Einkommen von 1,5 Milliarden Dollar und zahlte 455 Millionen Dollar Steuern. Bei Bloomberg betrug der Vermögenszuwachs 22,5 Milliarden Dollar, das Einkommen zehn Milliarden Dollar und die bezahlten Steuern 292 Millionen Dollar.

Nach der Veröffentlichung des Berichts über die reichen Steuervermeider wurden erneut Rufe nach einer Vermögenssteuer laut. Morris Pearl, Chairman der „Patriotic Millionaires“, die für höhere Steuern für Reiche eintreten, bezeichnete den Bericht von Propublica als „schockierend, aber nicht überraschend“.

„Es ist bekannt, dass die reichsten Personen in den USA die Steuergesetze zu ihren Gunsten gestaltet haben, sodass sie Steuerzahlungen fast komplett vermeiden können“, erklärte Pearl, der seine Millionen an der Wall Street gemacht hat, zuletzt als Managing Director des größten Vermögensverwalters der Welt, Blackrock.

Diese Steuerpraktiken seien der Grund dafür, dass die reichsten 400 Amerikaner heute so viel Vermögen haben wie die ärmsten 150 Millionen zusammen. „Unser System besteuert nur ‚versteuerbares Einkommen‘, und wenn man echt reich ist, braucht man kein ‚versteuerbares Einkommen‘“, erklärte Pearl. Deshalb machen sich die Patriotic Millionaires für eine Vermögenssteuer oder zumindest für die Besteuerung des Wertzuwachses stark.

„Es gibt keine Rechtfertigung für Steuergesetze, die es Milliardären erlauben, deutlich geringere Steuersätze zu zahlen als arbeitende Amerikaner“, sagte Pearl und forderte: „Wir müssen die Steuergesetze ändern, um die Reichen zu zwingen, ihren fairen Anteil zu bezahlen.“



Es gibt keine Rechtfertigung für Steuergesetze, die es Milliardären erlauben, deutlich geringere Steuersätze zu zahlen als arbeitende Amerikaner.

Morris Pearl
Chairman Patriotic Millionaires

Anzeige

Wir arbeiten mit Abstand am engsten.

- Accenture Holding
- BANK IM BISTUM ESSEN
- BDO
- Bistum Essen
- Borussia Dortmund
- Boston Consulting Group
- BP Europa
- Brauerei C. & A. Veltins
- Commerzbank
- Contilia
- Covestro
- Deutsche Bahn
- Deutsche Bank
- Duisburger Hafen
- E.ON
- EMSCHERGENOSSENSCHAFT und LIPPEVERBAND
- Evangelische Kirche von Westfalen
- Evonik Industries
- EY
- Fahrzeug-Werke LUEG
- FAKT AG
- FC Schalke 04
- Flughafen Düsseldorf
- FUNKE Mediengruppe
- GELSENWASSER
- Georgsmarienhütte Holding
- Grillo-Werke
- HELLWEG Die Profi-Baumärkte
- HOCHTIEF
- ifm electronic



- IG BCE
- ista International
- Katholisches Klinikum Bochum
- Kearney
- KÖTTER Services
- KPMG
- Kümmerlein
- LEG
- Materna Information & Communications
- MC-Bauchemie
- Messe Essen
- NATIONAL-BANK
- NRW.BANK
- PricewaterhouseCoopers
- RAG Aktiengesellschaft
- RAG-Stiftung
- RHEIN-RUHR COLLIN
- Ruhr Nachrichten Verlag
- Ruhr-Universität Bochum
- ruhrvalley
- Ruhrverband
- RWE
- Schaltbau Group
- Siemens
- SIGNAL IDUNA Gruppe
- SMS group
- START NRW
- STEAG
- Stiftung Zollverein
- Technische Universität Dortmund
- thyssenkrupp
- TRIMET Aluminium
- TÜV NORD
- Universität Duisburg-Essen
- Universitätsklinikum Essen
- Valliant
- VIVAWEST Wohnen
- Vonovia
- Westfalenhallen Dortmund
- WESTLOTTO
- WILO

Initiativkreis Ruhr

In der Gemeinschaft lässt sich mehr bewegen. Mehr als 70 Unternehmen und Institutionen bilden eines der stärksten regionalen Wirtschaftsbündnisse Deutschlands. Der Initiativkreis Ruhr ist ein Motor des Wandels. Seine Partner verbindet das Ziel, die Entwicklung des Ruhrgebiets voranzutreiben und seine Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu stärken. Wesentliche Handlungsfelder sind Wirtschaft, Bildung und Kultur.

Wollen Sie die Region gemeinsam mit uns prägen?
Initiativkreis Ruhr GmbH
Kontakt: info@i-r.de

www.i-r.de

Markus Bangen
Chefwechsel beim Duisburger Hafen

Der umstrittene Duisport-Vorstandsvorsitzende Erich Staake geht spätestens zum 1. Dezember.

Der stark unter Druck geratene Duisburger Hafenchef Erich Staake räumt seinen Posten. Nachfolger wird zum 1. Dezember Markus Bangen, wie die Duisburger Hafen AG („Duisport“) auf ihrer Internetseite mitteilt.

Der Beschluss zugunsten des 49-jährigen Juristen, der dem Duisport-Vorstand seit 2008 angehört, sei vom Aufsichtsrat im Duisburger Rathaus einstimmig gefasst worden. Es sei „ein guter Tag für den Duisburger Hafen“, kommentierte Chefkontrolleur Hendrik Schulte den Wechsel.

Auffällig: Den Namen des scheidenden Vorstandsvorsitzenden erwähnt die Mitteilung mit keinem Wort. Dabei hatte Staake, der vor 23 Jahren das Spitzenamt am Rhein übernahm, den Port mit Flächen eines stillgelegten Krupp-Hüttenwerks zu Europas größtem Binnenhafen ausgebaut. Zahlreiche Betriebe holte er in die von Arbeitslosigkeit bedrohte Ruhrgebietsstadt.

Als Endstation der „Eisernen Seidenstraße“, einer Zugverbindung bis in die Wirtschaftsmetropolen Chinas, machte er den Duisport zu einer zentralen Logistikdrehscheibe für die europäische Konsumgüter- und Autozulieferindustrie. Als



Neuer Hafenchef Markus Bangen: Aufräumer gesucht.

hilfreich erwies sich für ihn die enge Verbindung zu Politgrößen der SPD. Zu Staakes engen Freunden zählt unter anderem Altkanzler Gerhard Schröder.

Umso tiefer erscheint nun der Fall, der dem ohnehin Ende November zur Pensionierung anstehenden 67-Jährigen den Abtritt verhängt. So hatte sich der selbstbewusste Hafenchef bereits im Januar in einem Pflegeheim gegen Corona impfen lassen, obwohl er längst noch nicht an der Reihe war. Ermöglicht wurde die Impfpfängerei durch Staakes Freund, den Bauunternehmer Walter Hellmich, dem das Heim gehört.

Hinzu kamen Vorwürfe, Staake habe sich auf Duisport-Kosten zahlreiche Vorteile verschafft. Unter anderem geht es um eine Loge beim Dortmunder Fußball-Bundesligisten, die BVB-Fan Staake auf Kosten seines Arbeitgebers privat genutzt haben soll.

Außerdem lässt die SPD-Fraktion im Düsseldorf Landtag prüfen, wie es zu den außerordentlich hohen Bewirtungskosten im Corona-Jahr 2020 kam. Auch die Auftragsvergabe an eine persönliche Freundin, die für über 100.000 Euro Luftfilteranlagen lieferte, hinterfragen die Abgeordneten. Die Duisburger Hafengesellschaft gehört zu zwei Dritteln dem Land NRW, das 2013 den Drittel-Anteil des Bundes übernahm. Das restliche Drittel hält die Stadt Duisburg.

Nachfolger Bangen stand bislang im Schatten des von manchen als selbstherrlich beschriebenen Staake. Dabei kam Bangen schon 2000 zum Duisburger Hafen und leitete zunächst die Rechtsabteilung, ab 2003 auch die Personalabteilung. 2008 rückte er in den Vorstand auf und war dort neben Recht und Personal auch für Einkauf, Industrielogistik, Suprastruktur und Terminals verantwortlich. Christoph Schlautmann



Daniela Gerd tom Markotten: Die 46-Jährige war lange beim Autobauer Daimler tätig.

Daniela Gerd tom Markotten

Bis zuletzt ein Kopf-an-Kopf-Rennen

Die Wirtschaftsingenieurin soll nun bei der Deutschen Bahn das Thema Digitalisierung verantworten. Sie ist in der Start-up-Szene bestens vernetzt.

D. Delhaes, J. Koenen Berlin, Frankfurt

Die Deutsche Bahn AG hat eine wichtige Personalie geklärt: Daniela Gerd tom Markotten soll neue Digitalvorstände werden. Das erfuh das Handelsblatt aus Regierungskreisen sowie aus Kreisen des Staatsunternehmens. Die Personalie wird am kommenden Dienstag abschließend vom Aufsichtsrat der Bahn beraten und könnte dort beschlossen werden. Die Bahn wollte sich auf Anfrage nicht äußern und verwies auf die Aufsichtsratssitzung.

Die 46-Jährige soll helfen, die Bahn ins digitale Zeitalter zu führen. Zunächst war Donya Amer von Bosch die Favoritin auf den Posten gewesen, konnte sich aber mit dem Bund nicht einigen. Gerd tom Markotten, promovierte Wirtschaftsingenieurin und Informatikerin, arbeitete seit 2003 für Daimler, wo sie für die Softwareentwicklung und Fahrzeugtelematik zuständig war. Sie stieg dort auf zur Chefin der Fleetboard GmbH und des Digitalbereichs der Daimler-Nutzfahrzeugsparte. Später leitete sie die Moovel-Gruppe, die inzwischen in Teilen an die Deutsche Bahn AG verkauft wurde. Das B2C-Geschäft verblieb in der Your Now Gruppe von Daimler und BMW. Mit Moovel als Sammel-App können Kunden Verkehrsangebote übergreifend auswählen.

2018 dann leitete sie für Daimler und BMW deren gebündelten Mobilitätsdienst. Sie kennt sich also aus mit Carsharing, Ridesharing, Parking und Charging, wie die einzelnen Sparten der neuen Mobilitätswelt heißen. Ihr Anspruch damals: globaler Tech-Player zu werden „gerade im Hinblick auf das autonome Zeitalter“. Allerdings wollten Daimler und BMW nicht so investieren, wie Gerd tom Markotten es sich vorgestellt hatte. 2019 verließ sie das Unternehmen und gründete mitten in der Coronakrise 2020 ein Start-up.

Der Bahn kann so viel Zukunftsperspektive guttun. Gerd tom Markottens Ansatz, Mobilität ganzheitlich und verkehrsübergreifend zu denken, habe überzeugt, wie es hieß. Ihre Promotion an der Uni Freiburg trug den Titel: „Benutzbare IT-Sicherheit“. Bei der Nutzfahrzeugsparte von Daimler etwa nutzte sie Daten für neue Geschäftsmodelle. Es sei die „Basisarbeit“, eine Digitalität im Fahrzeug zu haben, die viele In-

formationen über das Fahrzeug sendet, etwa zum Zustand der einzelnen Teile, um Verschleiß und Pannen prognostizieren zu können, sagt sie. Ein Thema, das die Bahn auch bei ihren Fahrzeugen und dem Netz angehen will. Dies sei „die erste Stufe“ der Digitalisierung.

„Trial and Error“ lautet ihr Prinzip. „Es müssen Dinge schiefgehen, sonst werden am Ende nicht die besten Ideen überleben“, sagt sie. Die Herausforderungen der Bahn hat sie im Blick. Die Menschen fahren seit der Pandemie lieber Auto oder Rad, als in öffentlichen Verkehrsmitteln zu sitzen, und sind angesichts von Homeoffice und Videokonferenzen ohnehin weniger mobil. Sie sagt, es gelte, nicht darauf zu warten, wie sich die Mobilität neu unter den Verkehrsträgern verteile, sondern sie aktiv zu gestalten. Die neuen Pop-up-Radwege in Berlin seien dafür ein Beispiel.

Bis zuletzt war es ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Gerd tom Markotten und Donya Amer. Die 48-jährige Amer leitet die Bosch-Tochter Bosch Climate Solutions und überzeugte das Ausschussmitglied mit ihrem Engagement, Unternehmen wie Bosch klimaneutrale Produktionsweisen zu verschreiben. Gerd tom Markotten hingegen punktete mit ihrer Erfahrung als Chefin von Moovel, wo sie bereits intensiv Verhandlungen mit Ländern und Kommunen geführt habe, um neue Mobilität anbieten zu können. Zudem sei sie sehr gut in der Start-up-Szene vernetzt und ist selbst noch mit ihrem Start-up Iuhoo aktiv. Mit „Digital in Deutschland“ entwickelt sie für Unternehmen neue, digitale Geschäftsmodelle.

Die Stelle der Digitalvorständin war vakant geworden, nachdem Sabina Jeschke vor einigen Monaten überraschend ihren Rücktritt erklärt hatte. Ihr letzter offizieller Arbeitstag war der 31. Mai. Interimistisch hat Sigrid Evelyn Nikutta, CEO von DB Cargo, die Aufgaben übernommen.

Den letzten Ausschlag für Gerd tom Markotten gab wohl neben dem Umstand, dass sie sofort anfangen kann, das Gehalt. Angesichts der drohenden Streiks bei der Bahn, der Rekordverschuldung des Unternehmens und der milliardenschweren Corona-Schäden müssen die Vorstände bereits auf variable Gehaltsbestandteile verzichten. Gehälter müssten bei einem Staatsunternehmen in das Gefüge passen, hieß es.



Es müssen Dinge schiefgehen, sonst werden am Ende nicht die besten Ideen überleben

Daniela Gerd tom Markotten
Neue Digitalvorständin Deutsche Bahn

António Guterres

Pragmatiker des Wortes

Der frühere portugiesische Regierungschef hat eine zweite Amtszeit als UN-Generalsekretär so gut wie sicher. Denn er konzentriert sich auf das Machbare.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat es fast geschafft – António Guterres steht kurz vor seiner Ernennung für eine zweite fünfjährige Amtszeit. Das mächtigste UN-Gremium, der Sicherheitsrat, empfahl am Dienstag in New York, dass Guterres auch von 2022 bis 2026 den Job als Generalsekretär bekleiden soll. Als einziger offizieller Kandidat für die Führungsposition bei der Weltorganisation brauchte sich der Portugiese nicht mit Konkurrenten herumschlagen. Die UN-Vollversammlung muss Guterres jetzt nur noch formal bestätigen. An einem „Ja“ gibt es aber keinen Zweifel, das stellten Diplomaten klar. Somit tritt Generalsekretär Guterres in die Fußstapfen der meisten seiner Vorgänger – die große Mehrheit von ihnen erhielt eine zweite Amtszeit.

Seit Beginn seiner Tätigkeit im Januar 2017 agiert der frühere portugiesische Premierminister vorsichtig, behutsam, der schillernde Auftritt ist seine Sache nicht. In den ersten vier Jahren musste der Europäer die Obstruktionspolitik der USA gegen die UN unter Präsident Donald Trump ertragen, doch Guterres bestand die Probe. Der aktuelle US-Präsident Joe Biden macht Guterres das Leben wesentlich leichter.

Guterres wirbt bei den 193 UN-Mitgliedsländern für Multilateralismus und Solidarität, die großen globalen Krisen wie die Corona-Pandemie könnten nur gemeinsam angegangen werden. Der frühere Präsident der Sozialistischen Internationalen bietet sich als „ehrllicher Makler“, als „Brückenbauer“ an, der auf Lösungen fokussiert ist. Dabei ist sich Guterres der Grenzen bewusst: Der UN-Generalsekretär verfügt über keine Weisungsbefugnis gegenüber Mitgliedsländern, als stärkste Waffe nutzt er das Wort. „Guterres ist ein kompetenter Manager der Vereinten Nationen“, urteilt der UN-Experte Stephen Schlesinger. „Er ist jedoch keine inspirierende Figur in der großen Tradition früherer Generalsekretäre wie Dag Hammarskjöld oder Kofi Annan.“

Tatsächlich konzentriert sich der gewiefte Politiker Guterres auf die praktische Arbeit, das Machbare. So bricht er verkrustete Strukturen der schwerfälligen, 1945 gegründeten Weltorganisation auf, und er erhöht konsequent den Frauenanteil in den Führungspositionen des UN-Sekre-

tariums. Auf der Bühne der Weltpolitik präsentiert sich Guterres als unermüdlicher Kämpfer gegen den Klimawandel, der „alles entscheidenden Frage unserer Zeit“.

Ein „gemeinsamer Feind“

Ebenso zieht der frühere UN-Hochkommissar für Flüchtlinge gegen die Armut zu Felde, sorgt sich um Migranten, und er verlangt einen schnellen und gerechten Zugang für alle Menschen zu Impfstoffen gegen Covid-19. Impfstoffe müssten als ein „globales öffentliches Gut gesehen werden“. Zu Beginn der Corona-Pandemie verlangte er im vergangenen Jahr von allen Konfliktparteien einen „globalen Waffenstillstand“. Anstatt sich zu bekriegen, solle sich die Menschheit auf den „gemeinsamen Feind“, das Covid-19-Virus, konzentrieren. Zwar verhalte der Guterres-Appell, die Waffen schweigen zu lassen, weitgehend. „Er verdient gleichwohl eine Menge Respekt für den Versuch“, analysiert Richard Gowan, Direktor der Beratungsinstitution International Crisis Group. „Viele UN-Diplomaten waren ob der Initiative positiv überrascht.“

Insgesamt sieht die Bilanz des neunten UN-Generalsekretärs bei der Konfliktlösung mager aus. Obwohl er eine „Welle der Diplomatie für den Frieden“ anmahnt, überlässt Guterres das Vermitteln in vielen Waffengängen, von Syrien bis Jemen, seinen Sondergesandten. Nur ganz selten, wie etwa in der Zypernfrage, schaltet sich Guterres persönlich ein. „Im Großen und Ganzen hält er sich raus, weil er nicht viel gewinnen kann“, erläutert Fachmann Gowan.

Guterres weiß auch: Ein Generalsekretär darf sich nicht in Einzelproblemen verheddern, er muss das große Bild im Auge behalten. Und er sollte sich mit den mächtigsten UN-Mitgliedsländern gut stellen. Das sind die fünf Vetomächte im Sicherheitsrat, die USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien. Diese Aufgabe meistert Guterres mit Geschick.

Offene Kritik von Guterres brauchen die Vetomächte nicht zu fürchten. Das zählt sich für den Portugiesen jetzt aus. Alle Vetomächte können mit ihm als Generalsekretär leben. Bei den Vereinten Nationen wird die Ära Guterres somit in die zweite Runde gehen. Jan Dirk Herbermann



Guterres ist ein kompetenter Manager der Vereinten Nationen. Er ist jedoch keine inspirierende Figur in der großen Tradition früherer Generalsekretäre wie Dag Hammarskjöld oder Kofi Annan.

Stephen Schlesinger
UN-Experte

António Guterres: Alle Vetomächte können mit ihm als Generalsekretär leben.



Tanit Koch: Stand von 2016 bis 2018 als erste Frau an der Spitze der „Bild“-Zeitung.

Tanit Koch
Neu im Team von Laschet

Der Unions-Kanzlerkandidat hat die Journalistin als Beraterin engagiert.

Der Unions-Kanzlerkandidat und CDU-Vorsitzende Armin Laschet hat die 43 Jahre alte Topjournalistin Tanit Koch als Kommunikationsberaterin im Bundestagswahlkampf engagiert. Die Ex-Chefredakteurin der „Bild“-Zeitung soll die Wahlkampfkommunikation leiten, die Pressearbeit koordinieren und Laschets Präsenz in den sozialen Netzwerken erhöhen, wie die Nachrichtenagentur dpa am Mittwoch berichtete. Es ist das erste Engagement Kochs als Wahlkampfhelferin. Nach einem Politik- und Jurastudium hatte die gebürtige Konstanzerin im Medienkonzern Axel Springer eine steile Karriere hingelegt, die sie 2016 an die Spitze der Printausgabe der reichweitenstarken „Bild“-Zeitung führte.

Einen Machtkampf mit dem Co-Chefredakteur Julian Reichelt verlor Koch zwei Jahre später, danach verließ sie das Unternehmen und heuerte kurz danach bei der Mediengruppe RTL Deutschland an. In der neu geschaffenen Position der Chefredakteurin steuerte sie die Zentrale Redaktion und war zudem als Geschäftsführerin des Nachrichtenensenders „n-tv“ tätig. Im November 2020 dann auch dort das Aus: Sie habe sich „aufgrund unterschiedlicher Auffassungen über die künftige Struktur und den weiteren Weg – aber in bestem Einvernehmen – dazu entschieden, das Unternehmen zu verlassen“, hieß es bei RTL in Köln.

Nach Beobachtung von Branchenkennern sei sie zweimal am Beharrungsvermögen männlich geprägter Strukturen gescheitert. Nun will sie für die CDU kämpfen. „Wir gewinnen mit Tanit Koch eine erfahrene Journalistin und Kommunikationsexpertin – sie ist jetzt in meinem Team, und ich freue mich sehr“, sagte Laschet am Mittwoch. Seine Freude hat einen realen Hintergrund: Medienbeobachter beschreiben dem Kanzlerkandidaten einiges an Nachholbedarf in seinen Social-Media-Aktivitäten.

Klare Botschaften, ein geplantes Vorgehen in den Medien, auf Pressekonferenzen und vor allem in sozialen Netzwerken wie Facebook, Instagram oder bei Twitter – das solle Koch strukturieren helfen, ohne Laschets Qualitäten wie Volksnähe und Standvermögen dahinter unsichtbar werden zu lassen, heißt es daher aus der CDU-Spitze. Der neuen Kommunikationsstrategie kommt dabei zupass, dass Laschet seit dem CDU-Wahlsieg in Sachsen-Anhalt am vergangenen Sonntag Rückenwind hat. Catrin Bialek

Chinas Aufstieg ist nicht unaufhaltsam

Die Volksrepublik steht vor deutlich größeren Herausforderungen als die westlichen Demokratien, analysiert **Sigmar Gabriel**.



imago images/Metodi Popow [M]

Europa und die USA diskutieren Chinas heutige und künftige Rolle im Kern defensiv. Es mangelt zwar nicht an Erklärungen zur Selbstbehauptung der liberalen Demokratie. Aber die Sorge vor Chinas Machtzuwachs ist allgegenwärtig. Uns ängstigen nicht nur die schiere Größe und Wirtschaftskraft der Volksrepublik, noch verstörender wirkt der beispiellose wirtschaftliche Aufstieg des Landes, den Peking mit seinem Modell der gelenkten Marktwirtschaft erfolgreich betreibt.

Chinas Staatskapitalismus fordert unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell fundamental heraus. Was waren das noch für Zeiten, in denen sich der demokratische Westen seiner Stärke und seines Selbstbewusstseins nicht nur aus ökonomischen Gründen gewiss war, sondern vor allem, weil er seine normative Idee von Demokratie und Freiheit als Voraussetzung für dauerhafte Innovationsfähigkeit und wirtschaftlichen Erfolg angesehen hat. Chinas rasanter Aufstieg gelang, ohne diese Voraussetzungen nach westlichem Muster zu schaffen.

Die Systemkonkurrenz ist unübersehbar. Erstmals spielt ein ernsthafter Wettbewerber auf der Weltbühne mit, denn die alte Sowjetunion war ja nur in militärischer Hinsicht Konkurrent. Kaum mehr als ein „Obervolta mit Atomraketen“, wie Altkanzler Helmut Schmidt formulierte.

Nach Einschätzung vieler Ökonomen wird China die USA 2030 als größte Volkswirtschaft der Welt ablösen. Stehen wir also vor der Renaissance einer bipolaren Welt? Wie friedlich wird die Koexistenz von Washington und Peking sein? Und bleiben Krisen beherrschbar?

Derzeit bekommt man auf diese Fragen meist „lineare“ Antworten: China, so heißt es, kenne nur einen Entwicklungspfad: den des ungebrochenen Ausbaus seines wirtschaftlichen Erfolgs und geopolitischen Einflusses. Doch ist das wirklich zwangsläufig? Unsere jüngere Vergangenheit zeigt ja, dass Geschichte keineswegs linear verlaufen muss. Wer hätte 1979 vorausgesagt, dass die Mauer zehn Jahre später fällt? Und wer hätte 1981 vorhergesehen, dass die Sowjetunion sich 1991 auflöst?

Man sollte sich hüten, Chinas weiteren Aufstieg für unaufhaltsam zu halten. Gerade wegen des stürmischen ökonomischen Fortschritts ist beispielsweise die soziale Ungleichheit in China größer als in Europa. Peking kann die sozialen, ethnischen und religiösen Spannungen im Land zwar mit seinem autoritären Herrschaftssystem (noch) unter Kontrolle halten. Allein die demografische Herausforderung als Folge der lange betriebenen Ein-Kind-

Politik aber übertrifft alles, was wir in den Demokratien vor uns haben. Daran wird auch Pekings neue Drei-Kinder-Politik nichts ändern.

Auch die westlichen Industrieländer stehen vor großen Herausforderungen, nicht zuletzt durch den Rechtspopulismus. Die Prognosen, wie China sich in dieser Dekade entwickelt, dürften jedoch viel unsicherer sein als die Vorhersagen über westliche Demokratien. Mögliche Rückschläge und Brüche auf Chinas Entwicklungspfad werden unterschätzt. Ob Chinas beispiellose wirtschaftliche Dynamik bis zum Ende des Jahrzehnts anhält, ist ungewiss.

Sollte die politische Führung ihr Versprechen von mehr Wohlstand für immer breitere Bevölkerungskreise nicht halten können, entstünde eine ganz neue, krisenträchtige Situation. Der US-Politologe Ian Bremmer hat verschiedene Szenarien zur Zukunft Chinas entworfen.

Szenario eins: An der führenden Rolle der Kommunistischen Partei wird sich in den 2020er-Jahren nichts ändern. Der 67-jährige Staats- und Parteichef Xi Jinping, auf Lebenszeit gewählt, ist ohne Zweifel der mächtigste chinesische Führer seit Mao Zedong. Seine Antikorruptionskampagne stellte die Fähigkeit zur effektiven Verwaltung des Riesenreiches überhaupt erst wieder her.

Die gewaltigen Investitionen in Hochtechnologie und nationale Champions verwandelten China von einem Technologieimporteur in einen Exporteur. Xi nutzt das Momentum, um China mit der neuen Seidenstraße als globalen politischen Wettbewerber aufzustellen.

Allerdings: Die frühere Konsensbildung innerhalb der kommunistischen Parteiführung wurde ersetzt durch eine Ein-Mann-Führung von Partei und Staat.

Seine ihm ergebenden Berater setzen zugunsten der ineffizienten Staatsbetriebe den privaten Sektor unter Druck, aus dem ein großer Teil der Produktivitätssteigerungen kommt. Bekanntestes Beispiel ist das abrupte Ende der Karriere von Jack Ma, dem wohl erfolgreichsten Geschäftsmann Chinas in der postindustriellen Wertschöpfung. Gerade um diese digitale Wertschöpfung aber wird es im laufenden Jahrzehnt gehen.

Gleichzeitig dehnen die USA und ihre Verbündeten beispielsweise ihre Definition von „dual use“ auf alle Produkte aus, die auch nur im Entferntesten für den Militärapparat von Nutzen sein könnten. Dann ergeht es einer Reihe von chinesischen Unternehmen so wie

global challenges

Global Challenges ist eine Marke der DvH Medien. Das neue Institut möchte die Diskussion geopolitischer Themen durch Veröffentlichungen anerkannter Experten vorantreiben.

Regelmäßige Autoren:
Prof. Dr. Ann-Kristin Achleitner
Sigmar Gabriel
Prof. Dr. Veronika Grimm
Günther H. Oettinger
Prof. Jörg Rocholl
Prof. Dr. Bert Rürup
Prof. Dr. Renate Schubert
Jürgen Trittin

Redaktion:
Dr. Michael Brackmann

dem Konzern Huawei, den mehrere westliche Länder beim Aufbau ihrer 5G-Netze ausperren.

Sinkt Chinas wirtschaftliche Dynamik, steigt die Verschuldung. Peking kann notleidende Banken und Unternehmen nicht mehr stützen, es drohen Insolvenzwellen und Massenarbeitslosigkeit. Überdies gibt es weniger Geld für Investitionen in die Seidenstraße. Xi kann seine Herrschaft nur noch mit brutaler Gewalt retten. Bremmer erwartet allerdings eher nicht, dass dieses Szenario Wirklichkeit wird.

Er hält Szenario zwei für wahrscheinlicher: Der chinesischen Führung gelingt es zwar, die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen einigermaßen in den Griff zu bekommen. Xis uneingeschränkte Macht aber erodiert innerhalb des Apparats. Je mehr die wirtschaftliche Dynamik nachlässt, desto mehr wächst auch in China die Kritik an Xi. Er muss seine außenpolitischen Ambitionen zurückschrauben, schon um Europa davon abzuhalten, mit den USA eine Abwehrfront gegen Peking aufzubauen. Das Land nimmt einen bedeutenden, jedoch keinen dominanten Platz ein. Das erhöht die Chancen für verbesserte internationale Zusammenarbeit.

Szenario drei geht davon aus, dass China nicht in einen Überschuldungskreislauf gerät. Das Wirtschaftswachstum reicht aus. Der riesige Binnenmarkt ermöglicht es, die Kaufkraft des Volkes weiter zu erhöhen. Die Seidenstraße wird zu einem der zentralen internationalen Großprojekte des 21. Jahrhunderts. An den Treffen nehmen mehr Staatsoberhäupter teil als an der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Die Seidenstraßen-Mitglieder orientieren sich in technologischen und militärischen Fragen zunehmend an chinesischen Standards. Der Westen macht gute Geschäfte mit China. Die Beziehungen zwischen Peking und Washington aber bleiben gespannt, nicht zuletzt wegen des Taiwankonflikts. Das Ergebnis wäre keine bipolare Welt, sondern eine hybride Weltwirtschaft, die teils einen „freien Markt“ kennt, teils „staatskapitalistisch“ organisiert ist.

Je nachdem welches Szenario man für wahrscheinlich hält, ändern sich die geoökonomischen und geopolitischen Implikationen gewaltig. Ian Bremmer erwartet, dass „Chinas Führung heute den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen nicht gewachsen ist.“ Gleichzeitig mahnt er den Westen, den Chinesen Respekt dafür zu zollen, dass sie ein Entwicklungsland in eine technologische Supermacht verwandelt haben. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Der Autor

Sigmar Gabriel ist Publizist und Aufsichtsrat bei der Deutschen Bank und Siemens Energy. Er war von 2009 bis 2017 Vorsitzender der SPD und von 2013 bis 2018 Vizekanzler.